

Bielefeld

Lebenslagen und
soziale Leistungen 2011/12

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
I Methodischer Ansatz	4
II Finanzen des Dezernates im Überblick.....	5
III Kernaussagen	8
Exkurs: Sozialindikatoren NRW 2012	12
IV Grundlagenkonzepte des Sozialdezernates.....	13
V Lebenslagen	21
1 Bevölkerungsentwicklung und -struktur	21
1.1 Bevölkerungsstand.....	23
1.2 Altersstruktur	27
2 Menschen mit Migrationshintergrund	31
3 Entwicklung der Haushalte.....	40
3.1 Ein-Personen-Haushalte	42
3.2 Haushalte mit Kindern.....	43
3.3 Zwei-Eltern-Familien mit Kindern	46
3.4 Ein-Eltern-Familien (Alleinerziehende).....	47
VI Materielle Hilfen	49
1 Transferleistungen.....	49
1.1 Arbeitslosigkeit.....	49
1.1.1 Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt.....	52
1.1.2 Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften.....	54
1.1.3 Zusammensetzung der SGB-II-Bedarfsgemeinschaften.....	58
1.1.4 SGB-II-Bedarfsgemeinschaften mit Kindern	60
1.1.5 SGB II-Betroffenheit	62
Exkurs: „10 Jahre Hartz IV“	70
1.1.6 SGB II: Kosten der Unterkunft, Einmalbeihilfen.....	72
Exkurs: Bildung und Teilhabe.....	74
1.2 SGB XII	77
1.2.1 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.....	78
1.2.2 Hilfe zur Pflege.....	80
1.2.3 Hilfe zum Lebensunterhalt	81
1.2.4 Eingliederungshilfe	81

1.2.5	Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	82
1.3	Transferleistungsquote.....	83
2	Lebensphasenspezifische Angebote	89
2.1	Kinderbetreuung.....	90
	Exkurs: U-3-Betreuung.....	92
2.2	Hilfen zur Erziehung	94
2.3	Pflege.....	99
	Exkurs: Pflegestatistik 2011	99
3	Zielgruppenspezifische Angebote	105
3.1	Menschen mit Behinderung oder chronischer Erkrankung	106
3.2	Menschen in besonderen Notlagen oder besonderen Schwierigkeiten	107
VII	Stadtbezirke im Kennzahlenprofil	111
VIII	Zusammenfassung und Ausblick	126
Anhang	131
	Verzeichnis der Abbildungen	131
	Verzeichnis der Quellen.....	133
	Impressum	133

Ausgewählte Sozialdaten und -statistiken

Die kleinteiligen Sozialdaten und -statistiken sind nicht in dieser Druckfassung enthalten, können jedoch über die digitale Version des Lebenslagenberichts auf CD-ROM oder per Download unter der städtischen Internetseite <http://www.bielefeld.de/de/gs/sbt/> bezogen werden.

Vorwort

Liebe Leserin, lieber Leser,



ich freue mich sehr, Ihnen heute den sechsten Lebenslagenbericht des Sozialdezernates vorlegen zu können. Er nimmt die Jahre 2011 und 2012 besonders in den Blick und dokumentiert die Entwicklung unterschiedlicher Hilfearten. Gerade diese Zeitreihen zeigen sehr deutlich und ungeschminkt, wie sich gesetzliche Veränderungen, aber auch kommunale Steuerungsentscheidungen auf die konkrete Lebenssituation der Menschen in unserer Stadt niederschlagen.

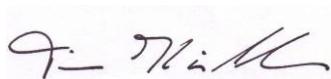
Nach sechs Jahren schien es uns an der Zeit, das Erscheinungsbild des Berichtes einem umfangreichen Facelifting zu unterziehen. Wir haben die Anzahl der Daten noch einmal deutlich komprimiert und bei ihrer Aufbereitung vermehrt die neuen technischen Möglichkeiten zur Visualisierung genutzt. Das bedeutet in erster Linie weniger Tabellen und Zahlen im Analyseteil. Diese Rohdaten finden Sie dann –wie gewohnt– im Anhang.

Die verbesserte Visualisierung von sozialen Entwicklungen macht es auch möglich, den Textanteil deutlich zu reduzieren. Im Wesentlichen beschränken sich die Autoren hierbei auf thesenartige Zusammenfassungen der Kernaussagen und tragen damit auch ein wenig dem Zeitgeist und seinem Trend zur kompakten Informationsaufnahme Rechnung.

Wir verzichten zukünftig ebenfalls auf die textliche Komplett-Übersicht aller Arbeitsinhalte des Vorjahres und konzentrieren uns stattdessen in Form von Exkursen etwas ausführlicher auf die bestimmenden fachlichen Themen. Hierzu zählten in den letzten beiden Jahren insbesondere die Haushaltskonsolidierung mit Hilfe einer wirkungsorientierten Steuerung oder der massive Ausbau der Betreuung von Unter-Dreijährigen zur Erfüllung des ab August 2013 gültigen Rechtsanspruches.

Ich hoffe und wünsche mir, dass das neue „Outfit“ des Sozialleistungsberichtes die geballten Informationen ein wenig lesbarer und damit leichter verständlich macht. Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, wünsche ich eine spannende Lektüre, egal ob sie nun privat, beruflich oder politisch motiviert ist.

Ihr



Tim Kähler
Sozialdezernent

Bielefeld, im Oktober 2013

I Methodischer Ansatz

Bielefeld ist mit 258 Quadratkilometern eine Flächenstadt, die größer ist als beispielsweise Frankfurt a. M.. Seine einzelnen Stadtbezirke und vor allem die 92 statistischen Bezirke sind nicht nur flächenmäßig, sondern auch von ihrer Siedlungsdichte her unterschiedlich groß.

Für die Belastung mit sozialen Problemlagen heißt dies, dass die absoluten Zahlen für einen bevölkerungsstarken Stadtbezirk ganz andere Folgen haben, als für einen bevölkerungsschwachen Stadtbezirk. Um Aussagen über die relative Belastung der einzelnen Quartiere mit einer oder mehreren Problemlagen treffen zu können, werden die absoluten Zahlen jeweils in Verbindung gesetzt zur Bevölkerungszahl des Stadtbezirks bzw. des statistischen Bezirks.

Die auf diese Weise entstehenden Prozentangaben stoßen insbesondere bei sehr bevölkerungsarmen Bezirken an die Grenzen ihrer Aussagekraft, wenn sie wegen der geringen Grundgesamtheit stark in die Höhe schnellen. Um dem Leser die tatsächliche Dimension des Problems zu erläutern, werden daher in diesen Fällen auch die absoluten Zahlen neben die Prozentwerte gesetzt.

Insgesamt ist dieser Ansatz, der bereits bei den Lebenslagenberichten 2006 bis 2010 zur Anwendung gekommen ist, inzwischen als aussagekräftig für eine quartiersbezogene Analyse akzeptiert. Die stärker räumlich orientierte Sichtweise ist langfristig auch unter dem Aspekt des demographischen Wandels wichtig, denn einzelne Stadtteile werden unterschiedlich von den Veränderungen der Bevölkerungsstruktur betroffen sein. Zudem ist wissenschaftlich nachgewiesen, dass Merkmale sozialer Benachteiligung häufig gebündelt auftreten. Hierzu zählen z. B. Armut, Arbeitslosigkeit, ein hoher Anteil Alleinerziehender und besonders viele Menschen mit Migrationshintergrund.

Die Daten dieses Lebenslagenberichts wurden vom Amt für Demographie und Statistik der Stadt Bielefeld, dem Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-, dem Amt für Jugend und Familie -Jugendamt- sowie im Bereich „Arbeitsmarkt“ von der Agentur für Arbeit zur Verfügung gestellt. Alle Darstellungen haben - soweit nichts anderes angegeben ist - als Stichtag den 31. Dezember 2012. Darüber hinaus gehende Abweichungen werden gesondert gekennzeichnet. Die in den Diagrammen für Gesamtstadt ausgewiesenen Werte enthalten auch die Daten der nicht kleinteilig zuzuordnenden Personen oder Bedarfsgemeinschaften. Das kann in einigen Fällen dazu führen, dass es bei der Addition der Einzelwerte aus Stadtbezirken oder statistischen Bezirken zu leichten Abweichungen gegenüber dieser Gesamtzahl kommt. In den Flächendichtekarten ist überall dort, wo die Grundgesamtheit so gering ist, dass der Datenschutz gefährdet sein könnte, eine neutrale, weiße Fläche abgebildet. Die neue Rubrik: „Bielefeld kleinräumig“, bezieht sich auf statistische Bezirke.

II Finanzen des Dezernates im Überblick

Abbildung II.1: Erträge des Sozialdezernates 2012 in Mio. Euro (insg. 126,8 Mio. Euro)

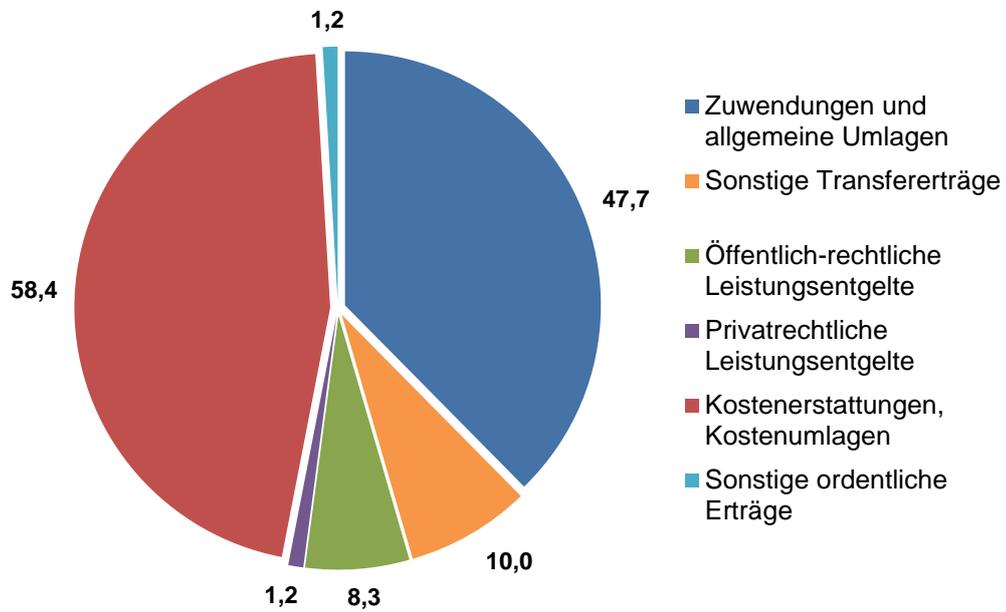


Abbildung II.2: Aufwendungen des Sozialdezernates 2012 in Mio. Euro (insg. 376,7 Mio. Euro)

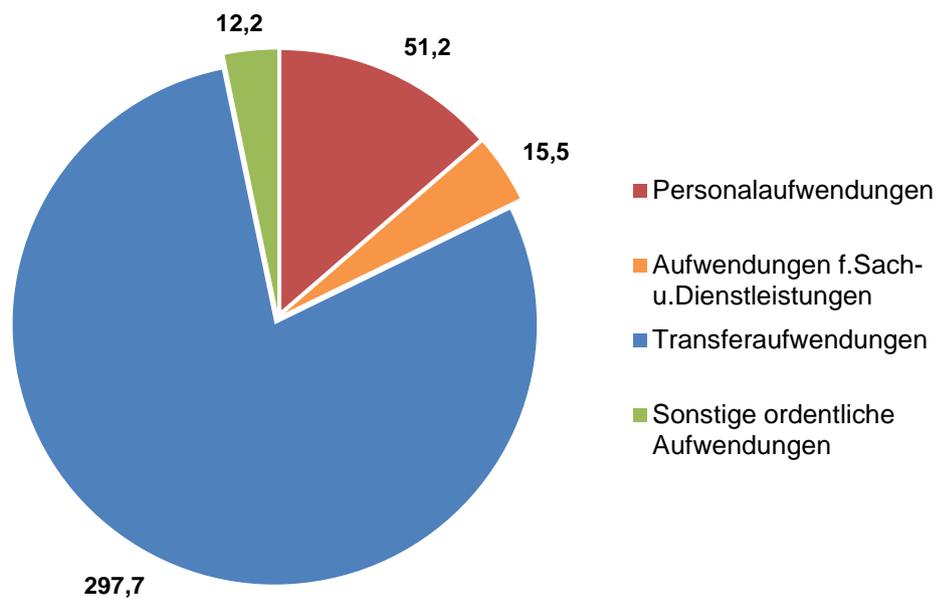


Abbildung II.3: Netto-Aufwendungen des Sozialdezernates 2012 (in Mio. Euro)

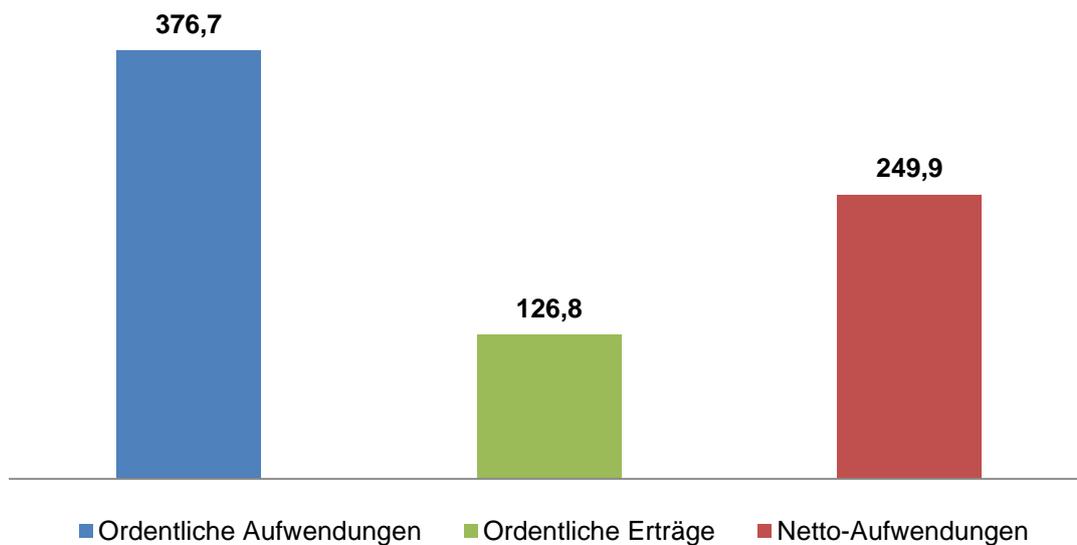


Abbildung II.4: Transferaufwendungen des Sozialdezernates 2012 (in %)

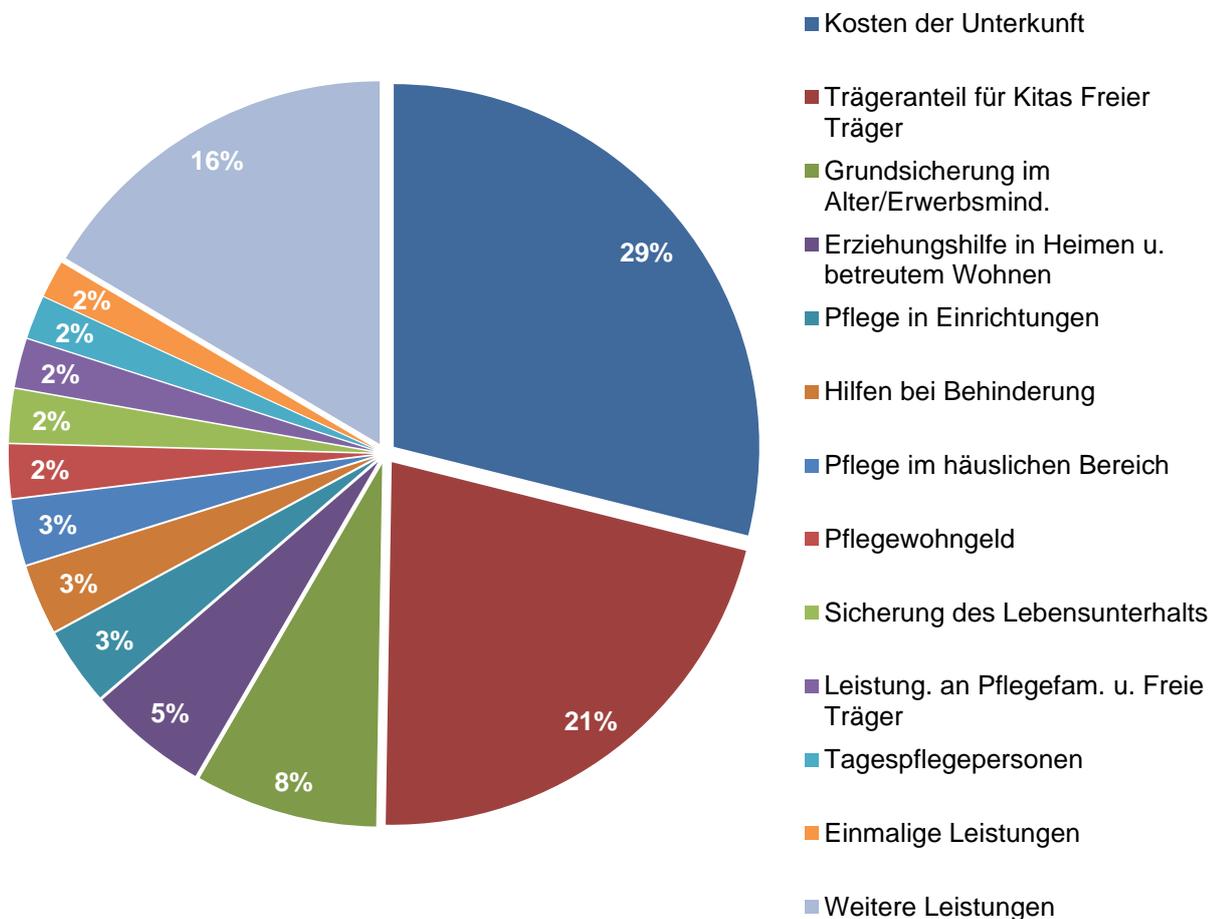


Abbildung II.5: Transferaufwendungen des Sozialdezernates 2012 in Mio. Euro

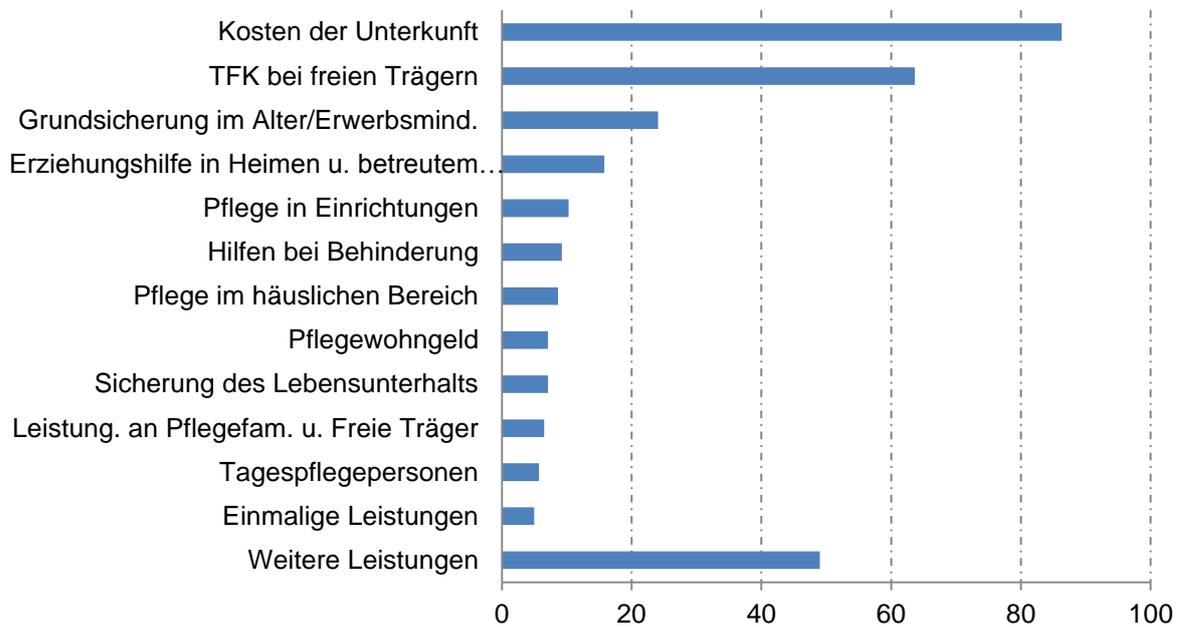
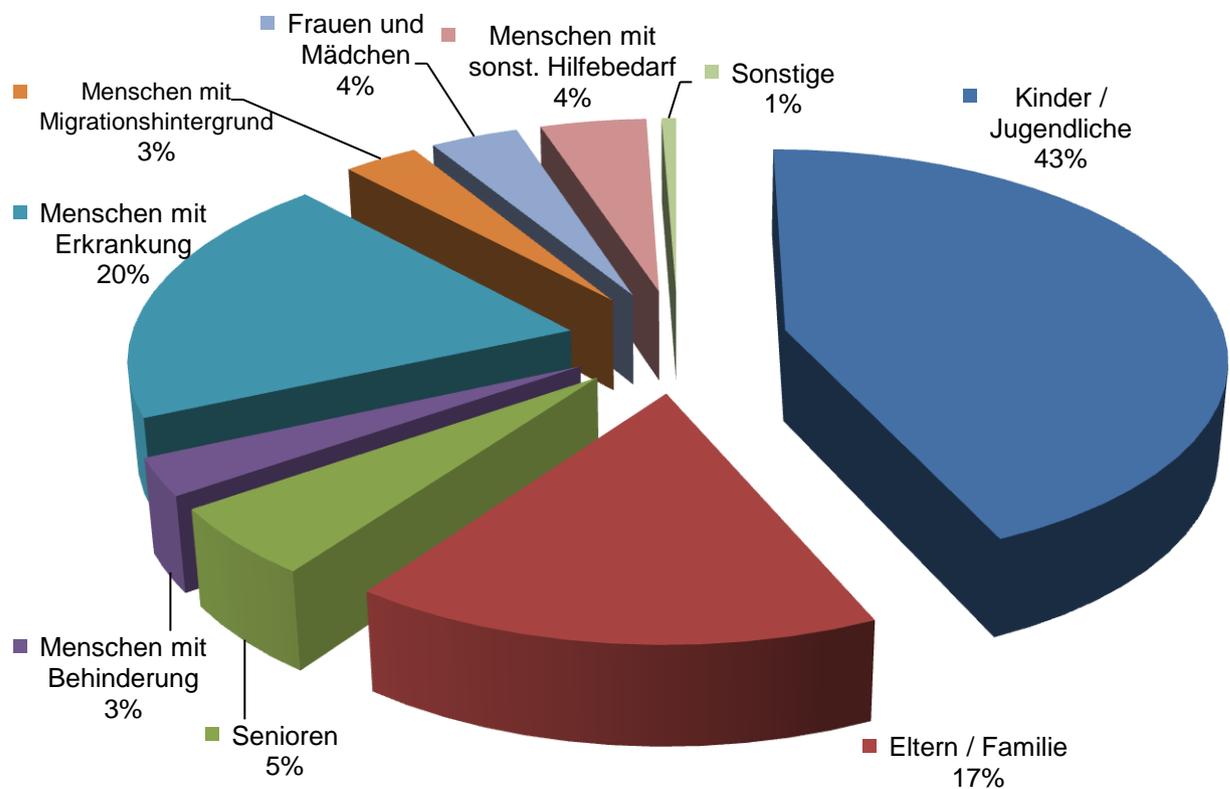


Abbildung II.6: Aufteilung der Leistungsvertragssummen 2012 nach Zielgruppen (insg. ca. 14 Mio. Euro)



III Kernaussagen

- Die Bielefelder Gesamtbevölkerung ist von 2010 auf 2012 um 0,5 Prozent oder 1.474 Personen angewachsen, während die Zahlen im Landesdurchschnitt leicht zurück gegangen sind. Mehr als jede/r vierte Bielefelder/in ist über 60 Jahre alt. Im Stadtbezirk Sennestadt ist es sogar fast jede/r Dritte. Die Zahl der Kinder unter sechs Jahren ist zwischen 2010 und 2012 gesamtstädtisch um 0,6 Prozentpunkte zurückgegangen.
- Der Anteil der alleinerziehenden Haushalte hat 2012 gegenüber 2010 um 1,2 Prozent zugelegt. Die prozentual mit Abstand größte Steigerungsrate weist der Stadtbezirk Sennestadt (plus 10,0 Prozent) auf, auch im Stadtbezirk Senne ist die Zahl erheblich gestiegen (plus 5,2 Prozent). In Bielefeld-Mitte ist mehr als jeder vierte Haushalt mit Kindern ein alleinerziehender. Insgesamt sind 92,4 Prozent aller Alleinerziehenden Frauen.
- In exakt jedem fünften Bielefelder Haushalt leben Kinder. Damit hat ihr Anteil an allen Haushalten in unserer Stadt 2012 gegenüber 2010 um 3,9 Prozent zugelegt. Am deutlichsten über dem städtischen Durchschnittswert liegt bei dieser Kennzahl der Stadtbezirk Bielefeld-Heepen. Im Vergleich zum Landesdurchschnitt, der in 2011 bei 20,5 Prozent liegt, schneidet Bielefeld minimal schlechter ab.
- In fast der Hälfte aller Bielefelder Haushalte lebt nur eine Person (45,6 Prozent). Das entspricht gegenüber dem Jahr 2010 stadtweit nochmals einer Steigerung um 2,7 Prozent. Mehr als ein Drittel dieser Haushalte sind im Stadtbezirk Bielefeld-Mitte beheimatet. Die größten Steigerungsraten gab es in Jöllenbeck und Schildesche.
- Jede/r dritte Bielefelder/in hat einen Migrationshintergrund, dieser Anteil liegt deutlich über dem Mittelwert Nordrhein-Westfalens (23,3 Prozent in 2010).
- Aufgrund der zahlreichen Krisenherde in der Welt ist auch in Bielefeld die Zahl der Asylbewerber 2012 deutlich angestiegen und hat sich im Vergleich zu 2011 fast verdoppelt.
- Hochgerechnet auf die Gesamtbevölkerung lebt jede/r zehnte Bielefelder/in von „Hartz IV“. Beim Blick in die Stadtbezirke wird die Segregation deutlich: Während in Bielefeld-Mitte jede/r Siebte betroffen ist, ist es in Dornberg nicht einmal jede/r Zwanzigste.

- Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften im SGB II ist zwischen 2010 und 2012 kontinuierlich um insgesamt 6,1 Prozent auf 17.867 zurückgegangen. Dieser Trend hat sich im ersten Halbjahr 2013 grundlegend geändert: Bis zur Jahresmitte (bei Erstellung dieses Berichtes) war ihre Zahl auf mehr als 18.500 angestiegen.
- Auch beim Rückgang der Bedarfsgemeinschaften und auch der betroffenen der Personen in den Bedarfsgemeinschaften bildet der Bielefelder Süden das Schlusslicht: Senne und Sennestadt haben in den letzten beiden Jahren nicht vom positiven Trend am Arbeitsmarkt profitieren können.
- Stadtweit leben in mehr als einem Drittel aller SGB-II-Haushalte Kinder. Die Anzahl der im Haushalt lebenden Kinder ist scheinbar kein Kriterium für ein erhöhtes Armutsrisiko. Allerdings wird in der Auswertung deutlich, dass es bei der Entwicklung der SGB-II-Haushalte mit Kindern deutlich weniger Bewegung gibt als bei den Alleinstehenden. In Sennestadt ist mehr als jede dritte Bedarfsgemeinschaft im SGB II alleinerziehend. Im statistischen Mittel liegt die Größe einer SGB II-Bedarfsgemeinschaft exakt bei 2,0 Personen.
- Die Bedarfsgemeinschaften mit Kindern sind entsprechend des allgemeinen Trends in der Gesamtstadt um 6,3 Prozent zurückgegangen. Auch hier hat der Bielefelder Süden kaum profitieren können: In Senne hat es praktisch keine Bewegung gegeben, in Sennestadt nur eine leichte Entspannung. Auffällig starke Rückgänge fanden sich dagegen in Brackwede und Schildesche.
- Stellt man die Arbeitslosenzahlen der Unter-25-Jährigen und der Über-55-Jährigen gegenüber, so zeigt sich ein inzwischen verfestigter Trend: Waren die Anteile beider Gruppen 2009 noch in etwa gleich hoch, so haben sie sich in den Folgejahren in komplett unterschiedliche Richtungen entwickelt. Die Betroffenheit bei den älteren Arbeitslosen hat deutlich zugenommen, während sie bei den jüngeren zurückgegangen ist.
- Hilfebedürftige Kinder unter 15 Jahren konnten am stärksten von der positiven Entwicklung profitieren, ihre Betroffenheitsquote sank um 4,0 Prozentpunkte unter den Stand von 2010. Trotz dieses Rückgangs liegt die SGB-II-Betroffenheit von Kindern im Alter bis 14 Jahren mit 22,2 Prozent immer noch fast doppelt so hoch wie in allen anderen Altersgruppen. Im Stadtbezirk Mitte ist sogar fast jedes dritte Kind auf Leistungen nach dem SGB II angewiesen (30,5 Prozent).
- Die Fallzahlen bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung haben 2012 die Marke von 4.000 überschritten (4.182).

- Nachdem einige Medien auf Bundesebene berichteten, dass die Grundsicherung im Alter fast ausschließlich ein weibliches Phänomen sei, kann man dies für Bielefeld nur bedingt sagen: 58 Prozent der Leistungsempfänger sind weiblich, aber immerhin auch 42 Prozent männlich. Bei der Grundsicherung wegen Erwerbsminderung beträgt der Anteil der Männer 53 Prozent, also auch hier ist das Verhältnis relativ ausgeglichen.
- Die steigenden Flüchtlingszahlen schlagen sich auch in den Ergebnissen des Asylbewerberleistungsgesetzes nieder. Fallzahlen und Ausgaben sind seit 2010 deutlich gestiegen.
- 2012 haben insgesamt 42.203 Menschen in unserer Stadt von regelmäßigen monatlichen Transferleistungen gelebt, 1.851 weniger als 2010. Das entspricht im städtischen Mittel einer Transferleistungsquote von 12,9 Prozent (minus 0,6 Prozent). Im Ergebnis bedeutet es, dass mehr als jede/r achte Bielefelderin und Bielefelder den regelmäßigen Lebensunterhalt nicht aus eigener Kraft bestreiten kann und auf unterschiedliche Formen staatlicher Unterstützung angewiesen ist.
- Vom gesamtstädtischen Rückgang bei der Transferleistungsquote konnte der Bielefelder Süden mit den Stadtbezirken Senne und Sennestadt nicht profitieren.
- Die höchste Transferleistungsquote im Stadtgebiet weist weiterhin der statistische Bezirk Sieker auf. Mit 33,1 Prozent fällt sie doppelt so hoch aus wie der gesamtstädtische Durchschnitt. Im Vergleich zu 2010 hat es trotz des hohen Ausgangsniveaus kaum Bewegung gegeben (minus 0,3 Prozent). Das bedeutet, dass weiterhin jede/r Dritte/r in diesem Quartier auf regelmäßige staatliche Unterstützung angewiesen ist.
- Die Versorgungsquote bei den Unter-Dreijährigen konnte weiter deutlich gesteigert werden: Sie lag in 2012 bei 35,7 Prozent, dies entspricht einem Plus von 9,0 Prozent zu 2011 bzw. sogar von 23,1 Prozent zu 2010. Damit belegt Bielefeld einen Spitzenplatz unter den Kommunen in Nordrhein-Westfalen.
- Die Hilfen zur Erziehung gelten bundesweit als Arbeitsfeld, in dem die Fallzahlen - und damit verbunden natürlich auch die Kosten - zum Teil dramatisch steigen. Bielefeld gilt daher als Vorzeigebispiel dafür, dass es mit Hilfe zahlreicher präventiver Angebote gelingen kann, diesen stetigen Anstieg zu stoppen.
- Die Fallzahlen der Hilfen zur Erziehung gehen seit 2010 leicht zurück und lagen Ende 2012 bei 2.330. Die durchschnittlichen Kosten pro Fall sind in dieser Zeit – im Vergleich zu den Vorjahren – nur noch leicht gestiegen.

- Im Dezember 2011 erhielten in Bielefeld 9.448 Menschen Leistungen aus der Sozialen Pflegeversicherung (SGB XI) und galten als pflegebedürftig. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung Bielefelds lag damit bei 2,9 Prozent.
- Zunehmend mehr Pflegebedürftige werden zu Hause versorgt. Weniger Menschen als im Jahr 2009 greifen bei der häuslichen Versorgung auf die Unterstützung durch ambulante Dienste zurück. Vielmehr nimmt die alleinige Versorgung der Pflegebedürftigen durch Familienangehörige oder andere informelle Unterstützungssysteme zu.
- Entgegen der Voraussagen und der faktischen gesellschaftlichen Veränderungen, die einen Bedeutungsverlust des familiären Netzes nahelegen, werden die meisten Pflegebedürftigen durch Angehörige versorgt – Tendenz steigend.

Sozialindikatoren NRW 2012

Der Internetdienst: „Sozialberichte NRW online“, des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales stellt u. a. ein regelmäßiges Indikatorenset zur sozialen Lage in unserem Bundesland zur Verfügung. Es ist gestützt auf Daten von IT.NRW. Im Rahmen eines Exkurses sollen auf Basis dieser Quelle die wichtigsten sozialen Entwicklung auf der Landesebene kurz und kompakt vorgestellt werden, auch um die in diesem Bericht ausführlicher geschilderte Entwicklung in Bielefeld entsprechend einordnen zu können.

- Die wirtschaftliche Entwicklung in NRW hat gegenüber den beiden Vorjahren an Dynamik verloren und blieb 2012 leicht hinter dem deutschlandweiten Trend zurück.
- Die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist gegenüber dem Vorjahr auf 252.000 gesunken, das ist ein Minus von 12,3 Prozent gegenüber 2011.
- Der nordrhein-westfälische Durchschnittsverdienst ist 2012 um 4,7 Prozent gestiegen; der Anstieg der Brutto-Arbeitslöhne lag um 1,9 Prozent über dem jahres-durchschnittlichen Preisanstieg.
- Ende 2012 haben rund 1,87 Millionen Menschen Mindestsicherungsleistungen bezogen, das ist gut jede/r Zehnte in NRW. 2011 gehörten noch gut 28.000 Menschen weniger zu diesem Personenkreis.
- Größte Gruppe der Mindestleistungsempfänger sind mit 83,7 Prozent die SGB-II-Bezieher, die stärksten Zuwächse gab es bei der Grundsicherung im Alter und wegen Erwerbsminderung.
- Gut ein Viertel aller SGB-II-Bezieher (26,6 Prozent) waren Ende 2012 „Aufstocker“.
- Die Zahl der Bezieher von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz ist von 2011 auf 2012 um fast zehn Prozent gestiegen.
- Die Mindestsicherungsquote variiert innerhalb NRW's sehr stark und reicht von 4,8 Prozent im Kreis Coesfeld bis zu 19,2 Prozent in Gelsenkirchen. In Bielefeld lag sie nach diesem Indikatorenset bei 12,6 Prozent (minus 0,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr). Während diese Kennzahl in allen Kreisen Ostwestfalens zurückgegangen ist, weisen die Kreise Gütersloh (plus 5,6 Prozent) und Lippe (plus 3,1 Prozent) hier Zuwächse auf.

IV Grundlagenkonzepte des Sozialdezernates

Die Schwerpunkte der Arbeit des Sozialdezernates werden abgebildet in den 2008 und 2009 beschlossenen drei Grundkonzepten: Familienfreundliches, Seniorenfreundliches und Behindertenfreundliches Bielefeld. Nach einer anfänglich jährlichen Berichterstattung in den Fachausschüssen ist dieser Zeitraum inzwischen auf zwei Jahre erweitert worden. Die nächsten detaillierten Vorlagen stehen turnusmäßig Anfang 2014 an, dem soll hier nicht vorgegriffen werden. Daher gehen wir an dieser Stelle nur auf einige ausgewählte Themen aus den Bereichen der Schwerpunktkonzepte ein.

Viele neue Ansätze, Initiativen, Maßnahmen und Projekte sind seit der Beschlussfassung im Rat umgesetzt und mittlerweile zu etablierten Eckpfeilern in der sozialen Landschaft geworden. Die jeweils neuen Vorhaben finden sich seit drei Jahren in den sogenannten Zielmatrizen, in denen die Organisationseinheiten des Dezernates ihre Jahresplanung mit dem Dezernenten festlegen. Diese Zielmatrizen werden im Sinne einer transparenten Darstellung der Arbeitsschwerpunkte seit 2013 auch in den Fachausschüssen vorgelegt und diskutiert.

Eindeutiger Arbeitsschwerpunkt im Themenfeld **„Familienfreundliches Bielefeld“** war 2011 und 2012 der Ausbau der Kindertagesbetreuung für die Unter-Dreijährigen. Hintergrund hierfür war der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für diese Altersgruppe ab dem 1. August 2013. Politik, Träger und Verwaltung haben es mit einem hohen finanziellen und fachlichen Engagement erreicht, dass die Versorgungsquote in Bielefeld zu diesem Stichtag bedarfsgerecht war. Die detaillierteren Informationen zu diesem Thema finden Sie in einem eigenen Exkurs im Kapitel 2.1. dieses Berichtes.

Seit 2011 ist Bielefeld eine von 18 Modellkommunen des Landes Nordrhein-Westfalen im Projekt „Kein Kind zurücklassen“. Zugrunde liegt hier der Gedanke, dass Vorsorge immer besser ist als Nachsorge. Darauf aufbauend sollen Präventionsketten entwickelt werden, die Kindern und Jugendlichen möglichst optimale Startchancen für ihr späteres Leben geben sollen. In Bielefeld ist der Ansatz der präventiven Arbeit in allen Bereichen des Sozialdezernates seit Langem gelebte Praxis. Daher lag es nahe, sich für die Teilnahme an diesem Modellvorhaben zu bewerben und die guten Ansätze vor Ort auszubauen und besser miteinander zu vernetzen.

Im Übergang zwischen der Schule und dem Beruf ist Bielefeld seit vielen Jahren NRWweit einer der Vorreiter. Das Konzept „Jib und Job“ wird bereits in vielen anderen Kommunen kopiert. Da überrascht es nicht, dass Bielefeld von der Landesregierung auch zu einem Standort für ein weiteres Modellvorhaben ausgewählt wurde: „Kommunale Koordinierung“. Dabei geht es darum, neue Wege für einen weiter verbesserten Übergang zwischen Schule und Berufsleben zu erproben. Von den Ergebnissen sollen später auch andere Kommunen im Land profitieren.

Seit vielen Jahren setzt das Sozialdezernat auch in puncto Bewegung und Ernährung auf präventive Ansätze im Elementarbereich. Seit September 2011 gibt es nun das Pro-

jekt „Sport 4 Kids“ unter der Schirmherrschaft des Oberbürgermeisters. Dahinter steckt das Geschenk einer kostenlosen Mitgliedschaft im Sportverein für alle vierjährigen Kinder. Wissenschaftlich evaluiert wird das Ganze von der Universität Bielefeld.

Um Probleme ganz anderer Art geht es beim Projekt „MuT“. Verschiedene Kooperationspartner kümmern sich hier um Fragen rund um das Thema: Vereinbarkeit von Pflege und Beruf. Dieser Bereich gewinnt im Zuge des demographischen Wandels immer mehr an Bedeutung. Bielefeld setzt bei der Pflege seit vielen Jahren auf die Formel „ambulant vor stationär“. Das schließt natürlich mit ein, dass entsprechende Möglichkeiten geschaffen werden müssen, um Arbeit und Pflege unter einen Hut zu bekommen.

Ein wesentlicher Baustein des Konzeptes „**Seniorenfreundlichen Bielefeld**“ war die Einrichtung des Pflegestützpunktes im Jahr 2011. Dabei handelt es sich um ein gemeinsames Angebot von Kommune und Pflegekassen. Sitz des Pflegestützpunktes ist das Neue Rathaus in der Innenstadt, Dependancen befinden sich in Bielefeld-Heepen und Bielefeld-Brackwede. Ziel ist die trägerunabhängige, integrierte, wohnortnahe Beratung, Versorgung und Betreuung von Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen. Mit der Errichtung des Pflegestützpunktes werden die bestehenden Beratungsangebote der Pflegekassen und der Kommune miteinander vernetzt, abgestimmt und ergänzt. Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen werden hierdurch Wege zu unterschiedlichen Ansprechpartnern erleichtert oder erspart und sie erhalten eine professionelle und individuelle Beratung „aus einer Hand“. Ergänzend zu diesem Angebot wird seit Januar 2009 ein dezentrales Beratungsangebot rund um die Themen Wohnen im Alter und Pflege im Bezirksamt Sennestadt vorgehalten.

Ein Thema, das zunehmend an gesellschaftlicher Relevanz gewinnt, sind demenzielle Erkrankungen. Ihre Zahl steigt stetig und damit auch die Wichtigkeit, besonders Angehörige, eigentlich aber alle gesellschaftlichen Gruppen aufzuklären und zu sensibilisieren für den richtigen Umgang mit Menschen, die an Demenz erkrankt sind. Diese Arbeit findet -getragen von vielen Partnern- auf den unterschiedlichsten Ebenen statt, unter anderem auch durch ein im Sozialdezernat angesiedeltes Projekt der Robert-Bosch-Stiftung.

Das Thema: „Migration und Pflege“, stand im Mittelpunkt einer Anhörung im Rathaus. Aus den Ergebnissen dieses Abends gilt es weitergehende konzeptionelle Schlussfolgerungen zu ziehen für ein Feld, das noch weitestgehend unbearbeitet ist. Auch bei den Seniorinnen und Senioren hält das Computeralter mehr und mehr Einzug. Grund genug für die Einrichtung einer internetgestützten Plattform für diese Altersgruppe mit dem Arbeitstitel „Bison“.

Die sogenannte „späte Inklusion“ ist eines der aktuellen Themen im Rahmen des Konzeptes „**Behindertenfreundliches Bielefeld**“. Gemeint ist damit eine wachsende Anzahl von Mitbürgern, die in einer Werkstatt für behinderte Menschen gearbeitet haben und nun nach und nach die Altersgrenze erreichen. Für sie muss es ein Angebot an tagesstrukturierenden Angeboten geben.

Stichwort „Inklusion“: Der Beirat für Behindertenfragen hatte bereits Mitte 2011 den Antrag zu Erstellung eines Bielefelder Inklusionsplanes eingebracht, dem sich auch der Sozial- und Gesundheitsausschuss als zuständiges Fachgremium angeschlossen hatte. Im Dezember 2012 hat sich dann auch der Rat der Stadt für die Erstellung eines solchen Planes ausgesprochen. Seit Mitte 2013 sind nun auch die personellen Voraussetzungen im Sozialdezernat geschaffen, um diesen breiten Planungsprozess anzugehen.

Wichtige Impulse für den Bielefelder Inklusionsplan hat die „Zukunftskonferenz“ geliefert, die im Sommer 2012 im Bielefelder Rathaus stattfand. Ausrichter der Veranstaltung war ein Dreierbündnis, zu dem die Integrative Beratungs- und Begegnungsstätte für Behinderte, der Verein Bielefelder Eltern für Integration und der Stiftungsbereich Bethel.regional der v. Bodelschwingschen Stiftungen Bethel gehörten. Unterstützt wurde das Projekt auch durch die Stadt Bielefeld.

Im Juli 2011 hat die Stadt Bielefeld den Wegweiser: „Mutter- und fremdsprachige Kräfte in der sozialpsychiatrischen Versorgung“ veröffentlicht. Die Informationsbroschüre richtet sich an Menschen mit Migrationshintergrund sowie Fachkräfte in Bielefeld. Sie informiert über Kliniken, Beratungsstellen, Dienste und Einrichtungen der sozialpsychiatrischen und psychosozialen Versorgung, die in unterschiedlichen Sprachen beraten, begleiten bzw. behandeln können. Die Initiative hierzu geht zurück auf eine Umfrage des Psychiatriebeirates zu den Bedarfen an Hilfen bzw. Angeboten für psychisch- und suchtkranke Menschen mit Migrationshintergrund.

Zu einer festen und gut besuchten Einrichtung hat sich die „Woche der seelischen Gesundheit“ entwickelt. Das bunte Programm mit zahlreichen Fachveranstaltungen und einem wechselnden thematischen Schwerpunkt wendet sich an ein breites Fachpublikum, vom Betroffenen bis zum Betreuenden.

Wirkungsorientierte Steuerung

Die öffentlichen Haushalte in Deutschland geraten seit Jahren auf den unterschiedlichen staatlichen Ebenen unter einen zunehmenden Kostendruck. Mitverantwortlich dafür sind ohne Frage auch die stetig steigenden Ausgaben für soziale Leistungen und Angebote. Für eine nachhaltige Konsolidierung sind Einsparungen unumgänglich.

Doch wo und vor allem wie kann man im Sozialbereich sparen, ohne den berühmten „Rasenmäher“ einzusetzen, d. h. Teilbereiche mit prozentualen Kürzungen zu belegen. Gerade für kleinere Anbieter oder wichtige Nischenangebote bedeutet diese Art der Kürzung sehr schnell das Aus. So gehen wichtige soziale Netzwerke unwiederbringlich verloren. Vor diesem Hintergrund erscheint es bei der Frage nach dem „Wo“ des Sparens wesentlich sinnvoller, den Bestand an sozialen Angeboten mit Blick auf seine Wirksamkeit auf den Prüfstand zu stellen, die eigenen Ziele genau zu definieren und auf dieser Basis Steuerungsentscheidungen zu treffen.

Andere Bereiche des Sozialen galten lange Zeit als nicht steuerbar, insbesondere die – größtenteils bundesgesetzlich festgelegten – Transferleistungen: Die Fallzahlen in vielen Hilfearten steigen, es besteht ein individueller Rechtsanspruch und der Staat muss zahlen. „Wie“ kann eine Kommune daran etwas ändern? Es gibt nur eine Antwort: In dem sie durch präventive Maßnahmen dafür sorgt, dass neue Fälle möglichst gar nicht erst entstehen. Das wiederum erfordert Investitionen in die Vorsorge, um dann im nachsorgenden Bereich zu Einsparungen zu kommen.

Das Bielefelder Sozialdezernat hat sich seit 2007 intensiv mit diesem alternativen Zweiklang vom „Wo und Wie des Sparens durch Prävention“ befasst, dabei erhebliche Potentiale erschlossen und für die Haushaltskonsolidierung nutzbar gemacht. Hierfür waren intensive Vorarbeiten notwendig.

Bei der Umstellung von der Kameralistik auf das Neue Kommunale Finanzmanagement (NKF) wurden im Sozialdezernat die einzelnen Haushaltspositionen nicht eins zu eins umgeklappt. Vielmehr wurden große Produktgruppen geschaffen, um über eine gegenseitige Deckungsfähigkeit ein Höchstmaß an Flexibilität beim Haushaltsvollzug zu schaffen.

Daran anschließend haben sich Amts- und Abteilungsleitungen gemeinsam mit dem Dezernenten und seinem Stab in einem diskursiven Prozess auf ein gemeinsames Zielsystem verständigt, das hierarchisch aufgebaut Leit-, Produktgruppen- und Produktziele umfasst. Auf diese Weise wurden Fach- und Finanzplanung miteinander verschmolzen. Die oberste Abstraktionsebene bilden dabei sechs Leitziele:

1. Die soziale Teilhabe aller Zielgruppen ist gewährleistet.
Die Chancengerechtigkeit aller Zielgruppen ist gewährleistet.
2. Die Unabhängigkeit von staatlichen Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes ist gewährleistet.
3. Die individuelle und strukturelle Förderung ist gewährleistet.
4. Prävention ist gewährleistet.
5. Ein eigenständiges und selbstbestimmtes Leben innerhalb der Gemeinschaft wird ermöglicht.
6. Die Sicherung der Lebensqualität für Menschen mit vorübergehendem oder dauerhaftem Unterstützungsbedarf ist gewährleistet.

Alle fachlichen und fiskalischen Maßnahmen und Projekte des Dezernates lassen sich über fünf Stufen der Konkretisierung einem dieser Leitziele zuordnen. Das sieht dann in der Praxis beispielsweise so aus:

1. Beispiel: Projekt „Starke Eltern – Starke Kinder“
2. Zuordnung zum Teilziel: Steigerung der Erziehungskompetenz
3. Zuordnung zum Produkt: Allgemeine Beratung und Unterstützung von Familien
4. Zuordnung zum Produktgruppenziel: Die Förderung der Erziehungskompetenz der Erziehungsberechtigten ist gewährleistet.
5. Zuordnung zum Leitziel: Die Sicherung der Lebensqualität für Menschen mit vorübergehendem oder dauerhaftem Unterstützungsbedarf ist gewährleistet.

Die Wirksamkeit einer Maßnahme oder eines Projektes misst sich entsprechend an der Frage, ob und wie das Teilziel erreicht wird. Hierfür werden entsprechende Kennzahlen entwickelt.

Die Wirksamkeitsmessung sozialer Leistungen ist nicht unumstritten. Viele Praktiker lehnen es ab, eine fiskalische Messlatte an sozialstaatliche Leistungen anzulegen. Sie halten dies für unvereinbar mit der Ethik des Wohlfahrtsstaatsgedankens. Wenn allerdings nicht mehr ausreichend finanzielle Ressourcen zur Verfügung stehen, dann sollte es ein Gebot der Fachlichkeit sein, Kürzungen dort vorzunehmen, wo Aufwand und Ertrag in einem wenig effizienten Verhältnis stehen. Die wirkungsorientierte Steuerung von Sozialleistungen erhöht letztendlich auch die finanzpolitische Akzeptanz sozialer Leistungen. Dabei darf allerdings die individuelle Lebenssituation der Betroffenen niemals aus dem Blick geraten.

Die vorbeugende Arbeit im Sozialdezernat der Stadt Bielefeld hat sich lange Jahre auf den Bereich der Primärprävention konzentriert. Beispiele hierfür sind etwa die vorschulische Sprachförderung oder aber Programme zu Bewegung und Ernährung im Elementarbereich zur Verhinderung oder Reduzierung von Adipositas. Wissenschaftliche Studien begründen zwar immer wieder die Richtigkeit dieser Grundannahmen, ein sicherer individueller Ursache-Wirkungs-Beweis ist hier allerdings nur sehr schwer oder aber mit unverhältnismäßigem Aufwand zu führen.

Deutlich einfacher messbar sind die Wirkungen im Bereich der Sekundärprävention, wenn es etwa um zielgruppenspezifische Hilfen für potentiell Gefährdete geht. So kann man zum Beispiel beim sogenannten „Koma-Trinken“ Jugendlicher über entsprechende Zeitreihen die Wirkungen der zielgerichteten Maßnahmen nachweisen. Am leichtesten zu dokumentieren sind Ursache und Wirkung bei der Tertiär-Prävention, wenn beispielsweise bei Betroffenen mit Hilfe von Behandlung und Nachsorge ein Rückfall verhindert werden kann.

Die wirkungsorientierte Steuerung von Sozialleistungen hat sich in Bielefeld in den letzten Jahren auf zwei Strategien konzentriert:

- Durch präventive Maßnahmen vor allem im Bereich der Zugangssteuerung ist es gelungen, neue Fälle erst gar nicht entstehen zu lassen.
- Durch eine bewusste Umsteuerung, etwa von stationär auf ambulant, ist es gelungen, die durchschnittlichen Kosten pro Fall zu senken.

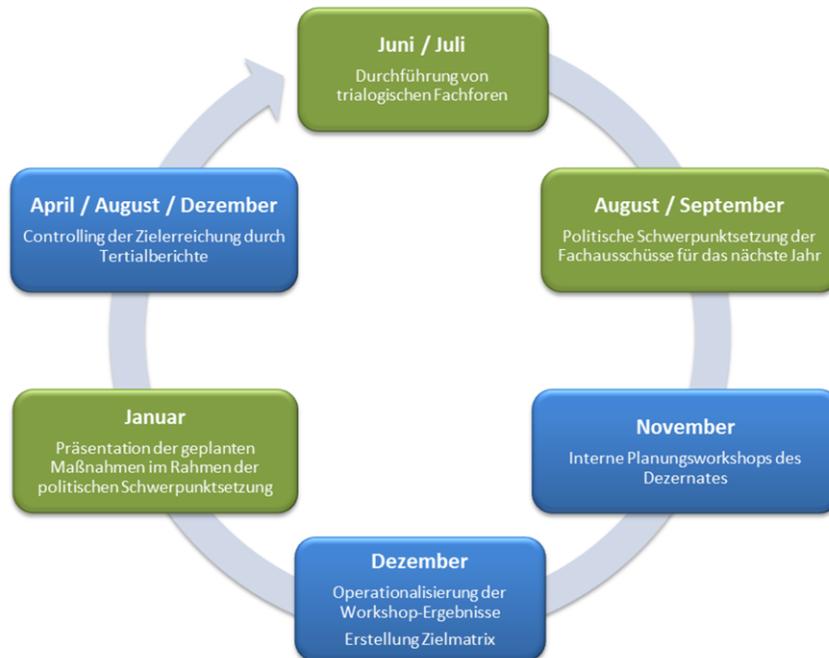
2011 hat das Sozialdezernat erstmals präventive Maßnahmen zur konkreten Haushaltssicherung (HSK) eingesetzt. Während hierbei innerhalb der Verwaltung üblicherweise Stellenkürzungen zum Sparen vorgeschlagen werden, wurden im Sozialdezernat 13 zusätzliche Stellen für Maßnahmen der wirkungsorientierten Steuerung eingesetzt, zunächst befristet auf ein Jahr. Diese Befristung ist inzwischen aufgehoben worden, nachdem die Ursache-Wirkung-Beziehung eindeutig nachgewiesen werden konnte. Allein im Jahr 2012 haben die HSK-Maßnahmen im Sozialdezernat einen Konsolidierungsbeitrag von 9,6 Millionen Euro für den städtischen Haushalt erbracht. Das sind rund 3,9 Millionen Euro mehr als erwartet, wobei die zusätzlichen Personalkosten natürlich bereits abgezogen sind.

Bei allen Maßnahmen kann anhand von sogenannten Wirkungsketten Fall-scharf nachgewiesen werden, welche finanziellen Effekte entstanden sind. Um diesen Nachweis führen zu können, bedarf es eines differenzierten Controlling-Systems, das in Bielefeld auf drei Säulen ruht:

1. Das Controlling des normalen Haushaltsvollzuges.
2. Das Controlling der sogenannten Haushaltssicherungsmaßnahmen, die im Sozialdezernat überwiegend Maßnahmen der wirkungsorientierten Steuerung sind.
3. Ein Fachcontrolling über sogenannte Zielmatrizen, die alljährlich zwischen dem Dezernenten und seinen Organisationseinheiten verbindlich verabredet werden.

Diese Zielmatrizen finden seit 2013 auch Eingang in die politische Beratung der Fachausschüsse. Das 2012 neu gegründete Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention, in dem zahlreiche Fachplanungen des Dezernates organisatorisch gebündelt wurden, hat hierzu einen jährlichen wiederkehrenden Planungskreislauf entwickelt. Mit seiner Hilfe soll der fachliche Diskurs zwischen Politik, Trägern und Verwaltung wieder angeregt werden, der nach der Umstellung von der Kameralistik auf das Neue Kommunale Finanzmanagement durch den Wegfall detaillierter Haushaltsberatungen ein wenig auf der Strecke geblieben war.

Zielplanungsprozess Jugend & Soziales



Der Dreiklang aus moderner Sozialplanung, strukturierter Maßnahmenumsetzung und mehrstufigem Controlling schafft ein Höchstmaß an Transparenz für Politik, Träger und Verwaltung. Es zeigt sich sehr schnell, welche Steuerungsentscheidungen wie gewünscht wirken und welche nicht.

In Zukunft wird es im Sozialen Bereiche geben, in denen sich eine Kommune fragen muss, wie viel Sozialstaat sie sich denn an der einen oder anderen Stelle leisten will. Gerade in den in Bielefeld traditionell stark ausgeprägten Bereichen der Primärprävention sind viele Wirkungen noch nicht eindeutig messbar. Vor diesem Hintergrund muss auch hier der Wirkungsdialoog verstärkt werden.

V Lebenslagen

1 Bevölkerungsentwicklung und -struktur

Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse

- Die Bielefelder Gesamtbevölkerung ist von 2010 auf 2012 um 0,5 Prozent oder 1.474 Personen angewachsen, während die Zahlen im Landesdurchschnitt leicht zurück gegangen sind. Den stärksten Zuwachs verzeichnete der Stadtbezirk Bielefeld-Mitte, zurückgegangen ist dagegen die Bevölkerungszahl in Gadderbaum.
- Am stärksten gewachsen (plus 1.631 Personen) ist 2012 die Gruppe der 50- bis 65-Jährigen. Rückgänge gab es bei den 11- bis 14-Jährigen (minus 370) und den 65- bis 79-Jährigen (minus 201).
- Mehr als jede/r vierte Bielefelder/in ist über 60 Jahre alt. Im Stadtbezirk Sennestadt ist es sogar fast jede/r Dritte.
- Den größten Anteil an Seniorinnen und Senioren ab 60 Jahren sowie an Hochbetagten wies im Berichtsjahr der Stadtbezirk Sennestadt auf, die meisten Kinder unter 15 Jahren lebten im Stadtbezirk Heepen.
- Die Zahl der Kinder unter sechs Jahren ist zwischen 2010 und 2012 gesamtstädtisch um 0,6 Prozentpunkte zurückgegangen. Gegenläufig zu dieser Entwicklung sind die Zahlen in Sennestadt (plus 1,6 Prozent) und Dornberg (plus 3,6 Prozent) gestiegen.

Bielefeld kleinräumig: Bevölkerungsentwicklung

Stärkster Zuwachs 2012¹:

1. Universität (plus 13,6 Prozent zu 2010)
2. Sieben Hügel (plus 10,4 Prozent zu 2010)
3. Güterbahnhof Ost (plus 9,9 Prozent zu 2010)

Stärkster Rückgang 2012¹:

1. Osningpaß (minus 5,7 Prozent zu 2010)
2. Bethel (minus 5,0 Prozent zu 2010)
3. Südwestfeld (minus 4,1 Prozent zu 2010)

¹ Berücksichtigt sind statistische Bezirke mit mehr als 100 Einwohnern

1.1 Bevölkerungsstand

Abbildung V.1: Gesamtbevölkerung nach Stadtbezirken

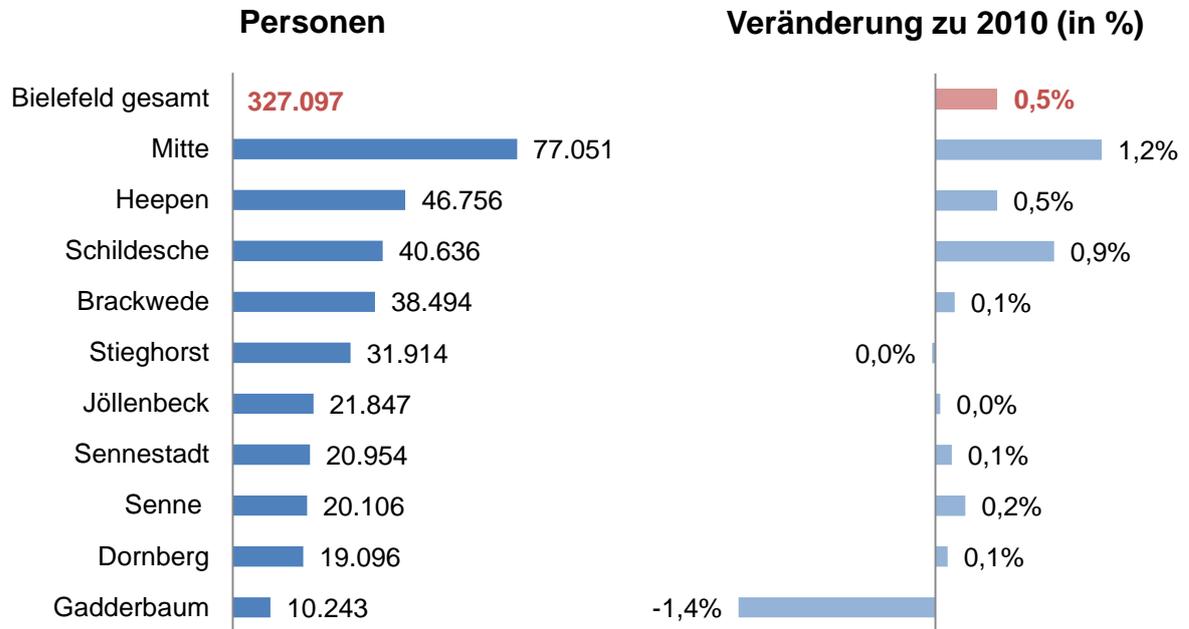


Abbildung V.2: Entwicklung der Gesamtbevölkerung

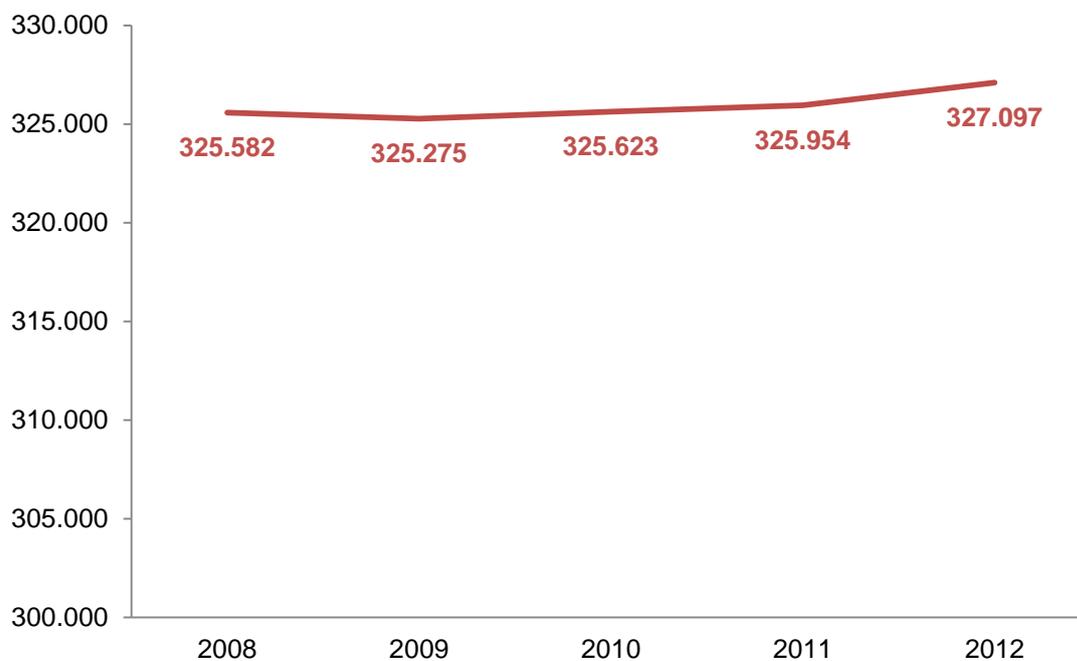
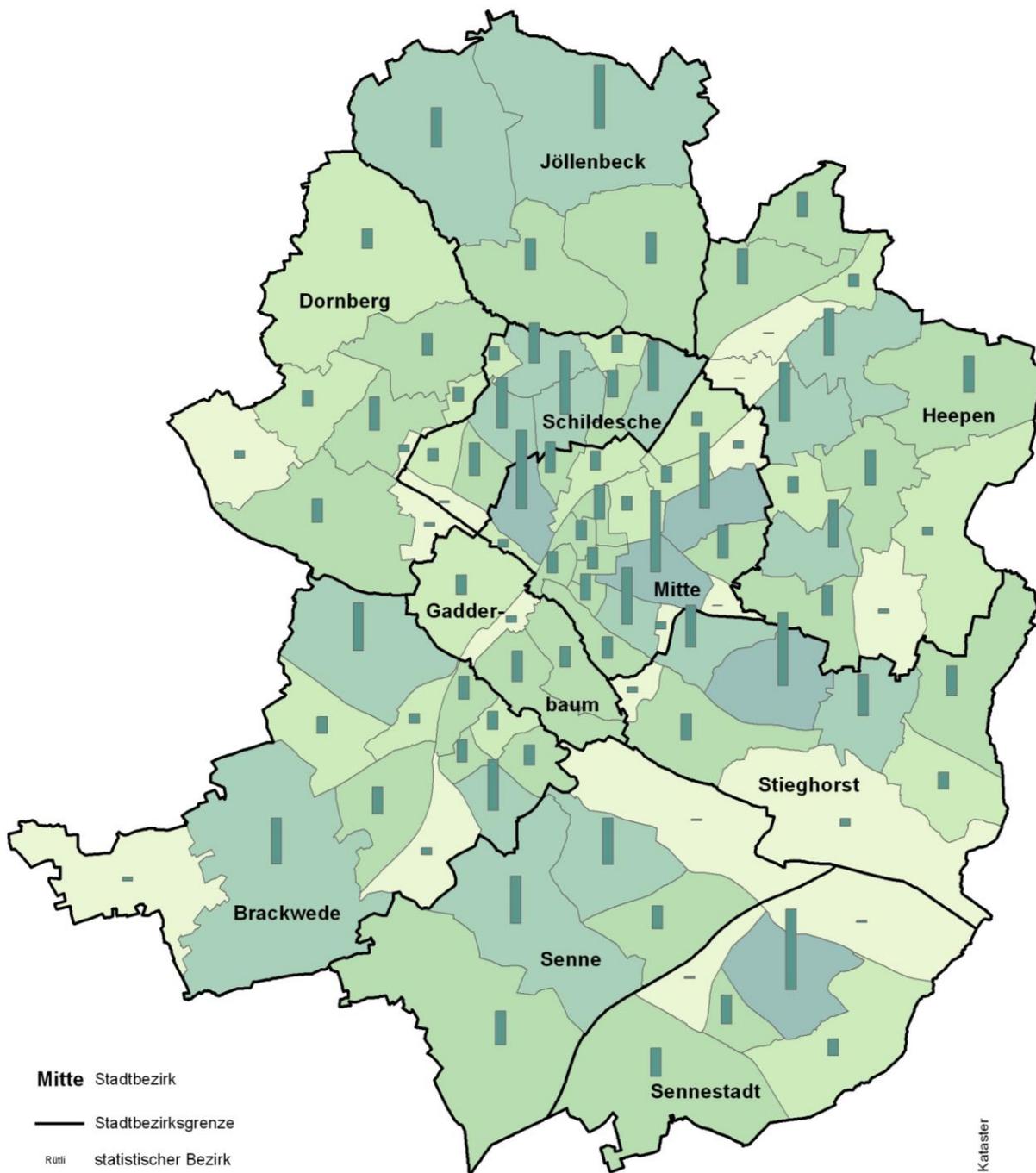
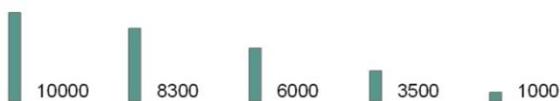


Abbildung V.3: Verteilung der Gesamtbevölkerung

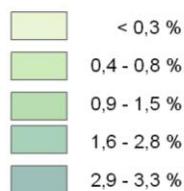


Mitte Stadtbezirk
 — Stadtbezirksgrenze
 Rutili statistischer Bezirk

Anzahl der Personen
 1mm entspricht 730 Personen

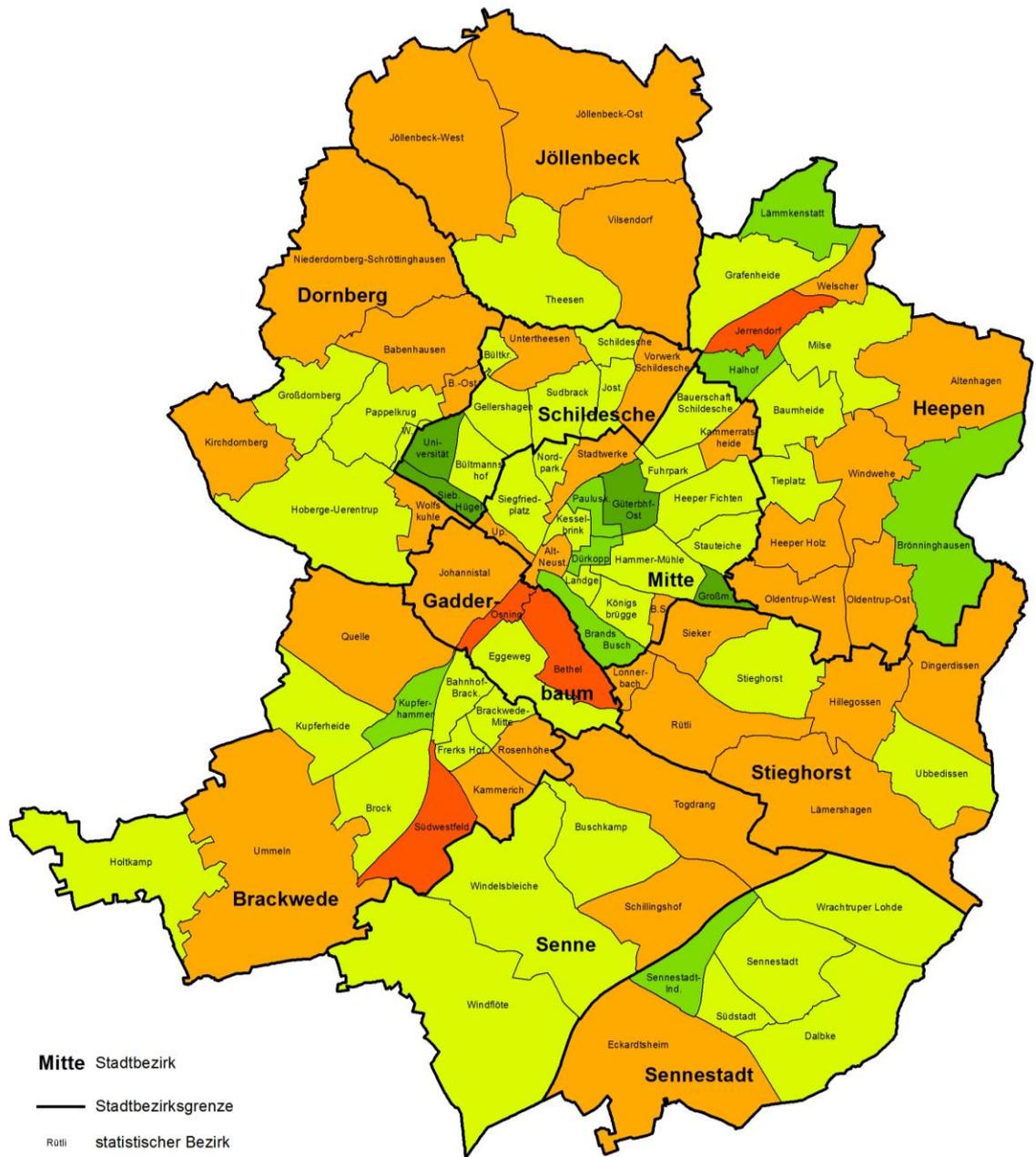


Stand: 31.12.2012 Daten: Amt für Demographie und Statistik



Kartografie: © Amt für Geoinformation und Kataster

Abbildung V.4: Entwicklung der Gesamtbevölkerung von 2010 zu 2012



prozentuale Veränderung der Bevölkerungszahlen
 Durchschnittswert für Bielefeld: 0,45 %

- 5,74 - -2,50 %
- 2,49 - -0,10 %
- 0,09 - 2,00 %
- 2,01 - 8,50 %
- 8,51 - 16,67 %

Daten: Amt für Demographie und Statistik
 Kartografie: © Amt für Geoinformation und Kataster
 Stand: 31.12.2012

Abkürzungen für statistische Bezirke

- | | | | |
|---------------|--------------------|-----------------|------------------------------|
| Bültkr. | = Bültmannskrug | Alt- Neust. | = Alt- und Neustadt |
| B.-Ost | = Babenhausen-Ost | Landge. | = Landgericht |
| Jost. | = Johannesstift | Großm. | = Großmarkt |
| W. | = Wellensiek | Osning. | = Osningpaß |
| Sieb.-Hügel | = Sieben Hügel | B.S. | = Betriebshof-Sieker |
| Güterbhf.-Ost | = Güterbahnhof-Ost | Bahnhof-Brack. | = Bahnhof-Brackwede |
| Paulusk. | = Pauluskirche | Sennestadt-Ind. | = Sennestadt-Industriegebiet |
| Up. | = Upmannstift | | |

1.2 Altersstruktur

Abbildung V.5: Einwohner Bielefelds nach Altersgruppen

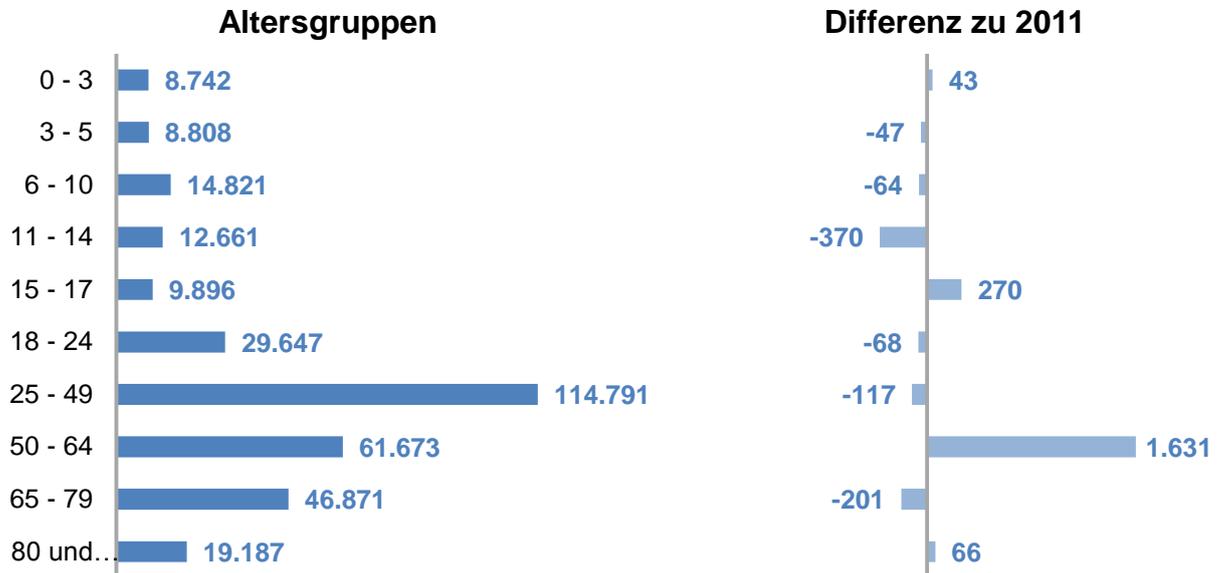


Abbildung V.6: Bewohnerschaft der Stadtbezirke nach Altersgruppen in Prozent

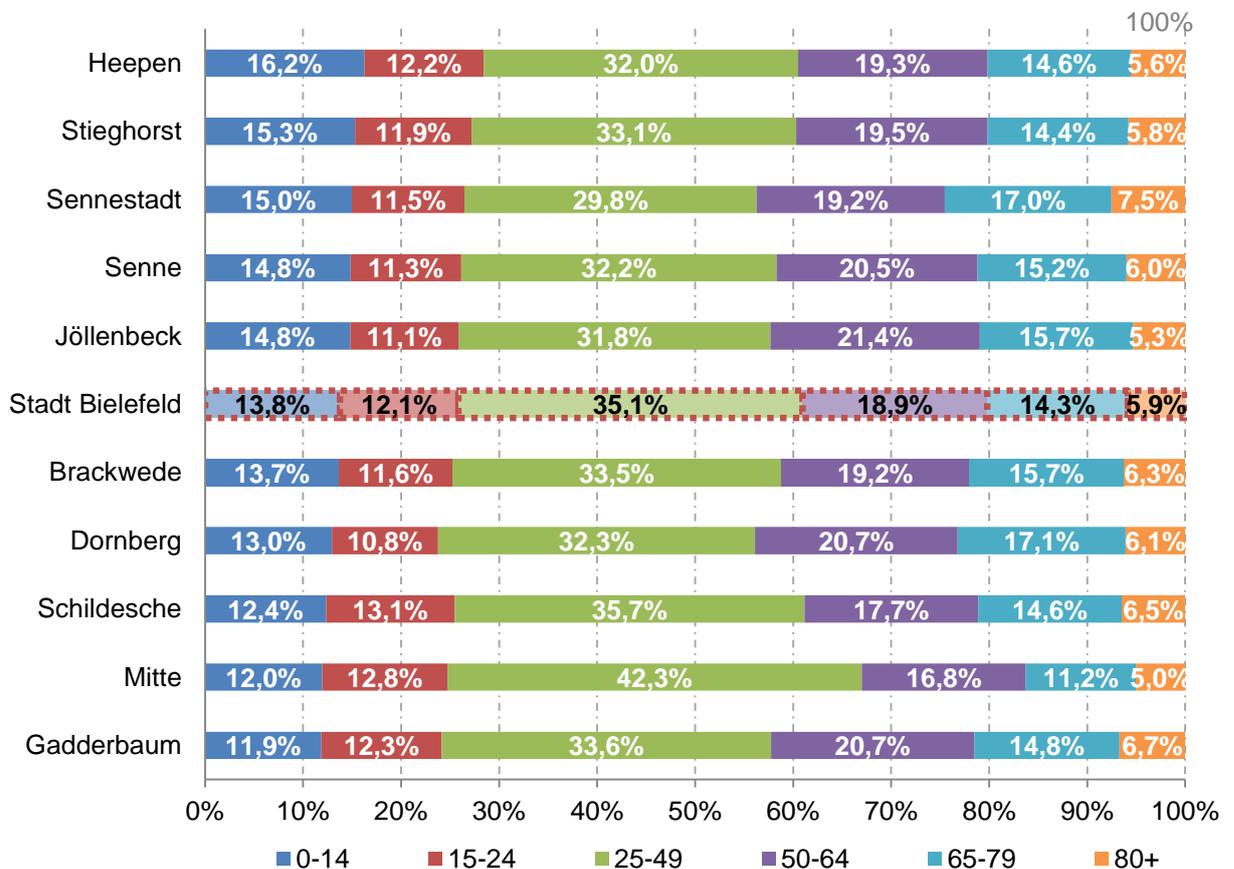


Abbildung V.7: Kinder unter 6 Jahren

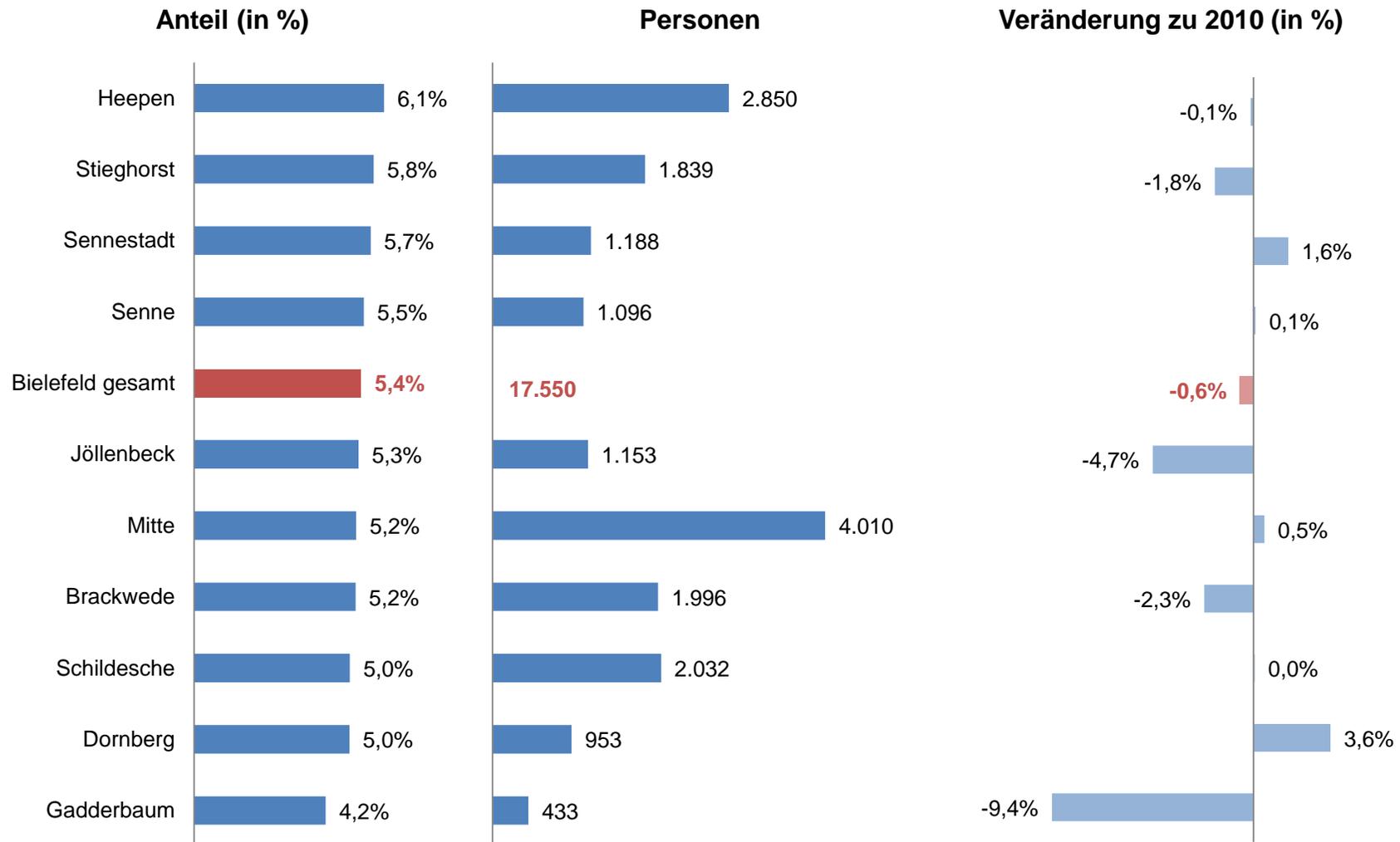
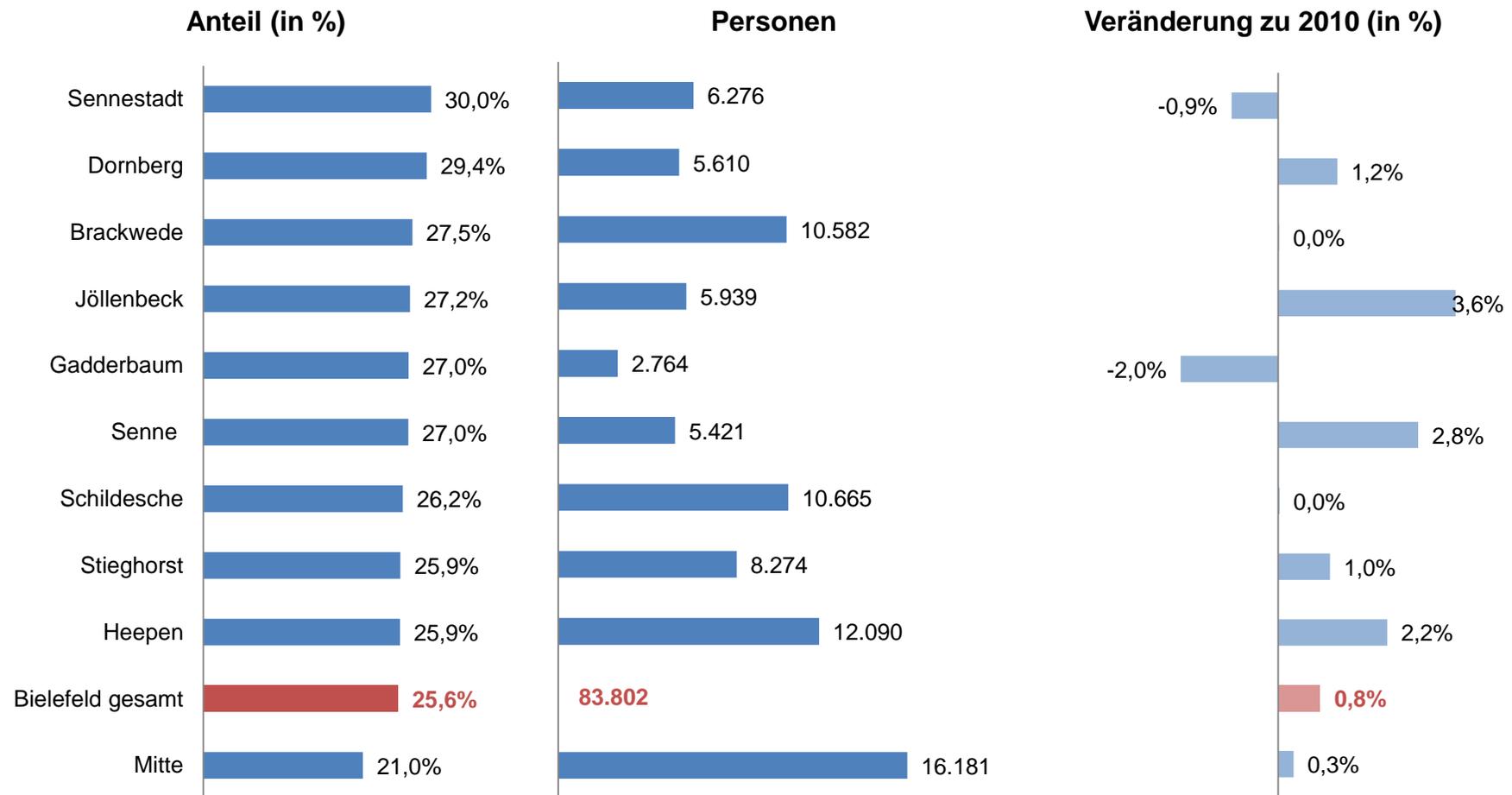


Abbildung V.8: Personen ab 60 Jahren



Bielefeld kleinräumig: Kinder unter 6 Jahren

Höchste Anteile:

1. Bröninghausen (8,8 Prozent der Bewohnerschaft)
2. Bauerschaft Schildesche (8,3 Prozent der Bewohnerschaft)
3. Sieker (8,1 Prozent der Bewohnerschaft)

Niedrigste Anteile:

1. Bethel (2,2 Prozent der Bewohnerschaft)
2. Universität (2,8 Prozent der Bewohnerschaft)
3. Holtkamp (2,9 Prozent der Bewohnerschaft)

Bielefeld kleinräumig: Personen ab 60 Jahren

Höchste Anteile¹:

1. Babenhausen-Ost (36,8 Prozent der Bewohnerschaft)
2. Brackwede-Mitte (35,2 Prozent der Bewohnerschaft)
3. Sennestadt (34,5 Prozent der Bewohnerschaft)

Niedrigste Anteile:

1. Universität (9,9 Prozent der Bewohnerschaft)
2. Kesselbrink (13,6 Prozent der Bewohnerschaft)
3. Sennestadt-Industriegebiet (15,3 Prozent der Bewohnerschaft)

¹ Der statistische Bezirk „Rosenhöhe“ wurde aufgrund des dortigen Seniorenheims und damit verfälschender Werte nicht aufgeführt.

2 Menschen mit Migrationshintergrund

Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse

- Jede/r dritte Bielefelder/in hat einen Migrationshintergrund, dieser Anteil liegt deutlich über dem Mittelwert Nordrhein-Westfalens (23,3 Prozent in 2010).
- Bei den Menschen mit Migrationshintergrund bilden die Aussiedler die größte Gruppe, gefolgt von den Ausländern ohne deutschen Pass und den Eingebürgerten.
- Stadtweit ist die Zahl der Menschen mit einem Migrationshintergrund 2012 im Vergleich zum Vorjahr um 2,1 Prozent gestiegen. Über diesem Mittelwert liegen die Stadtbezirke Dornberg (plus 3,5 Prozent), Mitte (plus 2,6 Prozent), Brackwede (plus 2,5 Prozent), Schildesche (plus 2,4 Prozent) und Gadderbaum (plus 2,3 Prozent).
- Die mit Abstand meisten Menschen mit einem Migrationshintergrund wohnen im Stadtbezirk Bielefeld-Mitte.
- Den stärksten prozentualen Zuwachs bei den Ausländern (ohne deutschen Pass) gab es im Stadtbezirk Sennestadt (plus 7,0 Prozent), bei den Aussiedlern im Stadtbezirk Gadderbaum (plus 5,3 Prozent) und bei den eingebürgerten Deutschen in den Stadtbezirken Dornberg (6,1 Prozent), Jöllenbeck (5,8 Prozent) und Brackwede (5,7 Prozent). Die meisten Menschen mit einer doppelten Staatsbürgerschaft leben in den Stadtbezirken Mitte und Heepen.
- Insgesamt gibt es in den Bielefelder Stadtbezirken sehr heterogene Migrationsanteile: In den Stadtbezirken Sennestadt, Heepen und Stieghorst haben vier von zehn Menschen einen Migrationshintergrund, in Dornberg, Gadderbaum und Jöllenbeck sind es dagegen nur zwei von zehn.

Bielefeld kleinräumig: Menschen mit Migrationshintergrund

Höchste Anteile:

1. Sieker (67,7 Prozent der Bewohnerschaft)
2. Baumheide (66,1 Prozent der Bewohnerschaft)
3. Bauerschaft Schildesche (58,4 Prozent der Bewohnerschaft)

Niedrigste Anteile:

1. Holtkamp (5,0 Prozent der Bewohnerschaft)
2. Wolfskuhle (10,3 Prozent der Bewohnerschaft)
3. Niederdornberg-Schröttinghausen (10,3 Prozent der Bewohnerschaft)

Kurz erklärt...

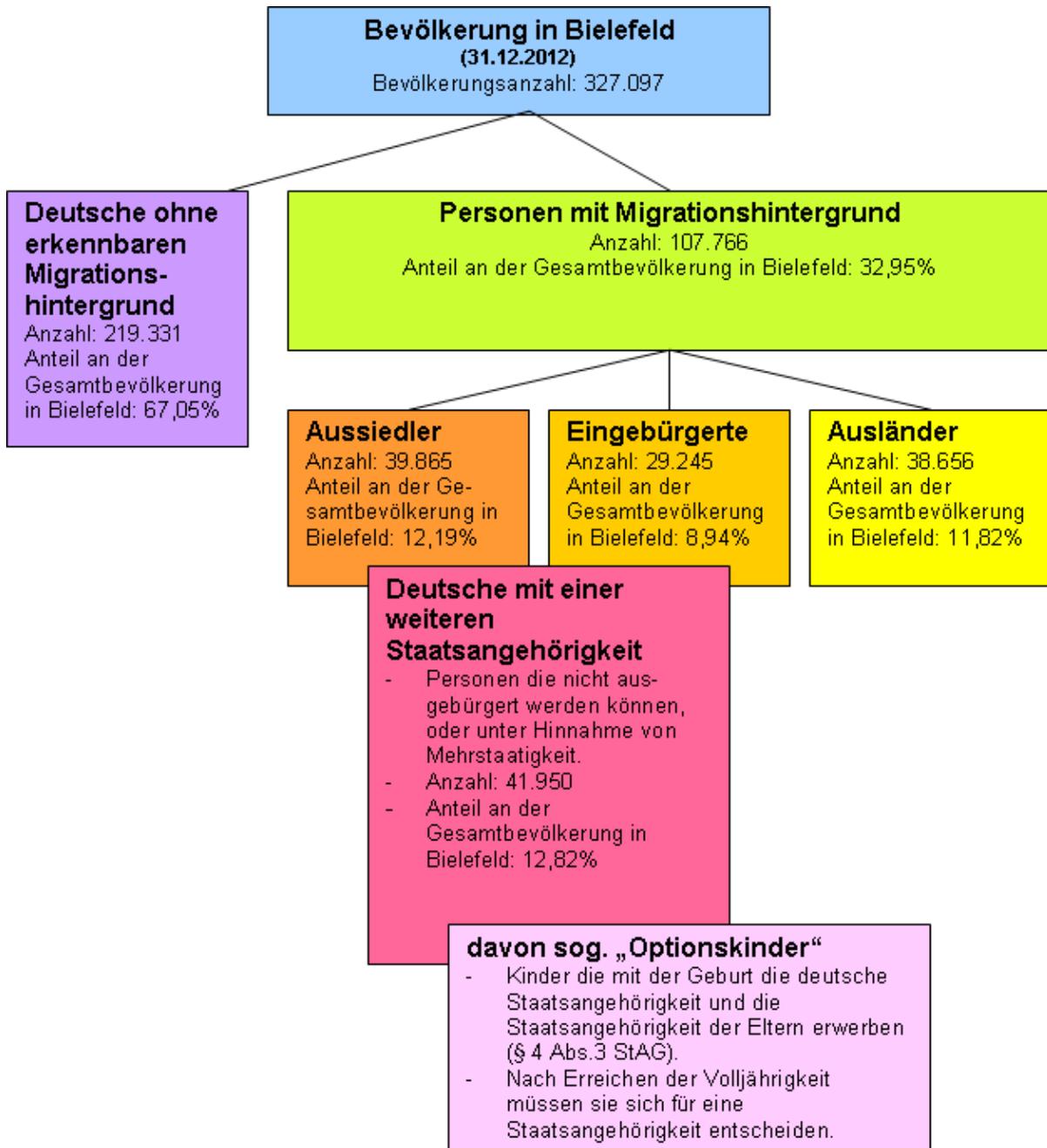
Als Einwohner mit Migrationshintergrund zählen Ausländerinnen und Ausländer, Eingebürgerte, im Ausland geborene Deutsche sowie Aussiedlerinnen und Aussiedler.

(Persönlicher Migrationshintergrund)

Kinder bis 18 Jahren im Haushalt der Eltern, von denen mindestens ein Elternteil einen Migrationshintergrund hat, zählen ebenfalls zu den Einwohnern mit Migrationshintergrund.

(Familiärer Migrationshintergrund)

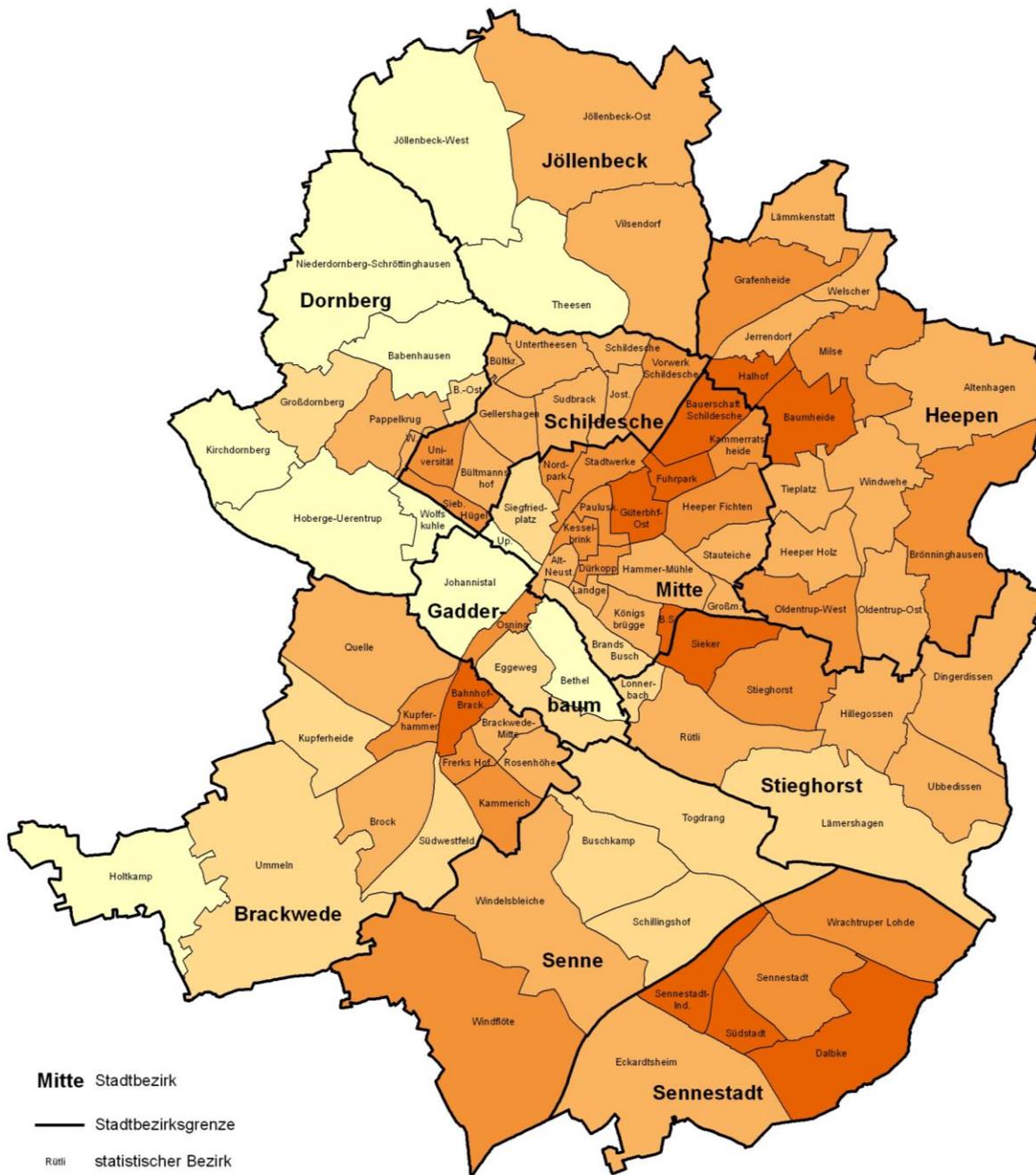
Abbildung V.9: Bielefelder Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund



Darstellung: Amt für Integration und interkulturelle Angelegenheiten der Stadt Bielefeld

Datenquelle: Amt für Demographie und Statistik der Stadt Bielefeld

Abbildung V.10: Anteil der Personen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung in %



Mitte Stadtbezirk
 — Stadtbezirksgrenze
 Rutil statistischer Bezirk

Personen mit Migrationshintergrund

Durchschnittswert für Bielefeld: 32,9 %

- 5,0 - 15,0 %
- 15,1 - 25,0 %
- 25,1 - 35,0 %
- 35,1 - 50,0 %
- 50,1 - 67,7 %

Daten: Amt für Demographie und Statistik

Kartografie: © Amt für Geoinformation und Kataster

Stand: 31.12.2012

Abkürzungen für statistische Bezirke

- | | | | |
|---------------|--------------------|-----------------|------------------------------|
| Bültkr. | = Bültmannskrug | Alt- Neust. | = Alt- und Neustadt |
| B.-Ost | = Babenhausen-Ost | Landge. | = Landgericht |
| Jost. | = Johannesstift | Großm. | = Großmarkt |
| W. | = Wellensiek | Osning. | = Osningpaß |
| Sieb.-Hügel | = Sieben Hügel | B.S. | = Betriebshof-Sieker |
| Güterbhf.-Ost | = Güterbahnhof-Ost | Bahnhof-Brack. | = Bahnhof-Brackwede |
| Paulusk. | = Pauluskirche | Sennestadt-Ind. | = Sennestadt-Industriegebiet |
| Up. | = Upmannstift | | |

Abbildung V.11: Menschen mit Migrationshintergrund

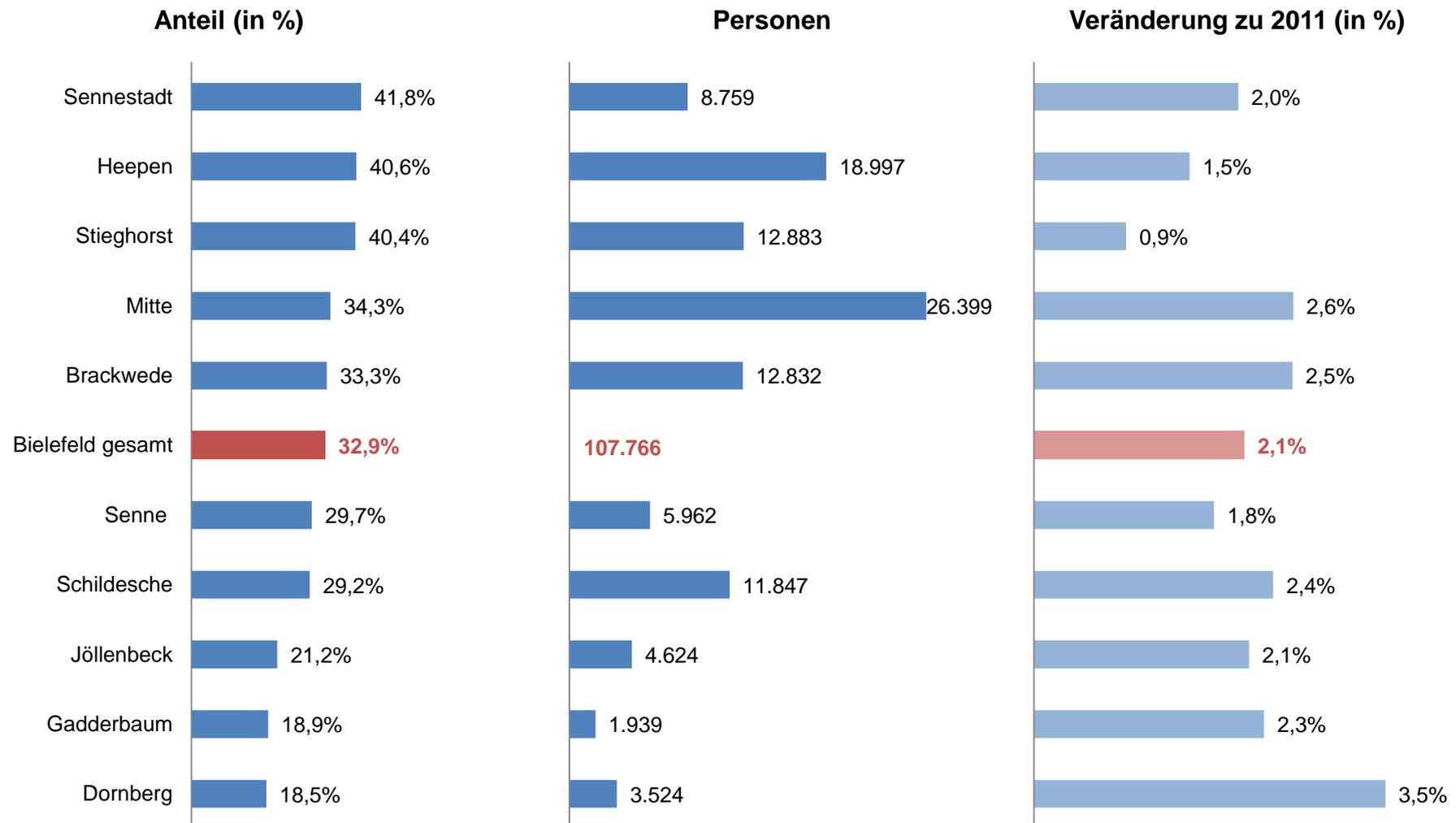


Abbildung V.12: Ausländerinnen und Ausländer

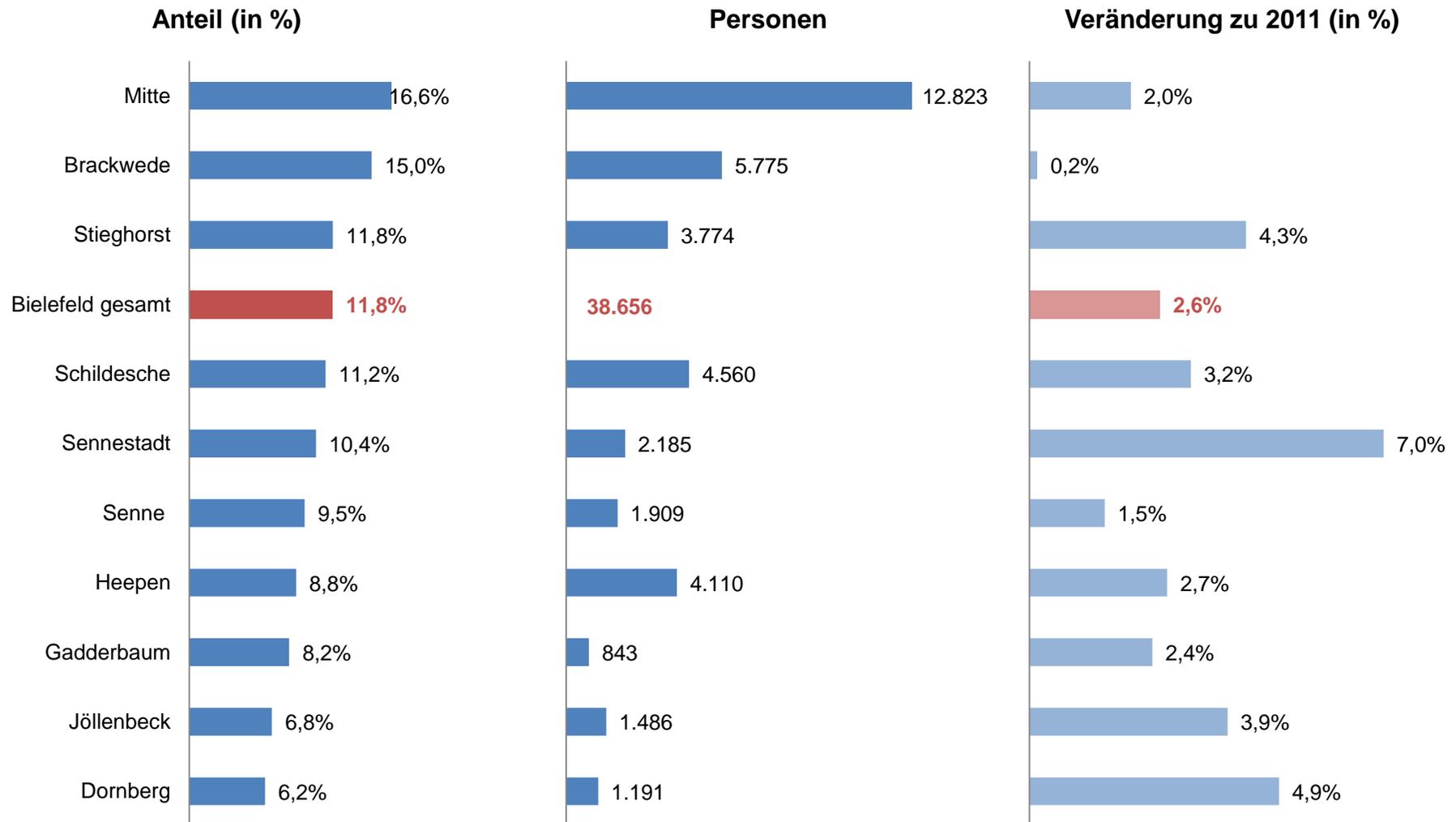


Abbildung V.13: Aussiedlerinnen und Aussiedler

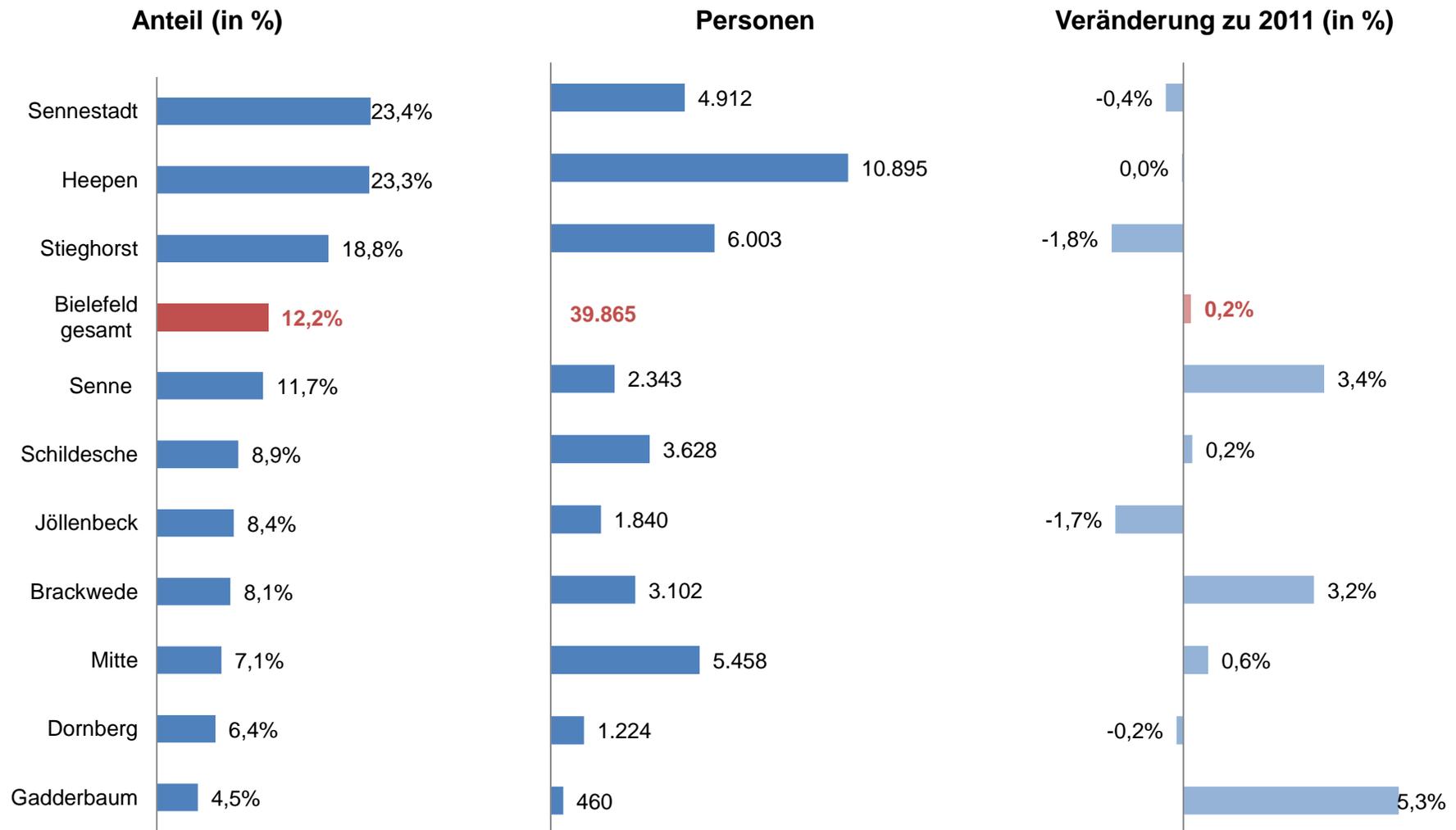


Abbildung V.14: Eingebürgerte Deutsche

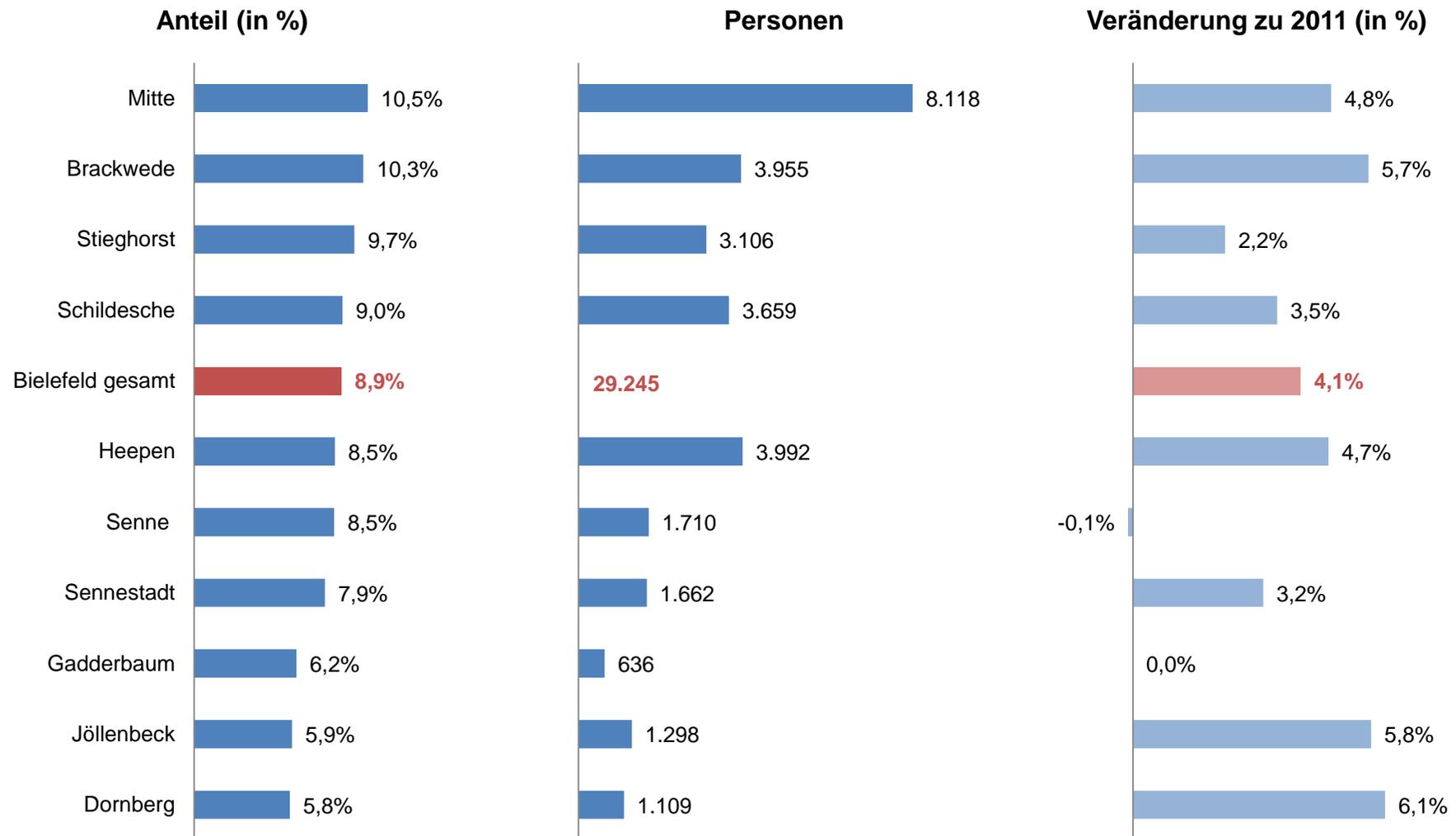
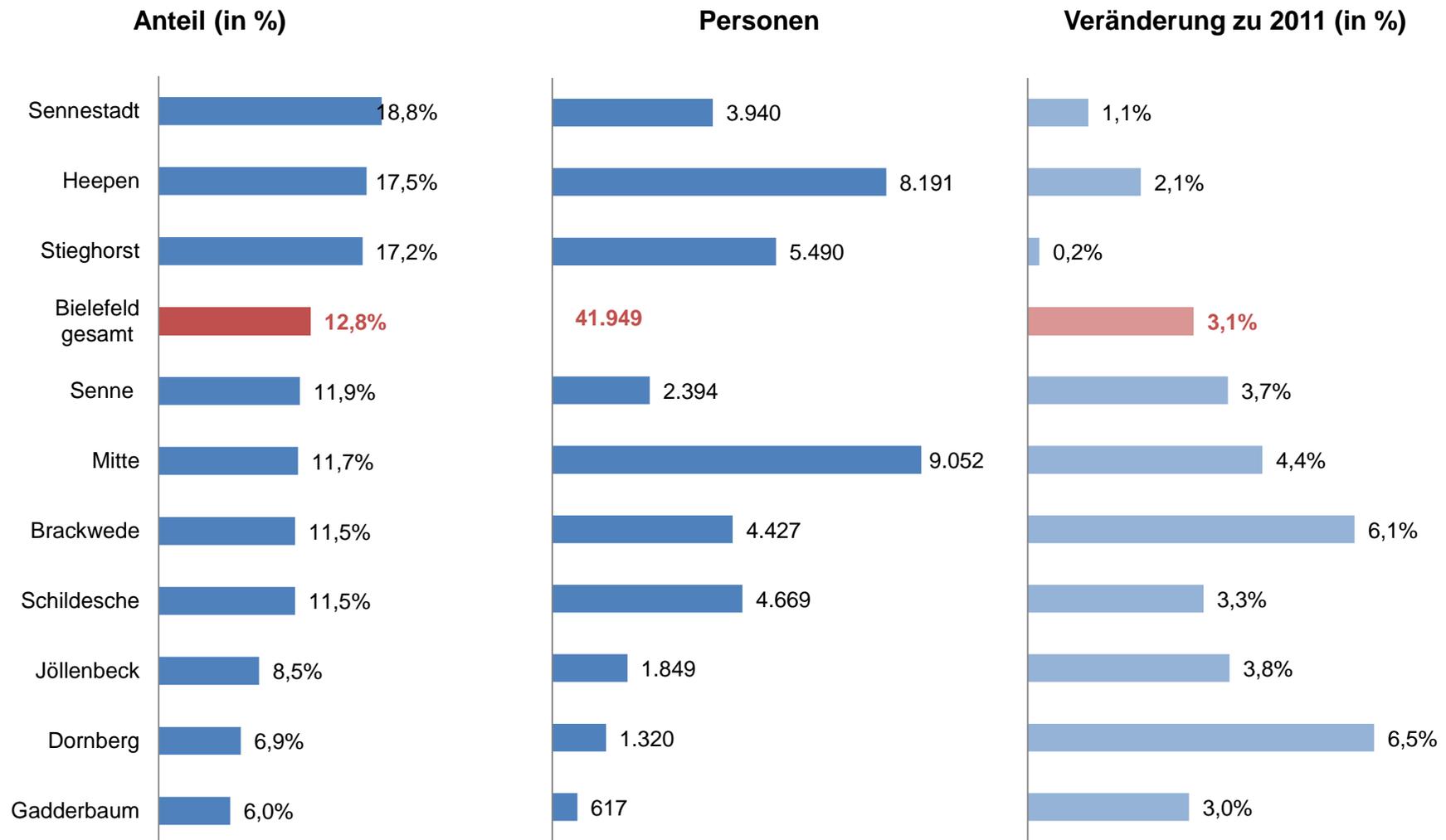


Abbildung V.15: Doppelte Staatsangehörigkeit



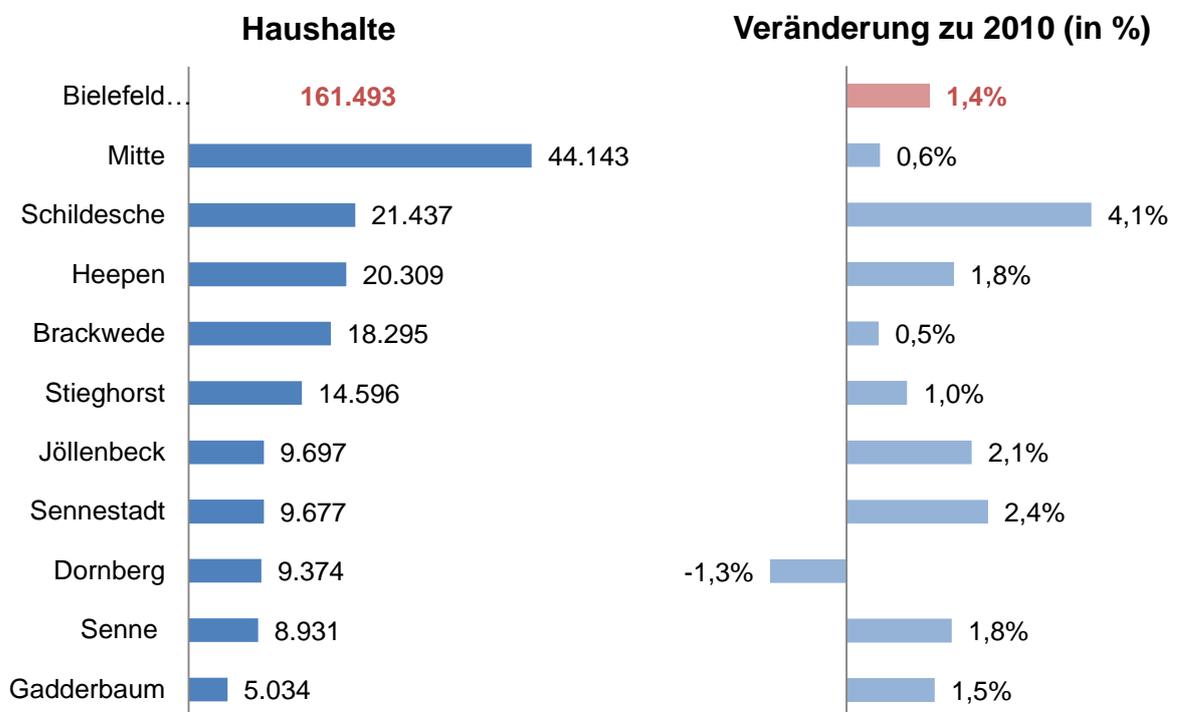
3 Entwicklung der Haushalte

Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse

- Die Zahl der Haushalte hat 2012 im Vergleich zu 2010 um 1,4 Prozent auf 161.493 zugelegt. Den höchsten prozentualen Zuwachs vermeldet der Stadtbezirk Schildesche (plus 4,1 Prozent), zurückgegangen ist die Zahl der Haushalte dagegen in Dornberg (minus 1,5 Prozent). Bei den absoluten Zahlen deckt der Stadtbezirk Bielefeld-Mitte mit 44.143 allein mehr als ein Viertel aller Bielefelder Haushalte ab.
- In fast der Hälfte aller Bielefelder Haushalte lebt nur eine Person (45,6 Prozent). Das entspricht gegenüber dem Jahr 2010 stadtweit nochmals einer Steigerung um 2,7 Prozent. Mehr als ein Drittel dieser Haushalte sind im Stadtbezirk Bielefeld-Mitte beheimatet. Die größten Steigerungsraten gab es in Jöllenbeck und Schildesche.
- In exakt jedem fünften Bielefelder Haushalt leben Kinder. Damit hat ihr Anteil an allen Haushalten in unserer Stadt gegenüber 2010 um 3,9 Prozent zugelegt. Am deutlichsten über dem städtischen Durchschnittswert liegt bei dieser Kennzahl der Stadtbezirk Bielefeld-Heepen. Im Vergleich zum Landesdurchschnitt, der in 2011 bei 20,5 Prozent liegt, schneidet Bielefeld minimal schlechter ab.
- Heepen, Jöllenbeck und Senne sind die Stadtteile mit den höchsten Familienanteilen: Etwa jeder vierte Haushalt beherbergt hier Kinder, im Stadtbezirk Bielefeld-Mitte ist es nur jeder Siebte.
- Die meisten Haushalte mit *einem* Kind finden wir im Stadtbezirk Bielefeld-Mitte, bei drei und mehr Kindern liegen Sennestadt, Heepen und Stieghorst vorne.

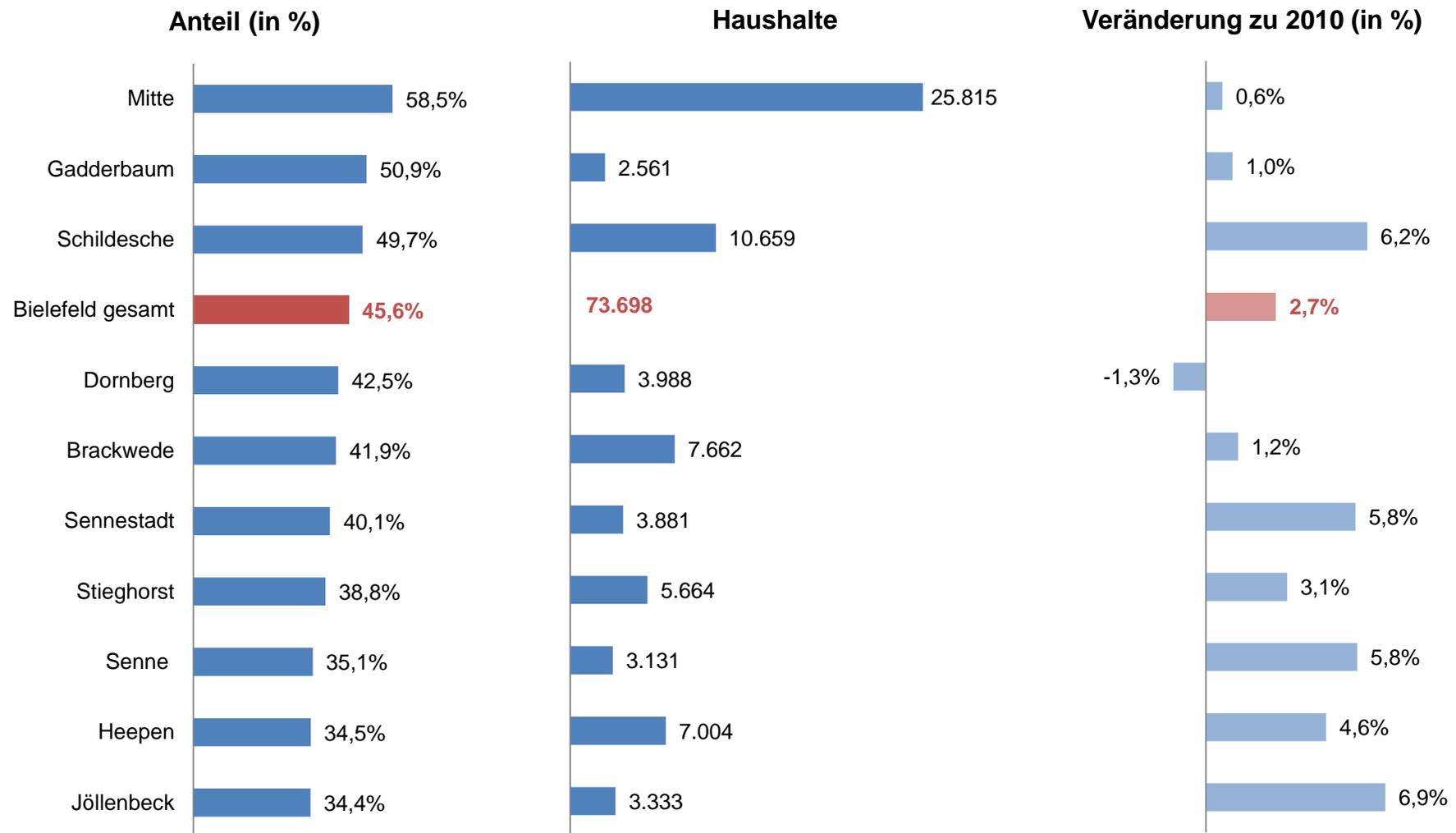
- Der Anteil der Zwei-Eltern-Familien ist stadtweit gegenüber 2010 um 1,2 Prozent zurückgegangen. Dieser rückläufige Trend gilt für alle Stadtbezirke mit Ausnahme von Bielefeld-Mitte und Schildesche: hier gab es leichte Zuwächse.
- Der Anteil der alleinerziehenden Haushalte hat gegenüber 2010 um 1,2 Prozent zugelegt. Die prozentual mit Abstand größte Steigerungsrate weist der Stadtbezirk Sennestadt (plus 10,0 Prozent) auf, auch im Stadtbezirk Senne ist die Zahl erheblich gestiegen (plus 5,2 Prozent). In Bielefeld-Mitte ist mehr als jeder vierte Haushalt mit Kindern ein alleinerziehender. Insgesamt sind 92,4 Prozent aller Alleinerziehenden Frauen.

Abbildung V.16: Haushalte



3.1 Ein-Personen-Haushalte

Abbildung V.17: Ein-Personen-Haushalte



3.2 Haushalte mit Kindern

Abbildung V.18: Haushalte mit Kindern

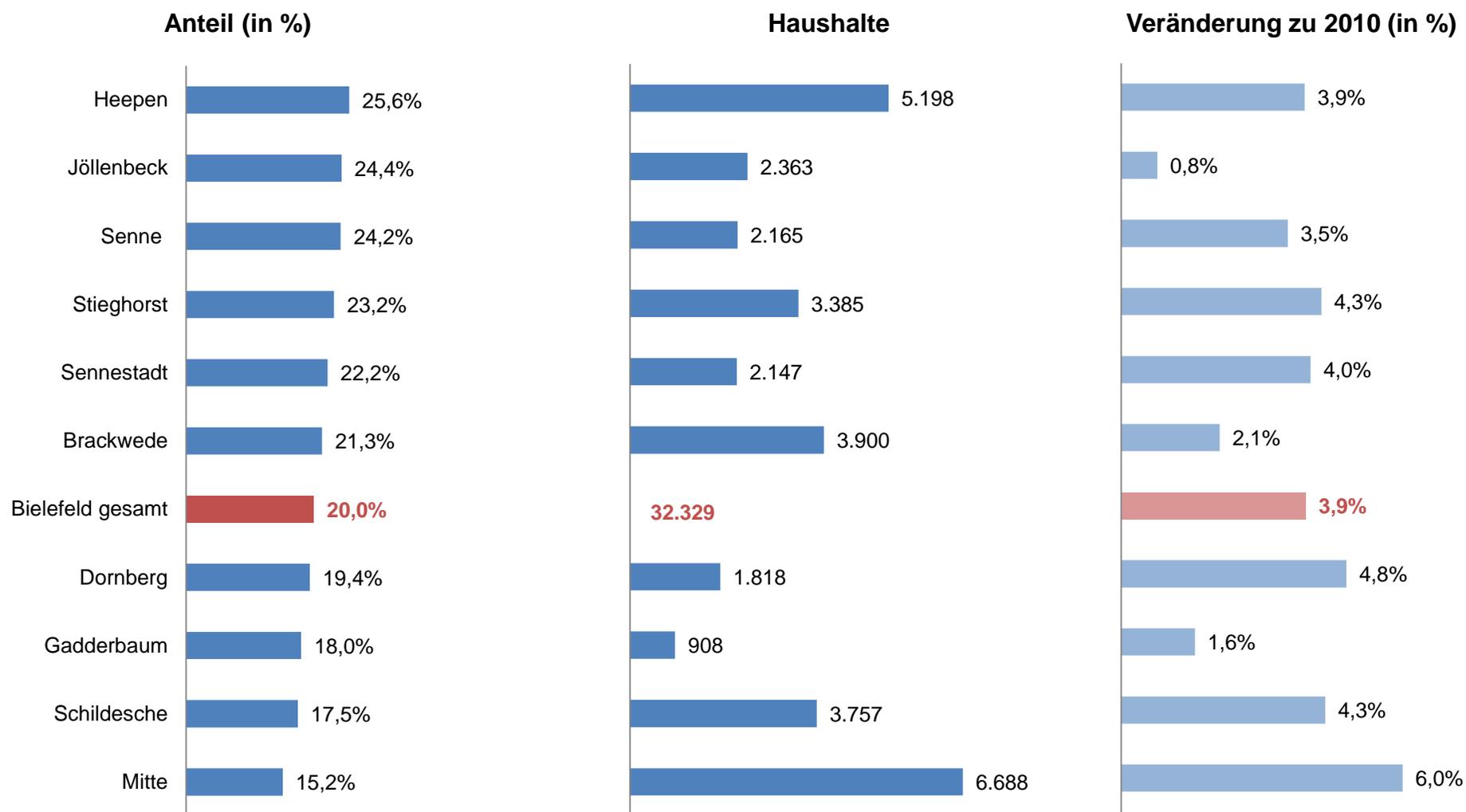
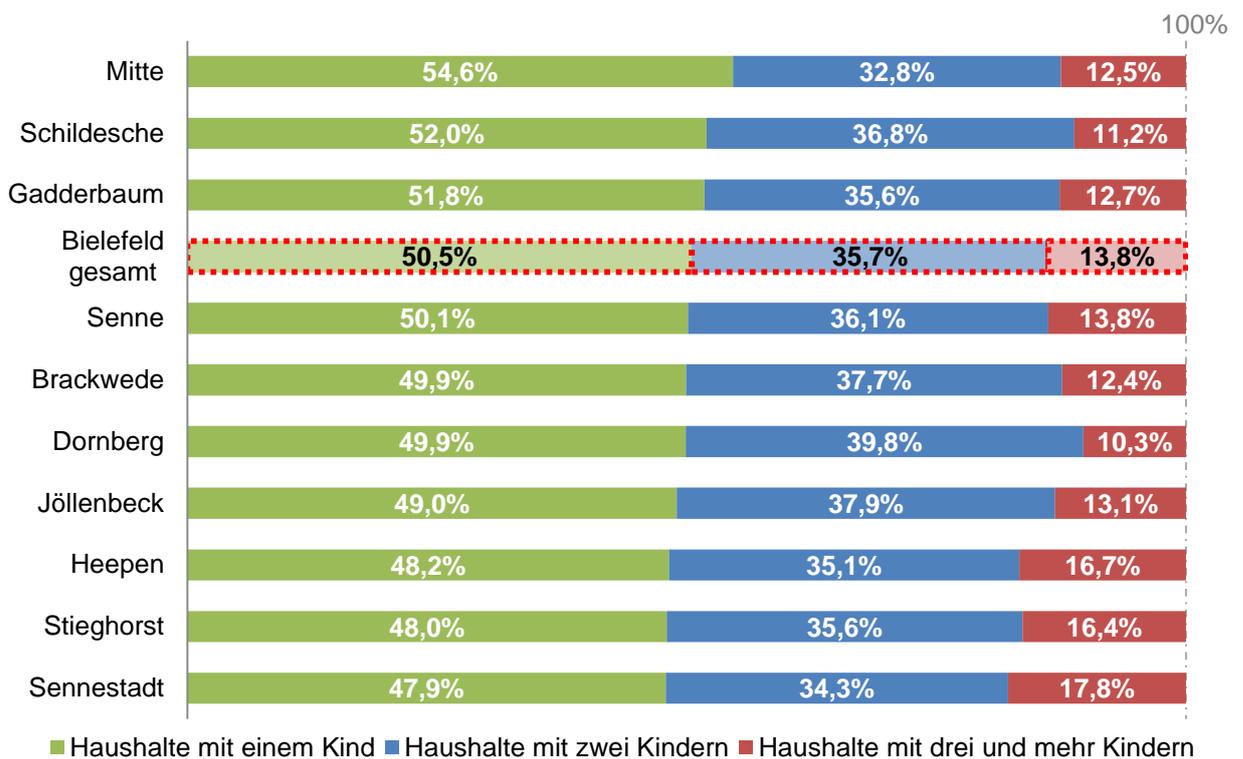


Abbildung V.19: Haushalte mit Kindern nach Anzahl der Kinder



Bielefeld kleinräumig: Haushalte mit Kindern

Höchste Anteile:

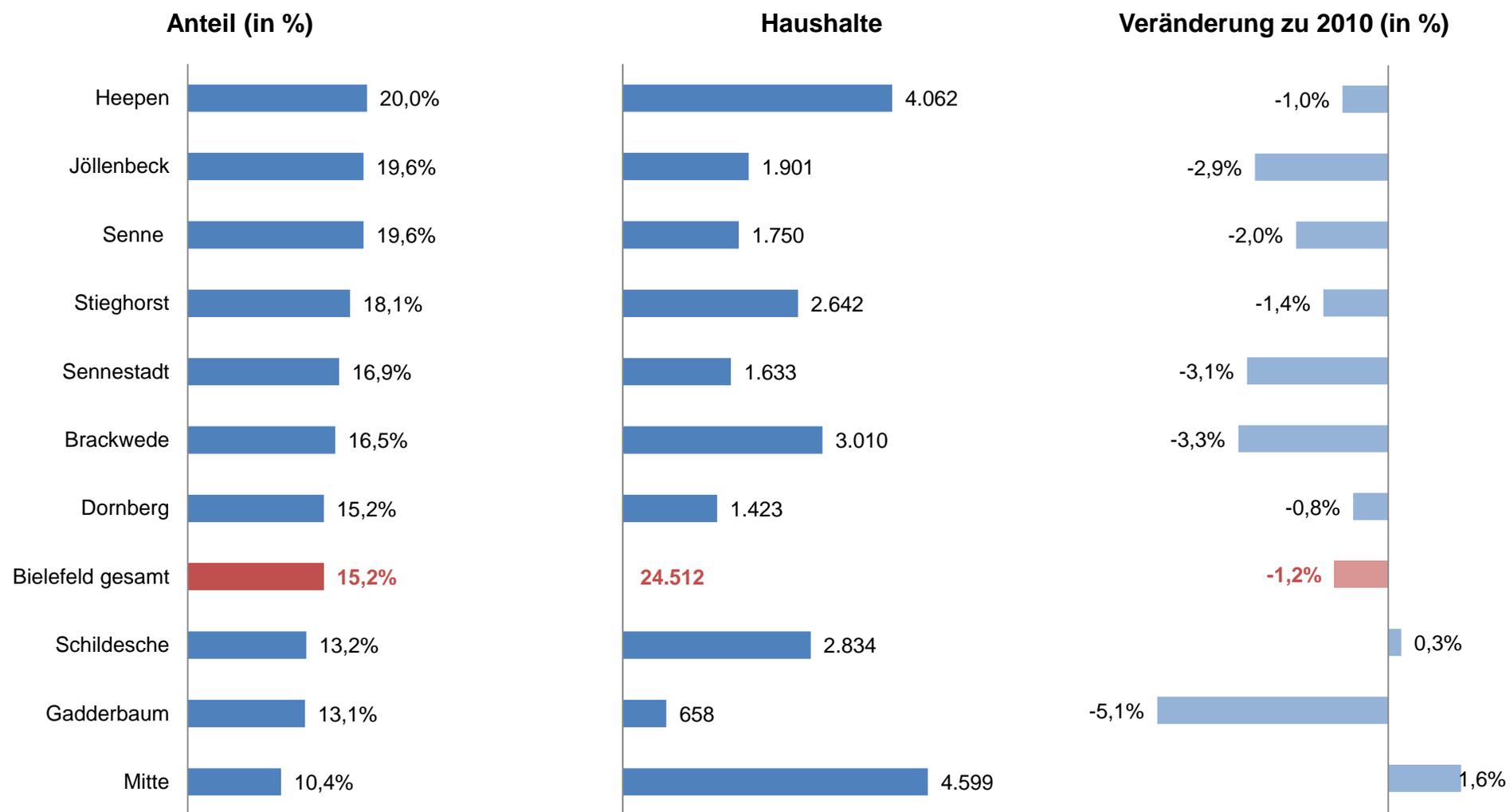
1. Oldentrup-Ost (35,9 Prozent an allen Haushalten)
2. Brönninghausen (35,9 Prozent an allen Haushalten)
3. Dalbke (32,7 Prozent an allen Haushalten)

Niedrigste Anteile:

1. Universität (6,3 Prozent an allen Haushalten)
2. Alt- und Neustadt (7,2 Prozent an allen Haushalten)
3. Kesselbrink (9,7 Prozent an allen Haushalten)

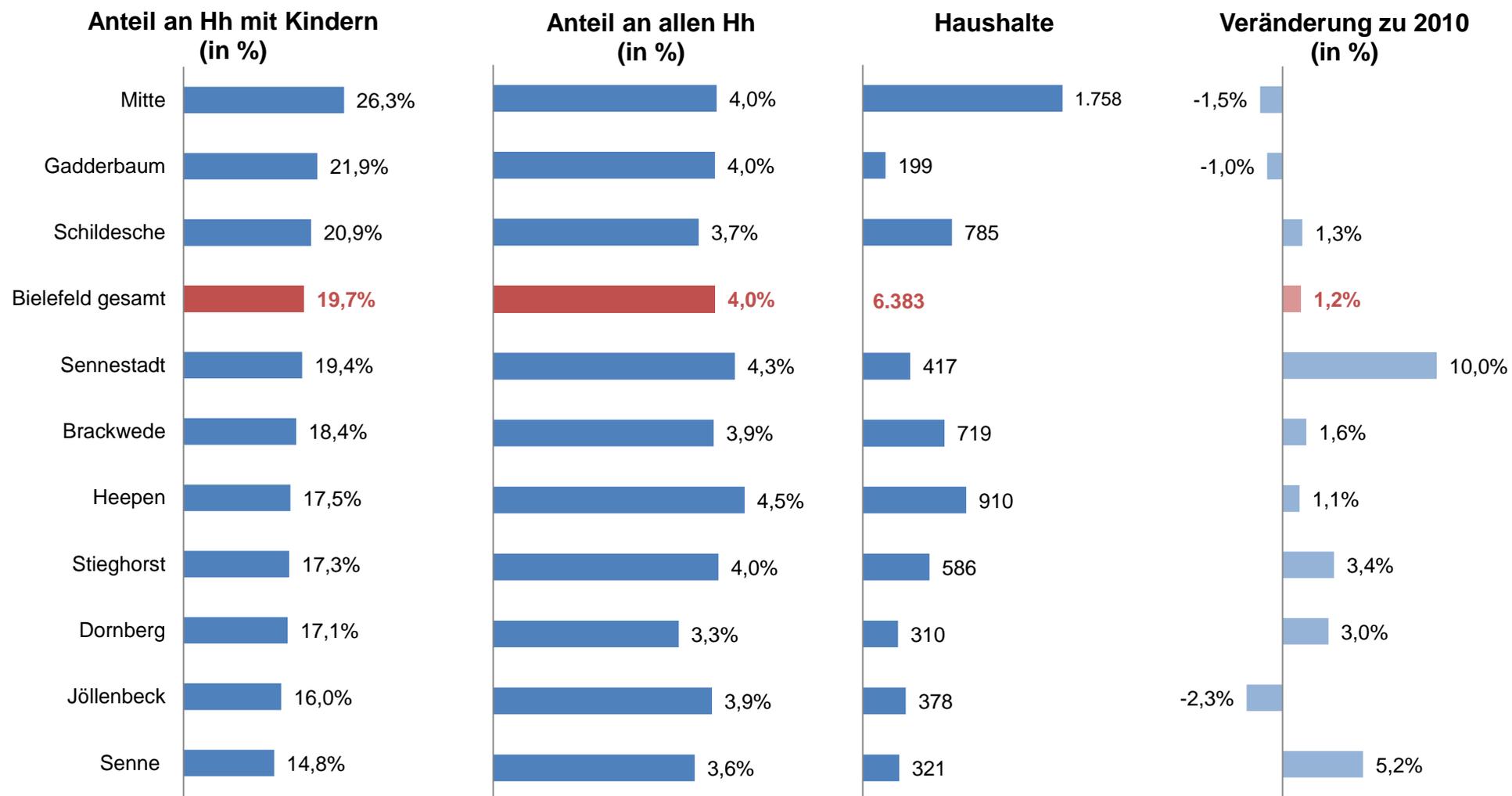
3.3 Zwei-Eltern-Familien mit Kindern

Abbildung V.20: Zwei-Eltern-Familien mit Kindern



3.4 Ein-Eltern-Familien (Alleinerziehende)

Abbildung V.21: Haushalte Alleinerziehende



Bielefeld kleinräumig: Ein-Eltern-Familien

Höchste Anteile¹:

1. Heeper Fichten (30,0 Prozent an allen Haushalten mit Kindern)
2. Königsbrügge (29,8 Prozent an allen Haushalten mit Kindern)
3. Osningpaß (29,6 Prozent an allen Haushalten mit Kindern)

Niedrigste Anteile¹:

1. Lämershagen (5,4 Prozent an allen Haushalten mit Kindern)
2. Dalbke (8,8 Prozent an allen Haushalten mit Kindern)
3. Windwehe (9,2 Prozent an allen Haushalten mit Kindern)

¹ ab einer Anzahl von 50 Haushalten mit Kindern im statistischen Bezirk

VI Materielle Hilfen

1 Transferleistungen

1.1 Arbeitslosigkeit

Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse

- Die offiziellen Arbeitslosenzahlen sind zwischen 2010 und 2012 um 1.115 zurückgegangen. Die Aussagekraft dieser Statistik gibt nur beschränkt das Maß an Bedürftigkeit wieder, da viele Fallkonstellationen hier nicht berücksichtigt werden, wie z. B. Menschen, die das 58. Lebensjahr vollendet und seit einem Jahr kein Jobangebot mehr bekommen haben, Ein-Euro-Jobber, Teilnehmer an Qualifizierungsmaßnahmen, Langzeiterkrankte oder aber Menschen, die nicht „arbeitslos“, sondern nur „arbeitsuchend“ gemeldet sind. Aus diesem Grund liegen die Zahl der betroffenen Bedarfsgemeinschaften in SGB II und III und die Zahl der dahinter stehenden Personen natürlich bedeutend über der offiziellen Arbeitslosenzahl von 14.701 am 31.12.2012. Da wir mit diesem Bericht die prekären Lebenslagen in Bielefeld besonders beleuchten wollen, werden wir uns - wie schon in den Vorjahren – auf die Analyse der Bedarfsgemeinschaften konzentrieren.
- Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften im SGB II ist zwischen 2010 und 2012 kontinuierlich um insgesamt 6,1 Prozent auf 17.867 zurückgegangen. Dieser Trend hat sich im ersten Halbjahr 2013 grundlegend geändert: Bis zur Jahresmitte (bei Erstellung dieses Berichtes) war ihre Zahl auf mehr als 18.500 angestiegen.
- Der Rückgang in den Stadtbezirken entspricht in etwa dem Durchschnittswert der Gesamtstadt. Größter prozentualer Ausreißer bei den Rückgängen ist Gadderbaum, was allerdings der geringen Grundgesamtheit geschuldet ist.
- Sennestadt hat von der positiven stadtweiten Entwicklung überhaupt nicht profitieren können, im Gegenteil: hier ist die Zahl der Bedarfsgemeinschaften sogar ganz leicht angestiegen (plus 0,3 Prozent).
- Fast ein Drittel aller SGB-II-Leistungsempfänger in Bielefeld lebt im Stadtteil Mitte (30,8%).

Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse

- Die Zahl der betroffenen Personen in den Bedarfsgemeinschaften ist zwischen 2010 und 2012 stadtweit um 1.167 Menschen zurückgegangen. Mehr als die Hälfte dieser Personen lebten in Ein-Personen-Haushalten, ein gutes Drittel in größeren Bedarfsgemeinschaften mit drei und mehr Personen. Zwei-Personen-Haushalte spielten bei den Rückgängen praktisch keine Rolle. Diese Auswertung spiegelt wider, wo die Vermittlungserfolge am größten sind, nämlich weiterhin bei Alleinstehenden. Allerdings ist auch der hohe Anteil der großen Bedarfsgemeinschaften bemerkenswert. Das ist vor allem für die hierin lebenden Kinder erfreulich und sorgt natürlich fiskalisch bei den Kosten der Unterkunft für eine stärkere Entlastung.
- Anders als im letzten Bericht, als die Zahl der Bedarfsgemeinschaften abnahm, aber die Zahl der betroffenen Personen zugenommen hatte, waren die prozentualen Rückgänge zwischen 2010 und 2012 mit 6,1 Prozent identisch. Im statistischen Mittel liegt die Größe einer SGB II-Bedarfsgemeinschaft exakt bei 2,0 Personen.
- Hochgerechnet auf die Gesamtbevölkerung lebt jede/r zehnte Bielefelder/in von „Hartz IV“. Beim Blick in die Stadtbezirke wird die Segregation deutlich: Während in Bielefeld-Mitte jede/r Siebte betroffen ist, ist es in Dornberg nicht einmal jede/r Zwanzigste.
- Auch beim Rückgang der Personen in den Bedarfsgemeinschaften bildet der Bielefelder Süden das Schlusslicht: Senne und Sennestadt haben in den letzten beiden Jahren am wenigsten vom positiven Trend profitieren können.
- Stadtweit leben in mehr als einem Drittel aller SGB-II-Haushalte Kinder. Die Anzahl der im Haushalt lebenden Kinder ist scheinbar kein Kriterium für ein erhöhtes Armutsrisiko. Allerdings wird in der Auswertung deutlich, dass es bei der Entwicklung der SGB-II-Haushalte mit Kindern deutlich weniger Bewegung gibt als bei den Alleinstehenden.
- Ein Blick auf die Stadtbezirke zeigt, dass in Senne, Jöllenbeck und Heepen der Anteil der Familien mit Kindern im SGB II am höchsten ist.

Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse

- Bezogen auf die Gesamtbevölkerung lebt im Bielefelder Durchschnitt jeder fünfte Haushalt mit Kindern von „Hartz IV“, in Bielefeld-Mitte sogar jeder Vierte und in Dornberg und Gadderbaum nicht einmal jeder Zehnte.
- Die Bedarfsgemeinschaften mit Kindern sind entsprechend des allgemeinen Trends in der Gesamtstadt um 6,3 Prozent zurückgegangen. Auch hier hat der Bielefelder Süden kaum profitieren können: In Senne hat es praktisch keine Bewegung gegeben, in Sennestadt nur eine leichte Entspannung. Auffällig starke Rückgänge fanden sich dagegen in Brackwede und Schildesche.
- In Sennestadt ist mehr als jede dritte Bedarfsgemeinschaft im SGB II alleinerziehend.
- Die SGB-II-Betroffenheitsquote ist zwischen 2010 und 2012 von 12,3 auf 11,4 Prozent zurückgegangen. Ein vertiefender Blick zeigt, dass diese Quote mit zunehmendem Alter kontinuierlich abnimmt. Prozentual am stärksten vom SGB-II-Bezug betroffen sind die 0-14-Jährigen mit 22 Prozent. Bei dieser Gruppe hat es allerdings zwischen 2010 und 2012 auch die stärksten Rückgänge gegeben. Regional bilden Senne und Jöllenbeck eine Ausnahme von diesem Trend, während die Verbesserung im Stadtbezirk Bielefeld-Mitte besonders auffällig ist.
- Kleinräumig betrachtet fällt der relativ kleine statistische Bezirk „Wellensiek“ im Stadtbezirk Dornberg ins Auge: Bei einer stadtweit deutlich zurückgehenden Zahl von Bedarfsgemeinschaften im SGB II hat es hier zwischen 2010 und 2012 einen Zuwachs um 38,3, Prozent gegeben (plus 19 Fälle).
- Bei der SGB-II-Betroffenheitsquote der 15-24-Jährigen (Jugendarbeitslosigkeit) hat es stadtweit kaum Veränderungen gegeben. Die Ausnahme bildet auch hier Sennestadt mit einem Zuwachs um 2,0 Prozentpunkte. In allen anderen Altersgruppen hat es kaum Bewegung gegeben.
- Stellt man die Arbeitslosenzahlen der Unter-25-Jährigen und der Über-55-Jährigen gegenüber, so zeigt sich ein inzwischen verfestigter Trend: Waren die Anteile beider Gruppen 2009 noch in etwa gleich hoch, so haben sie sich in den Folgejahren in komplett unterschiedliche Richtungen entwickelt. Die Betroffenheit bei den älteren Arbeitslosen hat deutlich zugenommen, während sie bei den jüngeren zurückgegangen ist.

1.1.1 Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt

Abbildung VI.1: Arbeitslosigkeit in Bielefeld nach Rechtskreisen

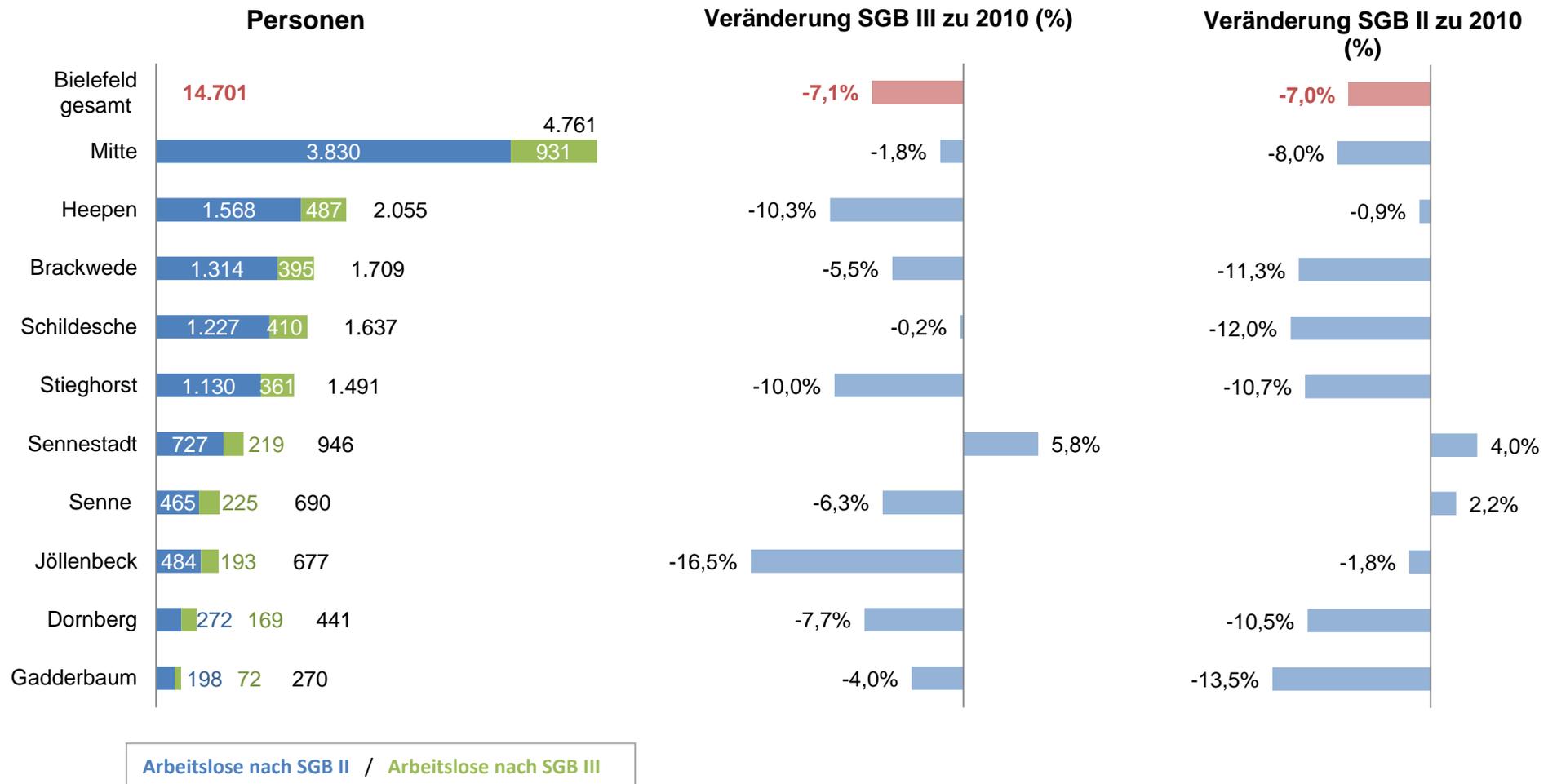
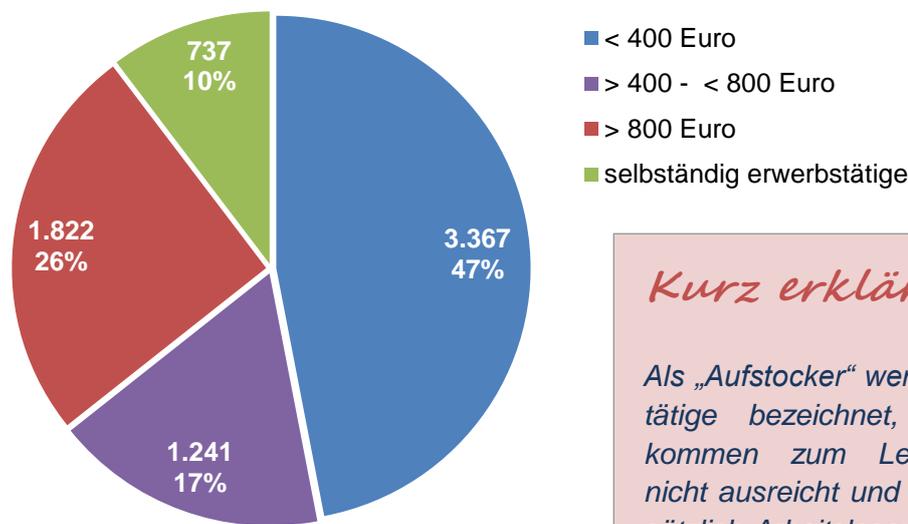


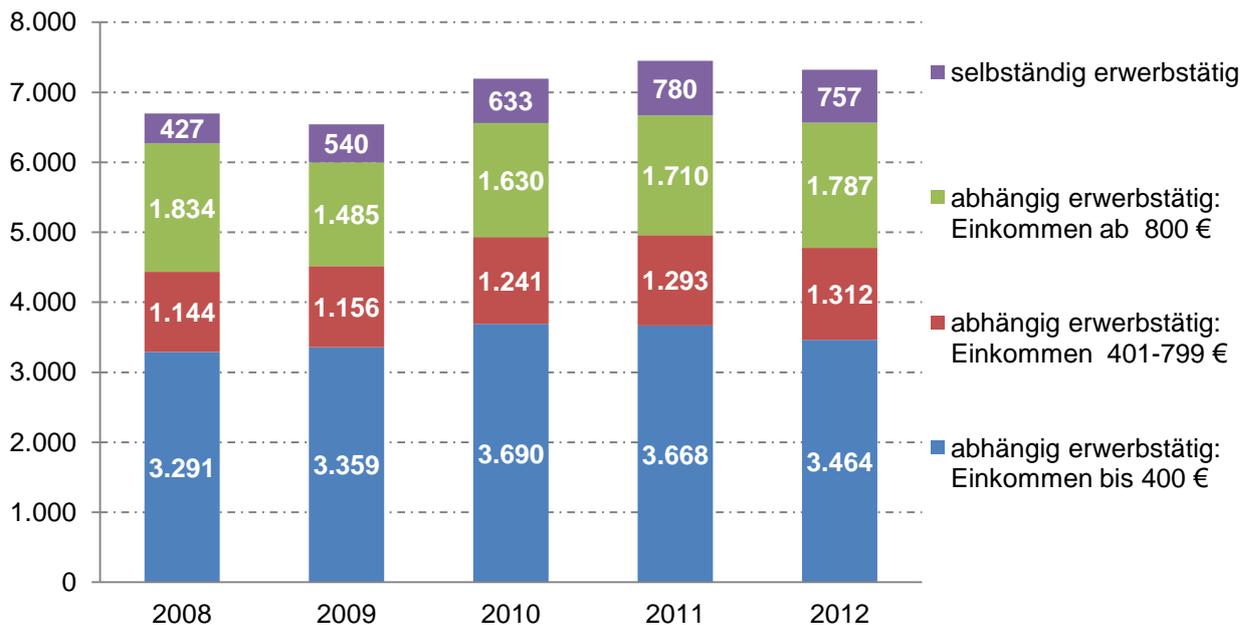
Abbildung VI.2: Einkommen erwerbstätiger Arbeitslosengeld II-Bezieher, sog. „Aufstocker“ (insg. 7.092 Personen, Mehrfachnennungen möglich)



Kurz erklärt...

Als „Aufstocker“ werden Erwerbstätige bezeichnet, deren Einkommen zum Lebensunterhalt nicht ausreicht und die daher zusätzlich Arbeitslosengeld II beziehen.

Abbildung VI.3: Entwicklung der erwerbstätigen Arbeitslosengeld II-Bezieher, sog. Aufstocker (Mehrfachnennungen möglich)



1.1.2 Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften

Abbildung VI.4: Entwicklung der SGB-II-Bedarfsgemeinschaften (Werte zum Stichtag 31.12.)

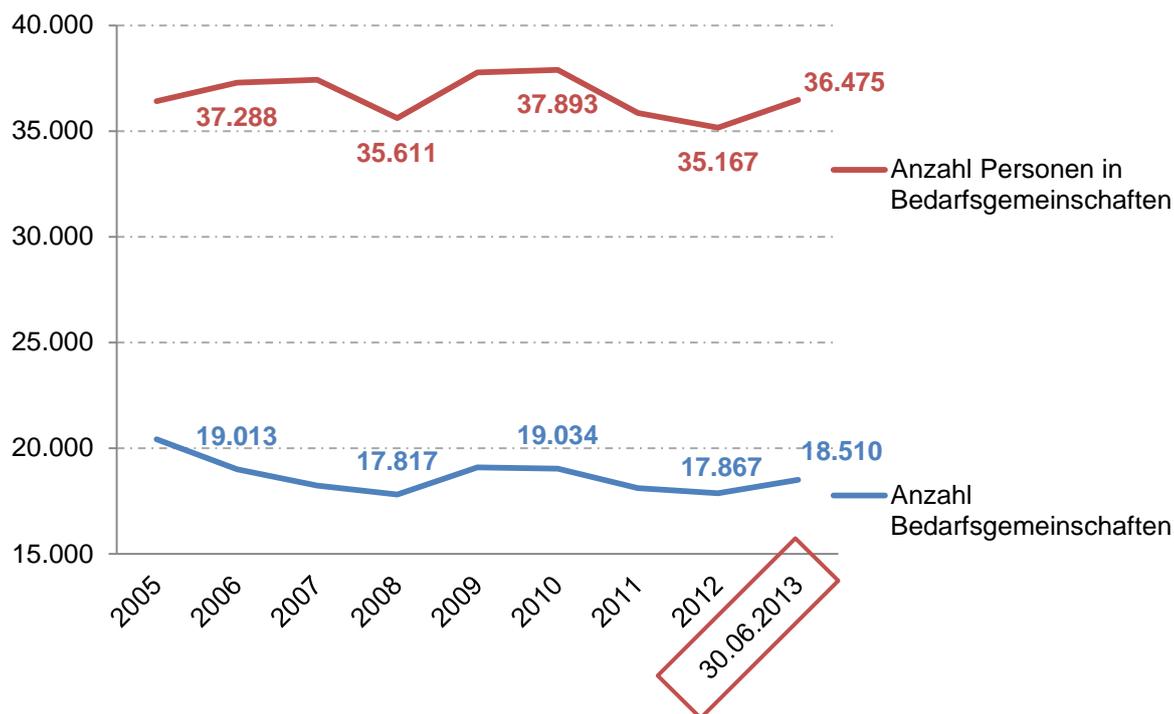


Abbildung VI.5: Entwicklung der SGB-II-Bedarfsgemeinschaften nach Stadtbezirken

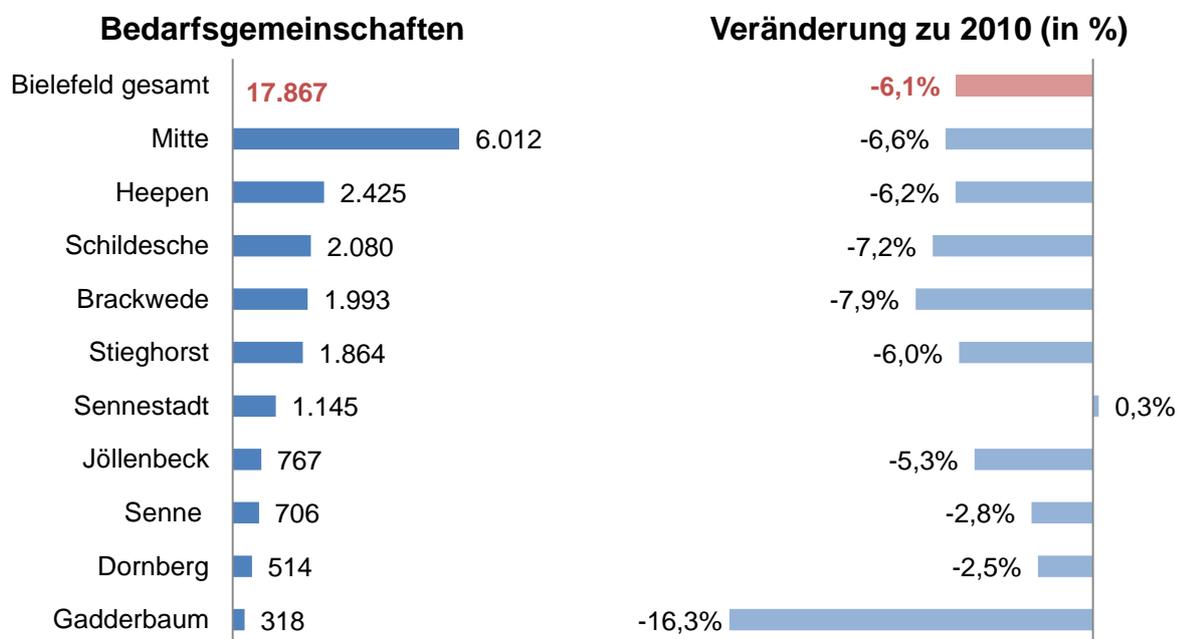
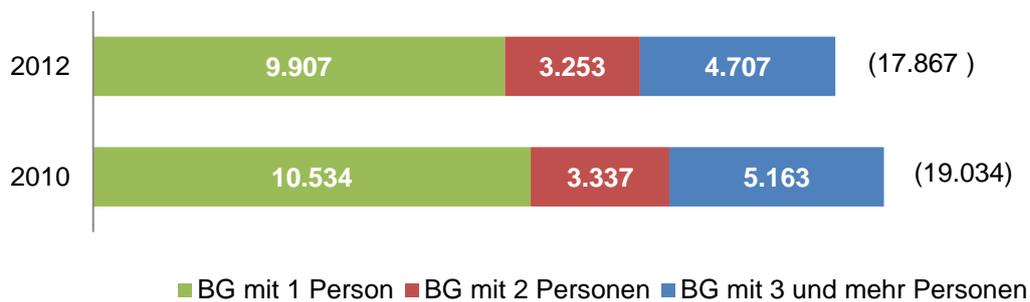


Abbildung VI.6: Entwicklung der SGB-II-Bedarfsgemeinschaften nach Anzahl der Personen



Bielefeld kleinräumig: SGB-II-Bedarfsgemeinschaften

Stärkster Anstieg¹:

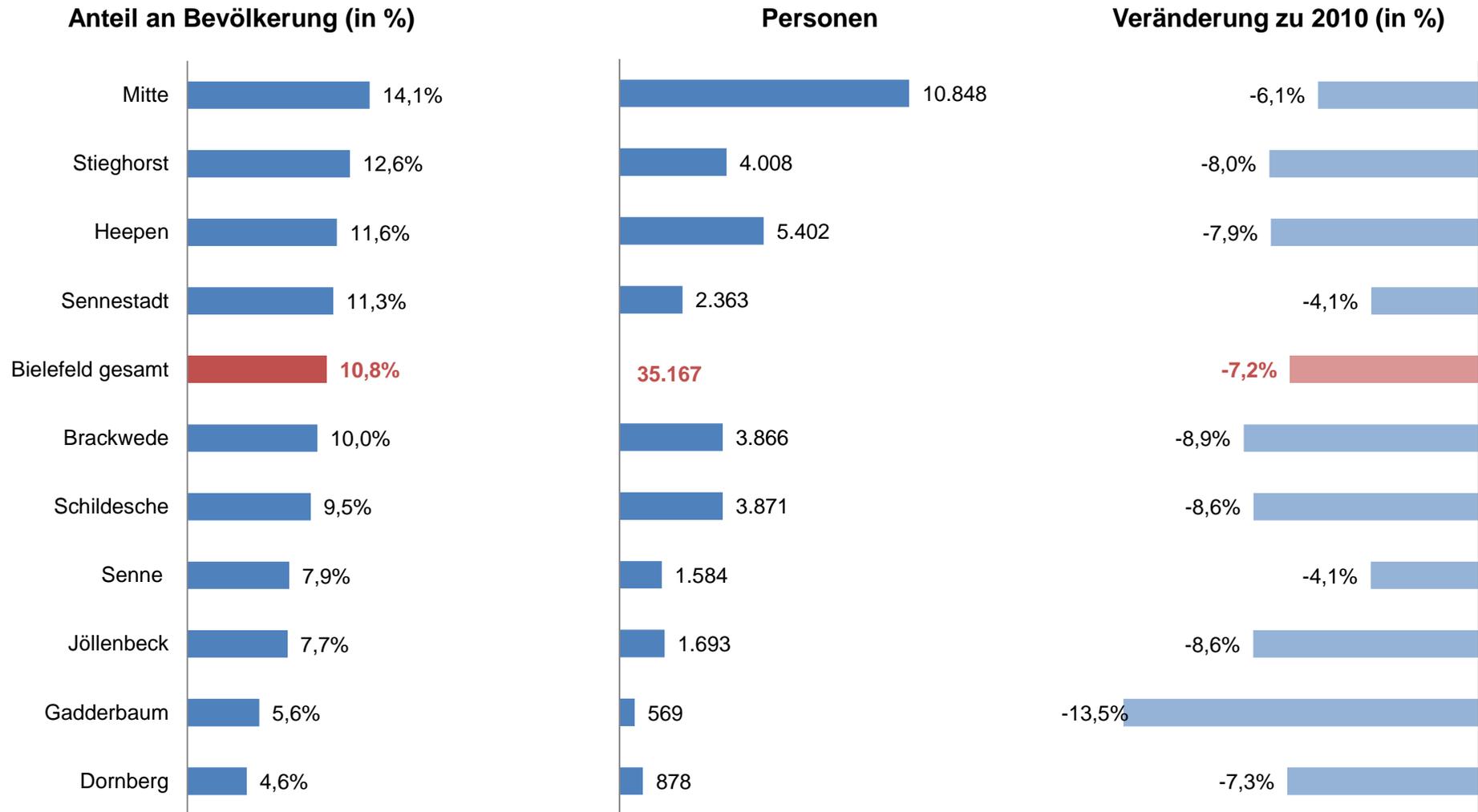
1. Wellensiek (plus 38,3 Prozent zu 2010)
2. Dalbke (plus 17,2 Prozent zu 2010)
3. Südstadt (plus 13,1 Prozent zu 2010)

Stärkster Rückgang¹:

1. Bülmannskrug (minus 36,5 Prozent zu 2010)
2. Windwehe (minus 30,7 Prozent zu 2010)
3. Bethel (minus 24,6 Prozent zu 2010)

¹ ab einer Anzahl von 50 SGB II-Bedarfsgemeinschaften im statistischen Bezirk

Abbildung VI.7: Personen in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften



1.1.3 Zusammensetzung der SGB-II-Bedarfsgemeinschaften

Abbildung VI.8 Personen in Bedarfsgemeinschaften nach Bedarfsgemeinschaft-Typ (absolute Zahlen)

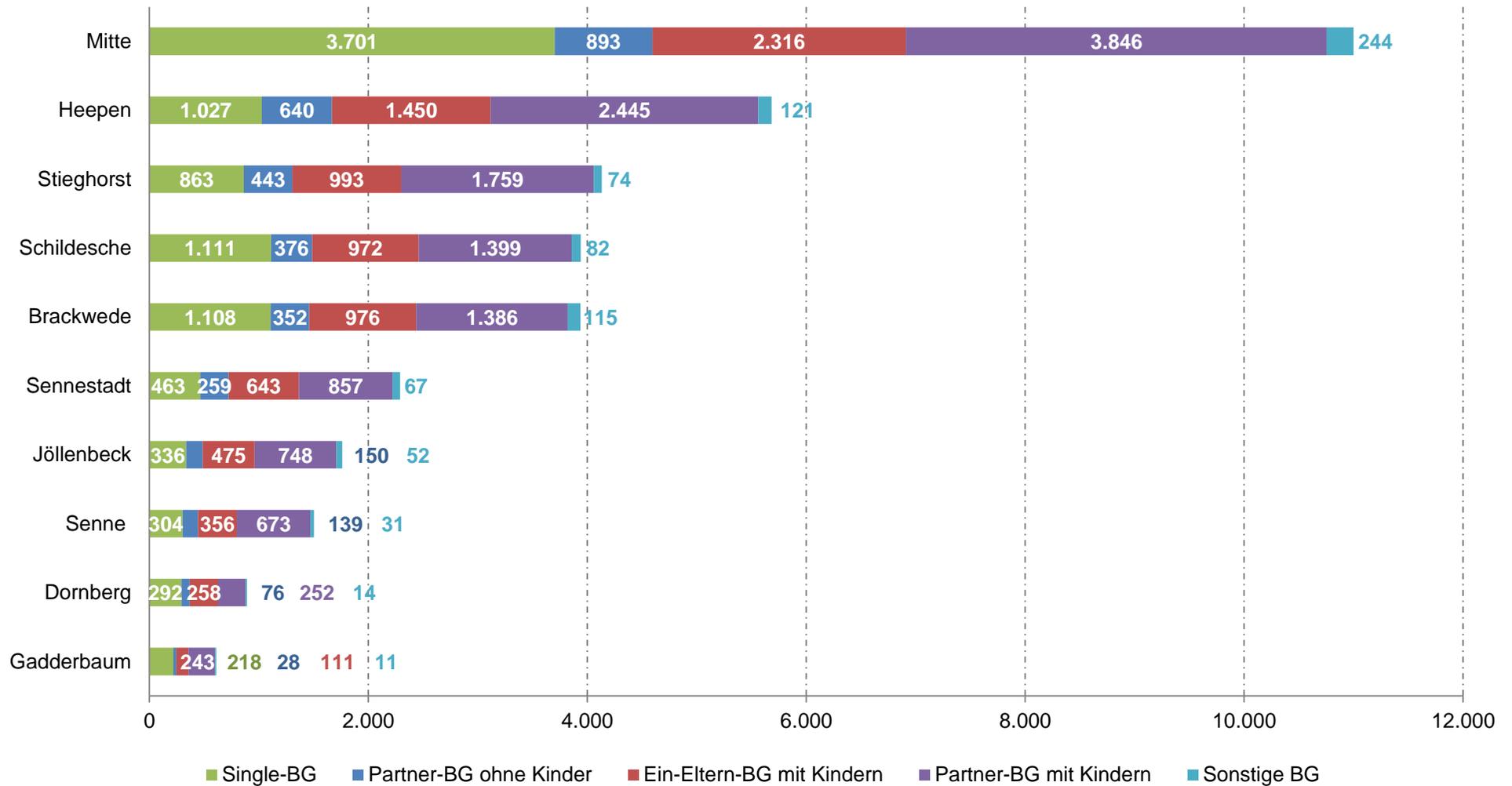
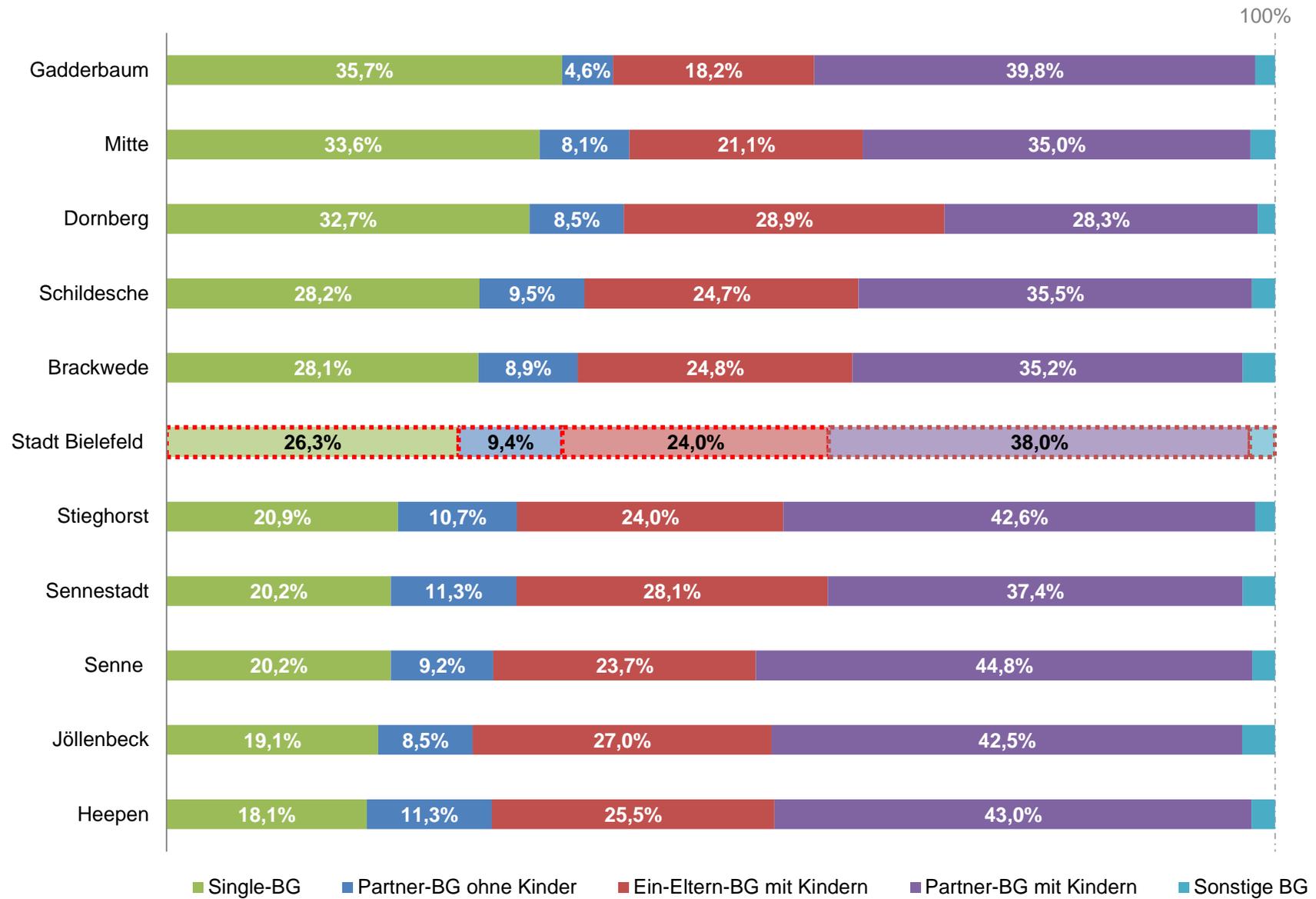
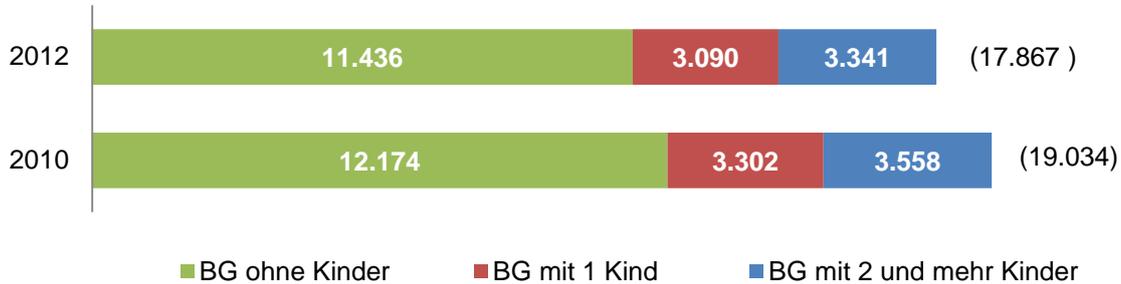


Abbildung VI.9: Personen in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften nach Bedarfsgemeinschaft-Typ (in %)



1.1.4 SGB-II-Bedarfsgemeinschaften mit Kindern

Abbildung VI.10: Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften nach Anzahl der Kinder



Bielefeld kleinräumig: SGB-II-Bedarfsgemeinschaften mit Kindern

Höchste Anteile¹:

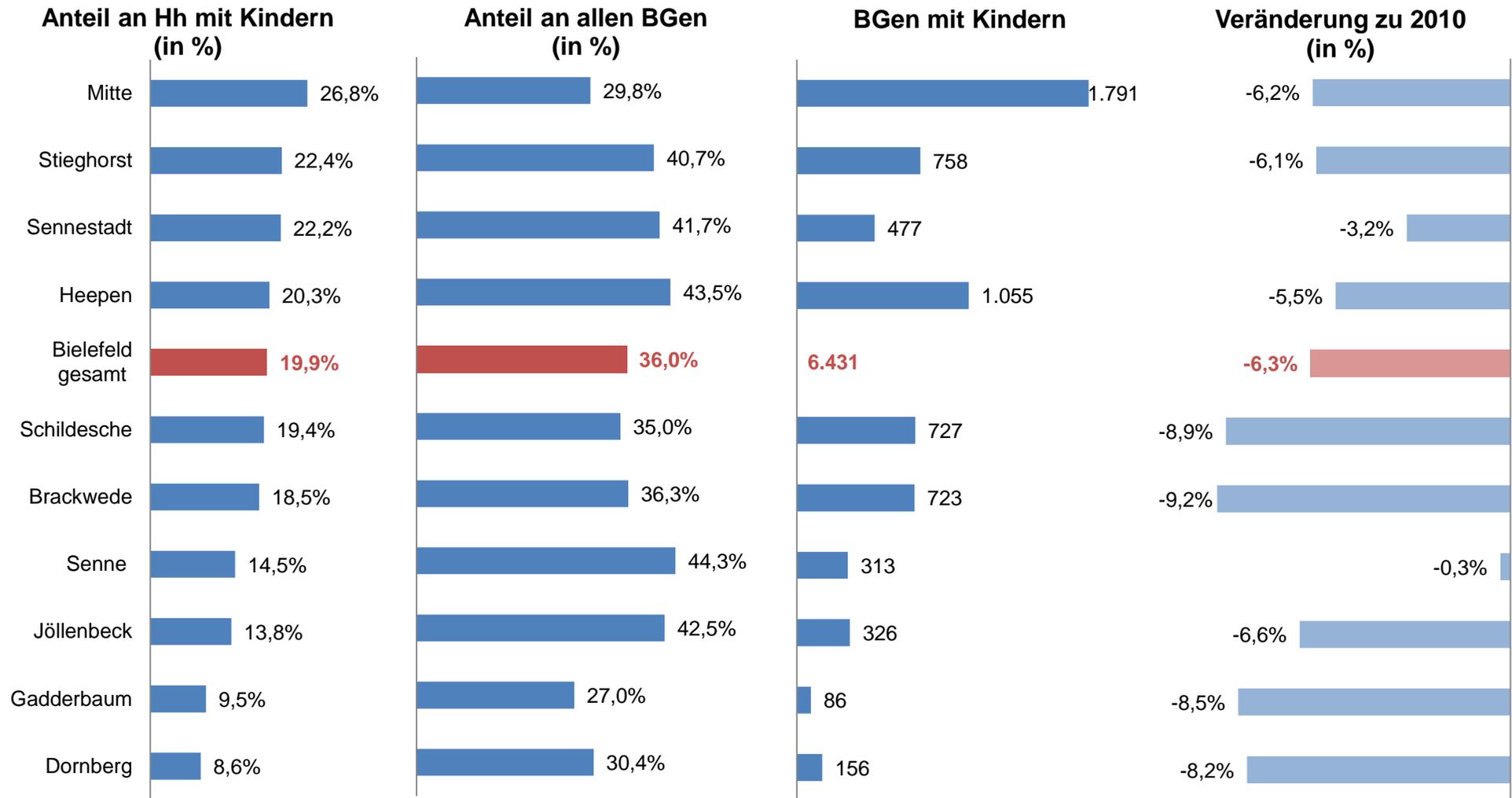
1. Lämmkenstatt (56,6 Prozent an allen Bedarfsgemeinschaften)
2. Altenhagen (53,8 Prozent an allen Bedarfsgemeinschaften)
3. Vilsendorf (52,8 Prozent an allen Bedarfsgemeinschaften)

Niedrigste Anteile¹:

1. Brands Busch (8,4 Prozent an allen Bedarfsgemeinschaften)
2. Kesselbrink (18,3 Prozent an allen Bedarfsgemeinschaften)
3. Dürkopp (18,6 Prozent an allen Bedarfsgemeinschaften)

¹ ab einer Anzahl von 50 SGB II-Bedarfsgemeinschaften im statistischen Bezirk

Abbildung VI.11: SGB-II-Bedarfsgemeinschaften mit Kindern

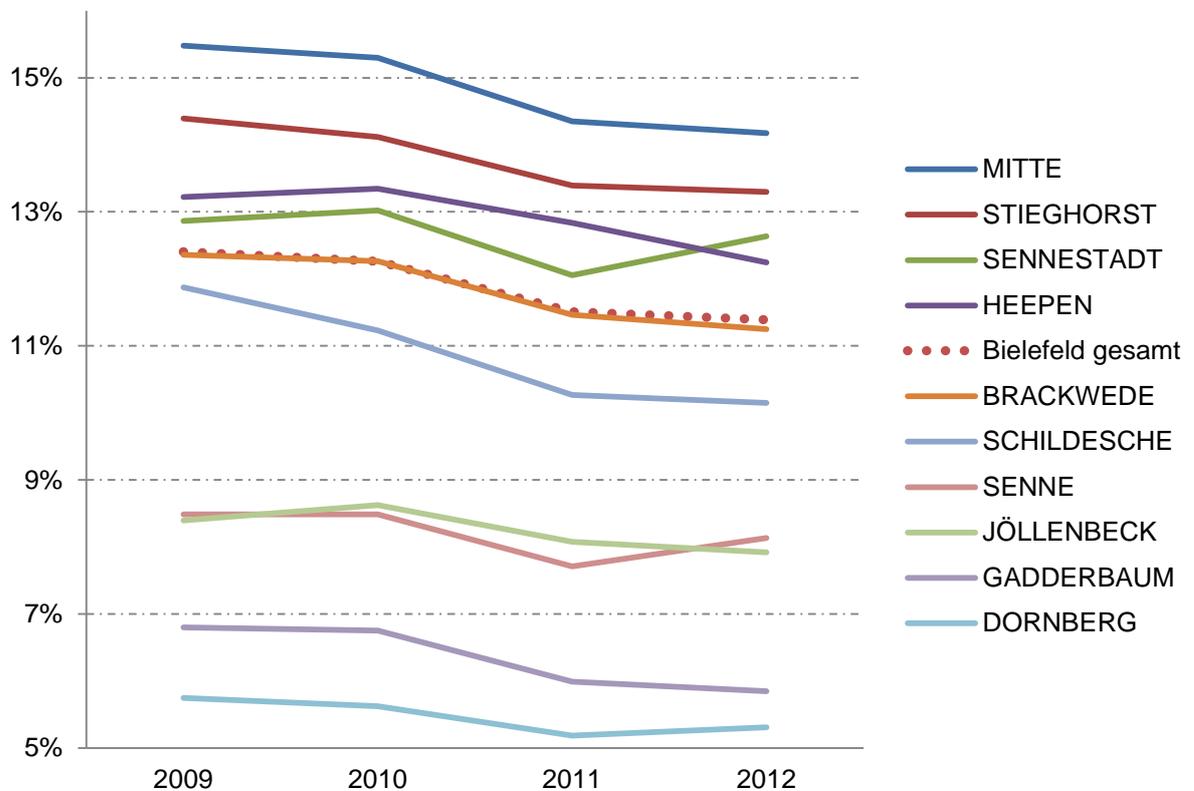


1.1.5 SGB II-Betroffenheit

Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse

- In 2012 bezogen 24.605 erwerbsfähige Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren Leistungen nach dem SGB II. Frauen sind mit einem Anteil von 52,1 Prozent stärker betroffen als Männer (47,9 Prozent).
- Die SGB-II-Betroffenheitsquote sank in Bielefeld von 12,3 Prozent auf 11,4 Prozent, dies entspricht einem Rückgang der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen von 5,9 Prozent zu 2010. In Nordrhein-Westfalen lag sie in 2012 bei 11,0 Prozent.
- Hilfebedürftige Kinder unter 15 Jahren konnten am stärksten von der positiven Entwicklung profitieren, ihre Betroffenheitsquote sank um 4,0 Prozentpunkte unter den Stand von 2010. Trotz dieses Rückgangs liegt die SGB-II-Betroffenheit von Kindern im Alter bis 14 Jahren mit 22,2 Prozent immer noch fast doppelt so hoch wie in allen anderen Altersgruppen. Im Stadtbezirk Mitte ist sogar fast jedes dritte Kind auf Leistungen nach dem SGB II angewiesen (30,5 Prozent).
- Die Stadtbezirke Mitte und Stieghorst weisen in allen Altersgruppen die höchsten SGB-II-Betroffenheitsquoten auf.
- Während in gesamtstädtisch zwischen 2010 und 2012 fast überall Rückgänge bei den SGB-II-Betroffenheitsquoten festzustellen waren, ist der Wert für Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 15 und 24 Jahren in Sennestadt um 2,0 Prozent gestiegen.

Abbildung VI.12: Entwicklung der SGB-II-Betroffenheitsquote

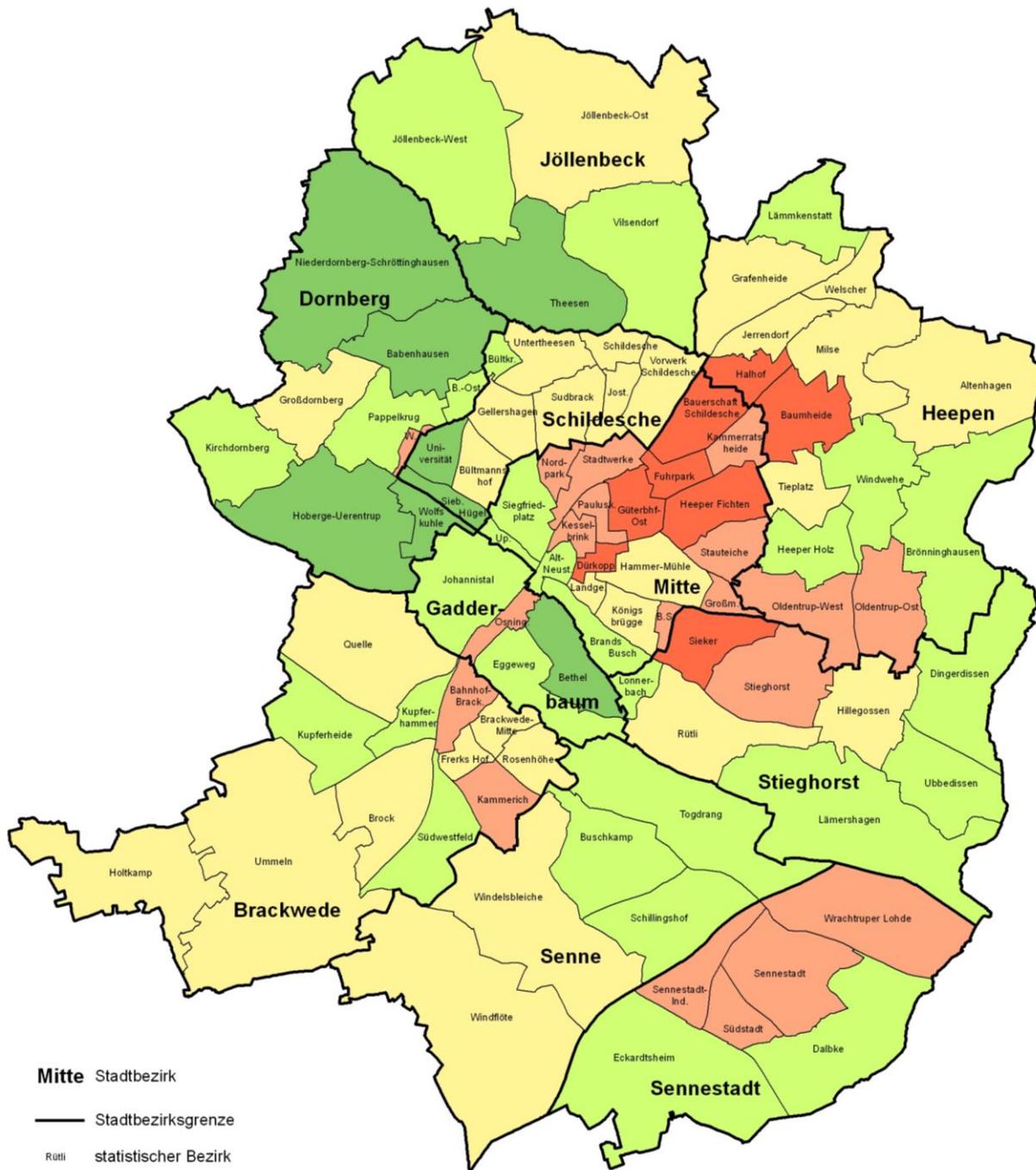


Kurz erklärt...

Die SGB-II-Betroffenheitsquote sagt aus, wie hoch der Anteil der erwerbsfähigen hilfebedürftigen Personen (15 bis unter 65 Jahre) an der Gesamtbevölkerung in dieser Altersklasse ist. An dieser Stelle werden bereits Personen ab 15 Jahren berücksichtigt, weil nach der Definition des SGB II bereits ab 15 Jahren grundsätzlich eine Erwerbsfähigkeit gegeben ist.

Kinder unter 15 Jahren sind nicht in der SGB II-Betroffenheitsquote enthalten. Für sie wird eine eigene Betroffenheitsquote ermittelt, die den Anteil der in sog. Bedarfsgemeinschaften lebenden Kinder unter 15 Jahren an allen Kindern dieser Altersgruppe bezeichnet.

Abbildung VI.13: SGB-II-Betroffenheitsquote



SGB II-Betroffenheitsquote

Durchschnittswert für Bielefeld: 11,4 %



Daten: Bundesagentur für Arbeit, Amt für Demographie und Statistik

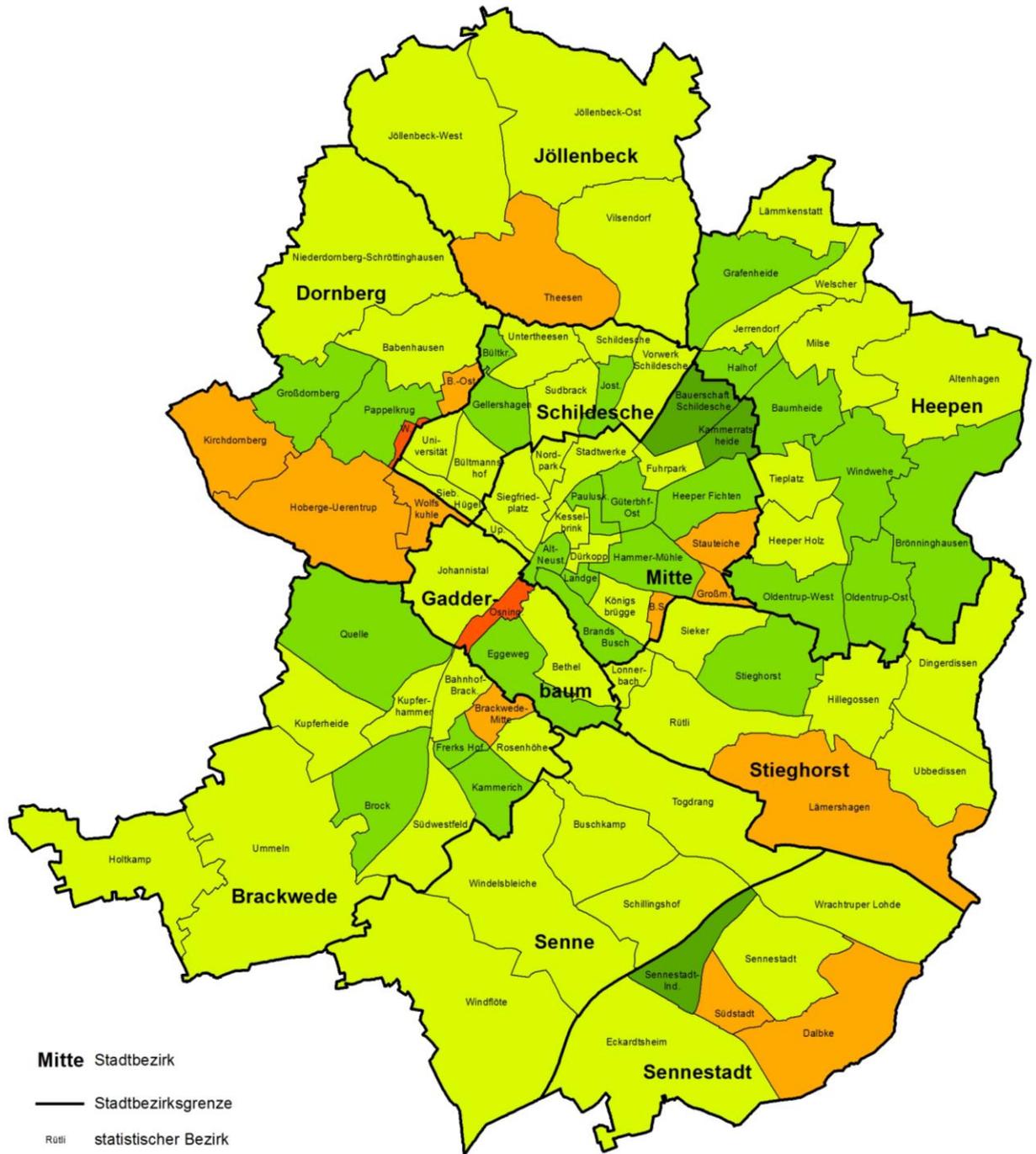
Kartografie: © Amt für Geoinformation und Kataster

Stand: 31.12.2012

Abkürzungen für statistische Bezirke

Bültkr.	= Bülmannskrug	Alt-Neust.	= Alt- und Neustadt
B.-Ost	= Babenhausen-Ost	Landge.	= Landgericht
Jost.	= Johannesstift	Großm.	= Großmarkt
W.	= Wellensiek	Osning.	= Osningpaß
Sieb.-Hügel	= Sieben Hügel	B.S.	= Betriebshof-Sieker
Güterbhf.-Ost	= Güterbahnhof-Ost	Bahnhof-Brack.	= Bahnhof-Brackwede
Paulusk.	= Pauluskirche	Sennestadt-Ind.	= Sennestadt-Industriegebiet
Up.	= Upmannstift		

Abbildung VI.14: Entwicklung der SGB-II-Betroffenheitsquote von 2010 zu 2012



prozentuale Veränderung der SGBII-Quote

Durchschnittswert für Bielefeld: -0,86 %

- 8,45 - -3,50 %
- 3,49 - -1,10 %
- 1,09 - 0,05 %
- 0,06 - 1,00 %
- 1,01 - 3,29 %

Daten: Bundesagentur für Arbeit, Amt für Demographie und Statistik
 Kartografie: © Amt für Geoinformation und Kataster Stand: 31.12.2012

Abkürzungen für statistische Bezirke

- | | | | |
|---------------|--------------------|-----------------|------------------------------|
| Bültkr. | = Bültmannskrug | Alt- Neust. | = Alt- und Neustadt |
| B.-Ost | = Babenhausen-Ost | Landge. | = Landgericht |
| Jost. | = Johannesstift | Großm. | = Großmarkt |
| W. | = Wellensiek | Osning. | = Osningpaß |
| Sieb.-Hügel | = Sieben Hügel | B.S. | = Betriebshof-Sieker |
| Güterbhf.-Ost | = Güterbahnhof-Ost | Bahnhof-Brack. | = Bahnhof-Brackwede |
| Paulusk. | = Pauluskirche | Sennestadt-Ind. | = Sennestadt-Industriegebiet |
| Up. | = Upmannstift | | |

Abbildung VI.15: Entwicklung der Arbeitslosigkeit bei Unter-25- und Über-55-Jährigen

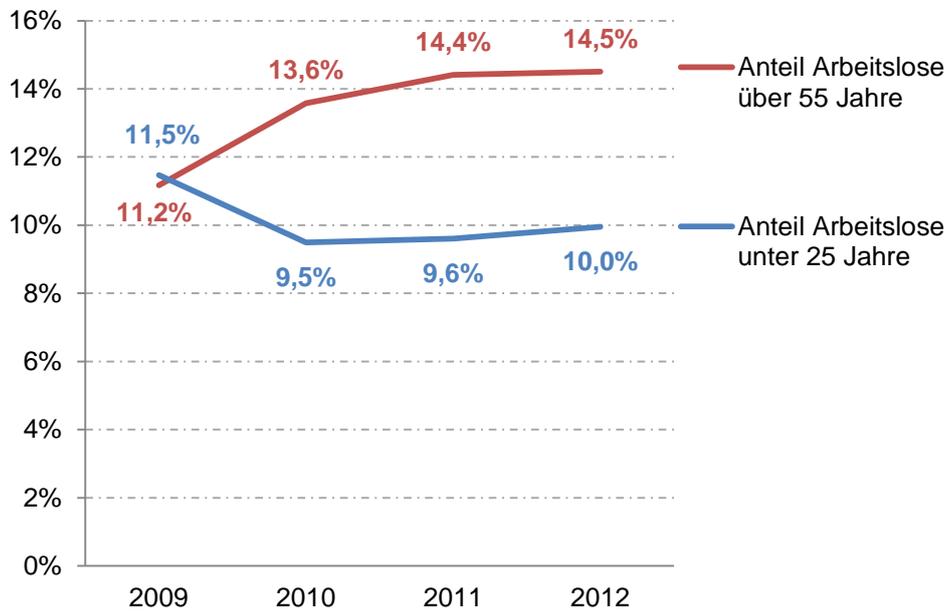


Abbildung VI.16: SGB-II-Betroffenheit

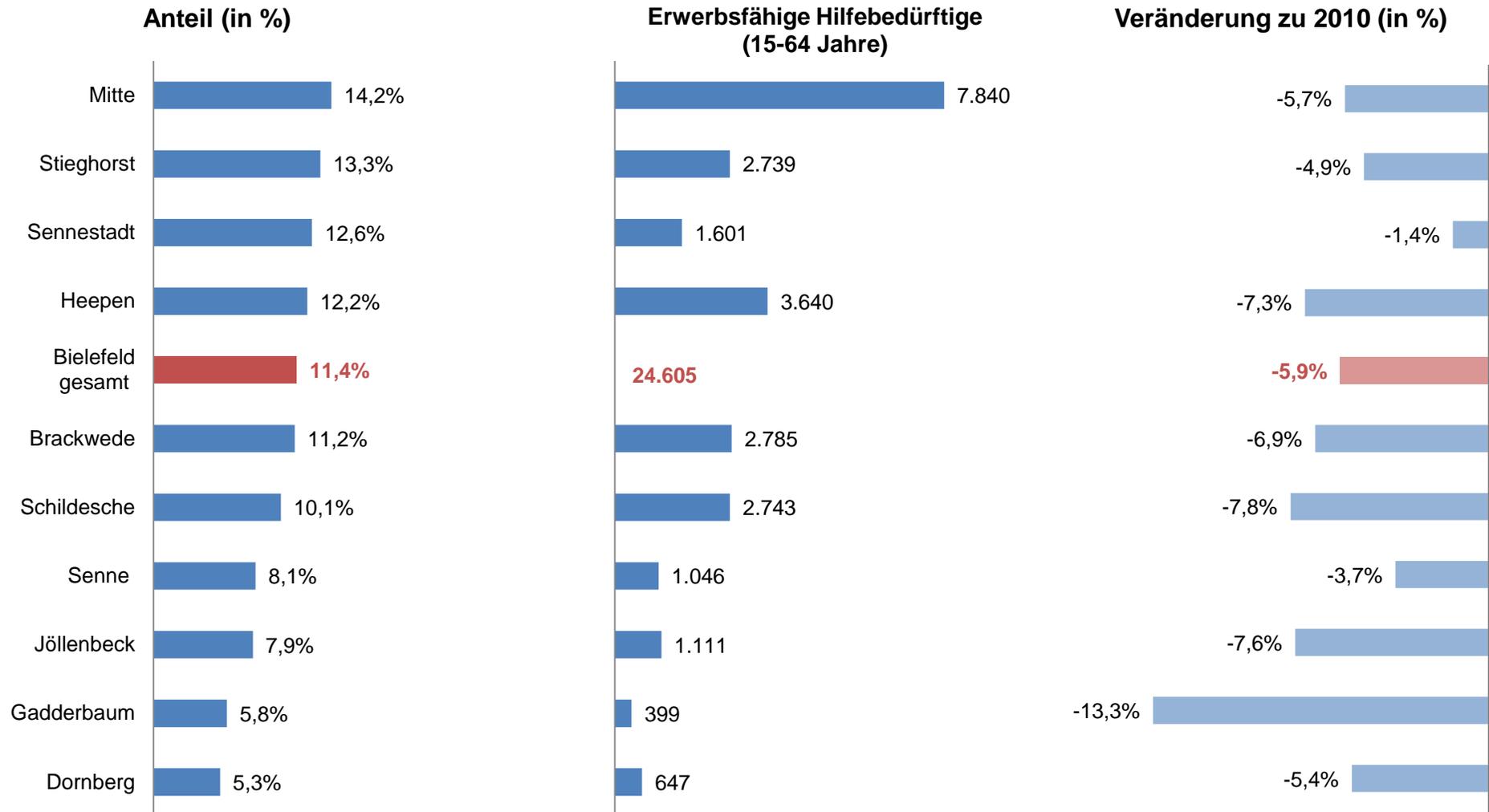


Abbildung VI.17: SGB-II-Betroffenheitsquoten nach Altersgruppen

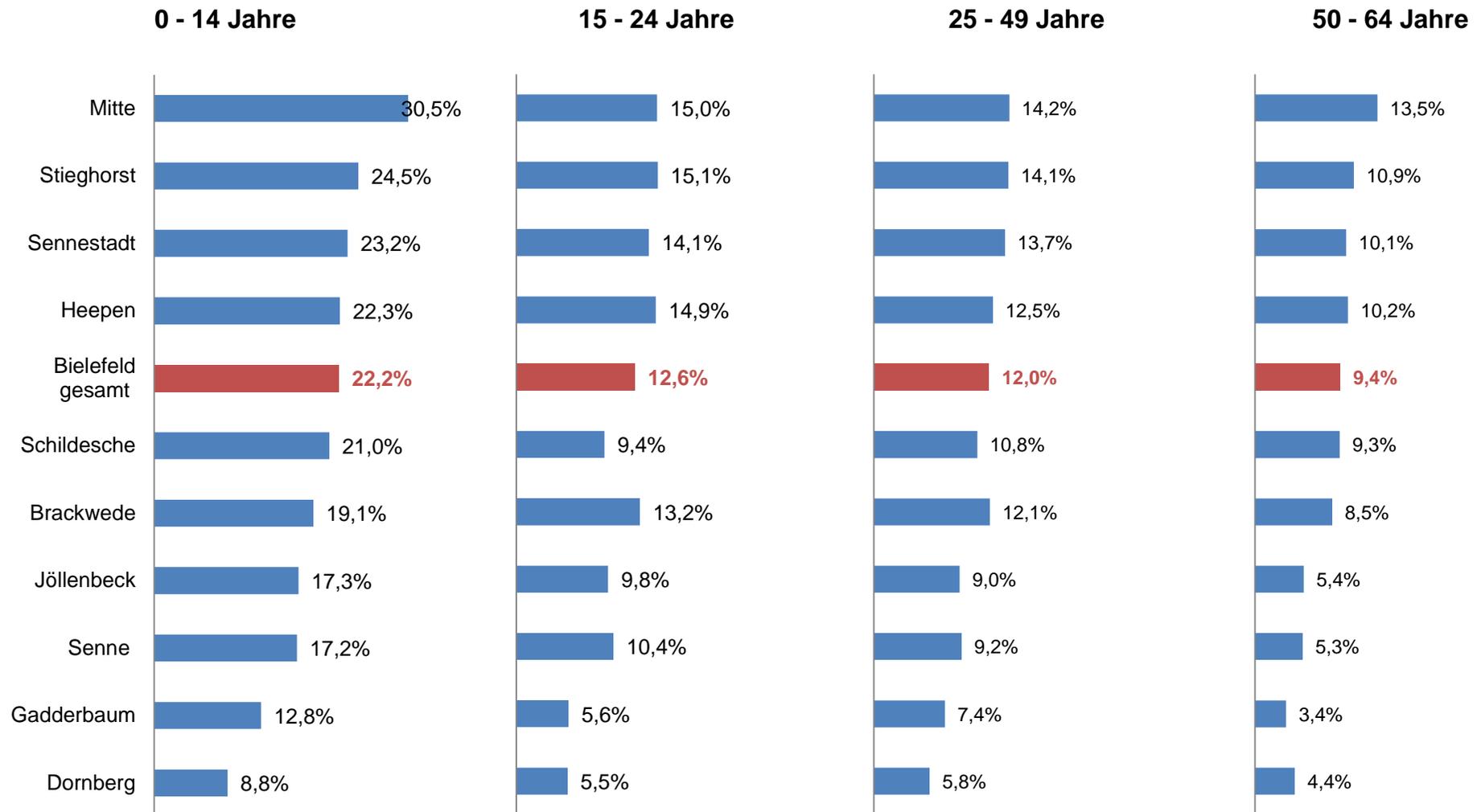
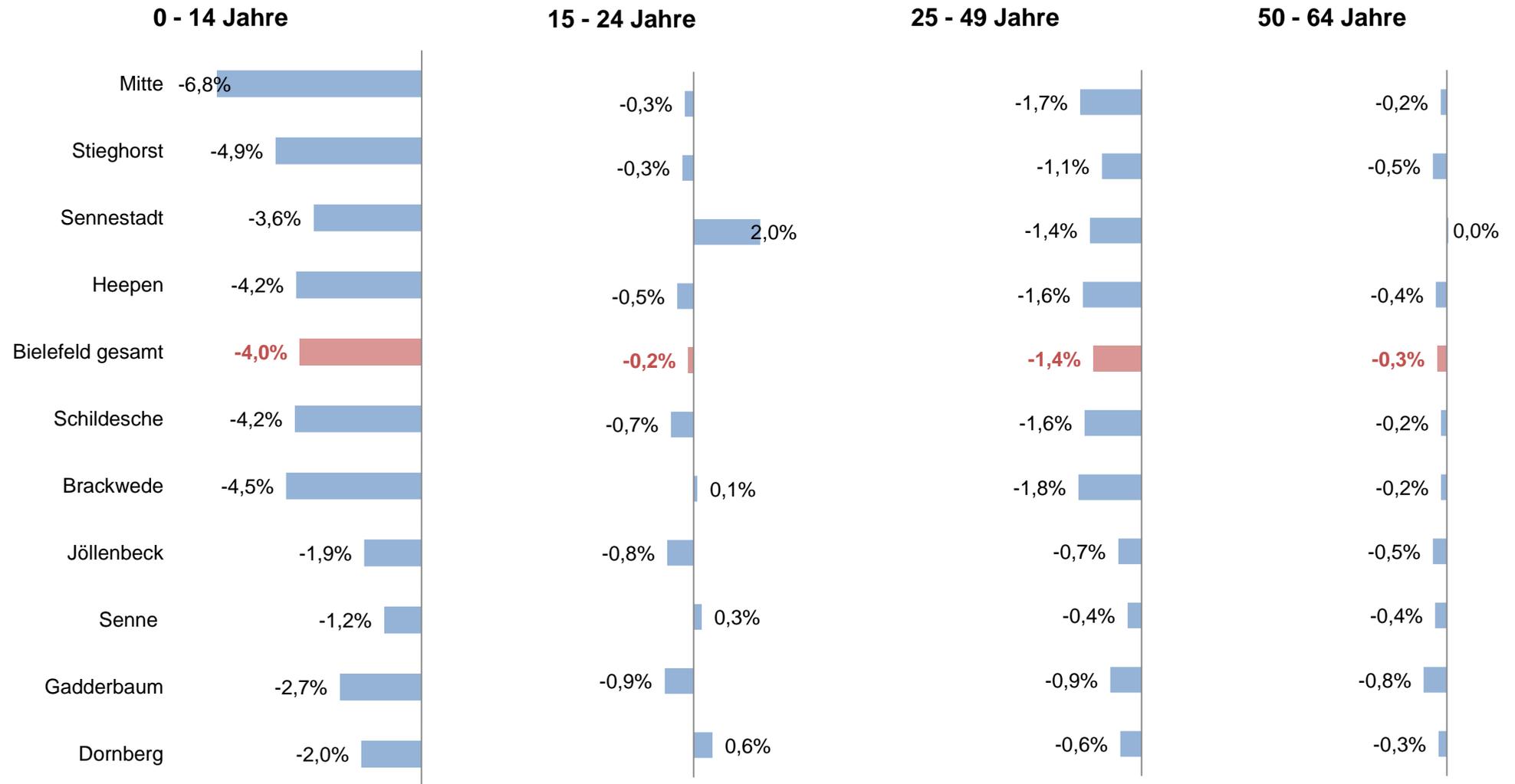


Abbildung VI.18: SGB-II-Betroffenheitsquoten - Veränderung der Quoten zu 2010 (in Prozentpunkten)



„10 Jahre Hartz IV“

2012 feierten die „Gesetze zur Reform des Arbeitsmarktes“ ihren zehnten Geburtstag, besser bekannt unter dem Schlagwort: „Hartz IV“. Zwei der wesentlichen Beweggründe für das Einsetzen der „Hartz-Kommission“ im Jahre 2002 waren das Bekanntwerden geschöner Statistiken über die Vermittlungserfolge der Bundesanstalt für Arbeit sowie das dortige Missverhältnis zwischen dem 85.000-köpfigen Verwaltungspersonal und dem nur 15.000-köpfigen Vermittlungspersonal. Das erklärte Ziel der Reformen, eine Halbierung der Arbeitslosenzahlen innerhalb von vier Jahren, wurde nicht annähernd erreicht.

Das letzte der vier Einzelgesetze, die aus den Vorschlägen der Kommission hervorgingen, fasste Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammen zum neuen Arbeitslosengeld II, einem monatlichen Regelsatz unterhalb des Niveaus der bisherigen „Hilfe zum Lebensunterhalt“ nach dem alten Bundessozialhilfegesetz. In Bielefeld scheiterte der Versuch „Optionskommune“ und damit alleine zuständig für die Umsetzung des neuen Gesetzes zu werden an den notwendigen Ratsmehrheiten. Daher werden die Leistungen heute über das Jobcenter unter der gemeinsamen Verantwortung von Agentur für Arbeit und Kommune erbracht.

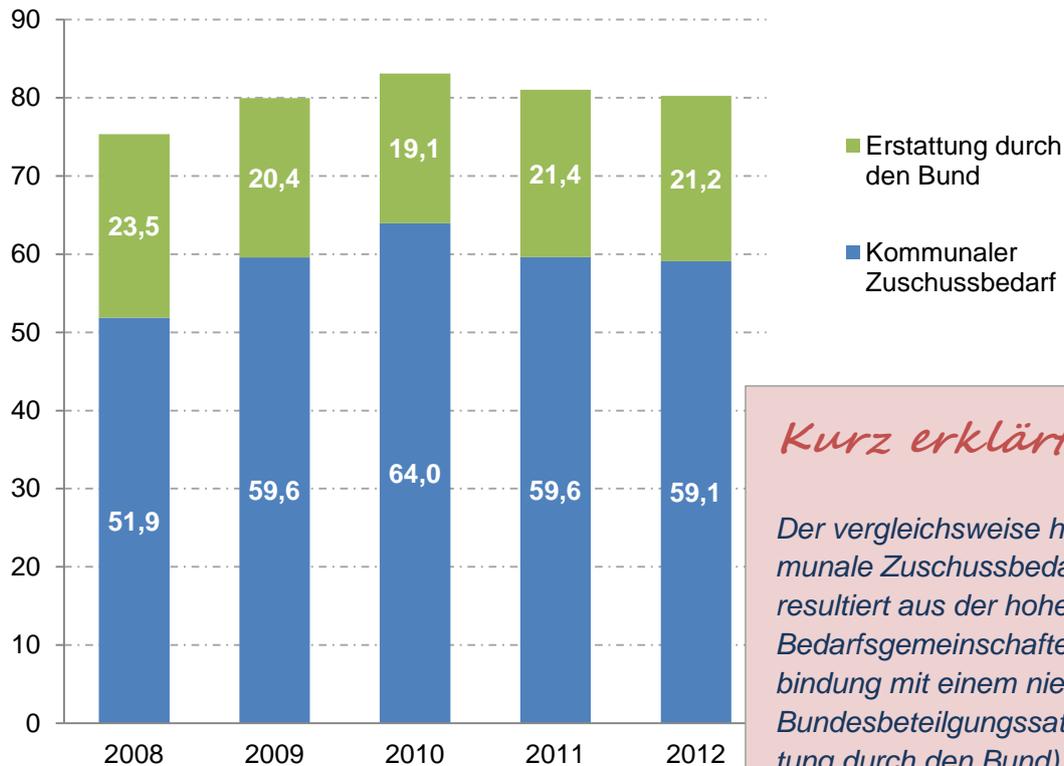
Ein Blick zurück auf den Start im Jahr 2005 macht deutlich, welche Auswirkungen das neue Gesetz für Bielefeld gehabt hat: Am 31.12.2004 lebten knapp 24.000 Menschen von regelmäßigen monatlichen Transferleistungen nach der alten Sozialgesetzgebung. Ein Jahr später waren es nach der neuen Rechtslage mehr als 40.000. Vor der Gesetzesänderung war jeder 13. Bielefelder komplett auf staatliche Hilfe angewiesen, ein Jahr später war es bereits jeder Achte. Langzeitarbeitslosigkeit ist seitdem auch in Bielefeld Armutsrisiko Nummer eins.

Der Jahnplatz wurde lange Zeit zum Schauplatz für regelmäßige „Montagsdemonstrationen“ und das Wortpaar: „Fördern und Fordern“, wurde zu einem der umstrittensten Begriffe in der deutschen Sozialpolitik. Nach einigen Jahren Erfahrung mit der neuen Gesetzeslage muss man feststellen, dass sich die Regelsätze und die Lebenshaltungskosten in komplett unterschiedliche Richtungen entwickelt haben. Die Folge ist eine zunehmende Prekarisierung der Betroffenen, die 2010 sogar das Bundesverfassungsgericht auf den Plan gerufen hat, das die Berechnung der Regelsätze für rechtswidrig erklärt hat.

Heute leben mehr als drei Viertel aller Arbeitslosen in Bielefeld von „Hartz IV“, weniger als ein Viertel erhält noch Versicherungsleistungen. Das heißt aber auch: Mehr als drei Viertel aller Arbeitslosen werden vom Jobcenter betreut und nur noch weniger als ein Viertel durch die Agentur für Arbeit. Dem Jobcenter ist es seit 2005 trotz zum Teil widriger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen gelungen, gute Integrationserfolge zu erzielen. Das wird in Zukunft zunehmend schwieriger werden, da viele Menschen, die heute Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II beziehen, aus den unterschiedlichsten Gründen nur sehr schwer in den ersten Arbeitsmarkt vermittelbar sind. Umso wichtiger ist es, durch frühzeitige, präventive Maßnahmen den Zugang in diese sich verstetigende Gruppe zu verringern.

1.1.6 SGB II: Kosten der Unterkunft, Einmalbeihilfen

Abbildung VI.19: Entwicklung der Kosten der Unterkunft und Heizung (in Mio. Euro)



Kurz erklärt...

Der vergleichsweise hohe kommunale Zuschussbedarf in 2010 resultiert aus der hohen Zahl von Bedarfsgemeinschaften in Verbindung mit einem niedrigeren Bundesbeteiligungssatz (Erstattung durch den Bund).

Abbildung VI.20: Entwicklung der SGB-II-Bedarfsgemeinschaften und der durchschn. Kosten der Unterkunft und Heizung (Jahresdurchschnittswerte)



Abbildung VI.21: Entwicklung der einmaligen Beihilfen (in Mio. Euro)

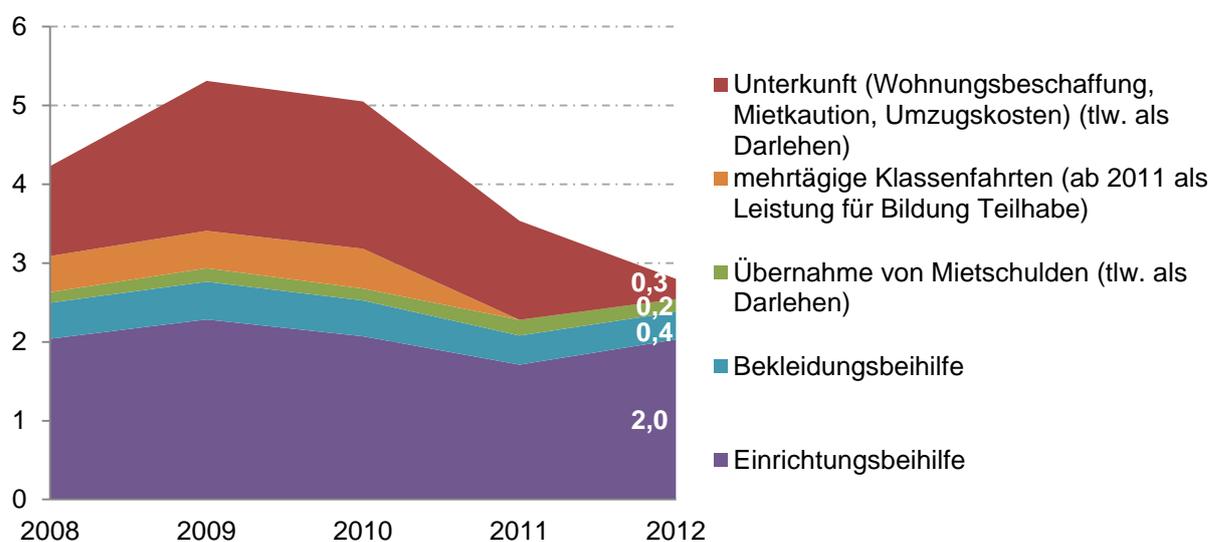
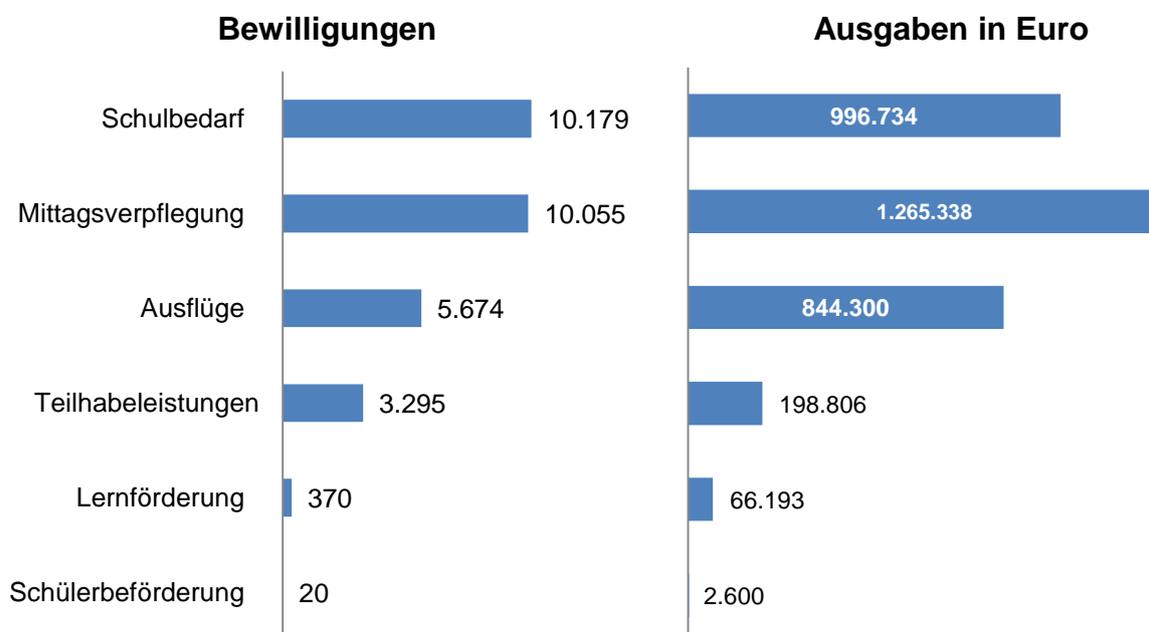


Abbildung VI.22: Bewilligungen und Ausgaben für Bildung und Teilhabe in 2012



Bildungs- und Teilhabepaket

Im April 2011 beschloss die Bundesregierung das sogenannte Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) – rückwirkend zum 1. Januar des Jahres. Mit seiner Hilfe sollen Kinder und Jugendliche aus Familien mit geringen Einkommen sowie Kinder, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bekommen gefördert und unterstützt werden. Diese Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen erhalten zusätzlich zu ihrem monatlichen Regelbedarf auch Leistungen für Bildung und Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft. Da das Gesetz in der vorliegenden Form nicht umsetzbar war, entwickelte eine Expertenkommission aus kommunalen und Landesvertretern in den Folgemonaten eine Arbeitshilfe für Nordrhein-Westfalen. Damit begann die echte Umsetzungsphase landesweit mit vielen Anlaufschwierigkeiten erst im Sommer 2011. Das erste aussagekräftige Berichtsjahr ist mithin 2012.

Ein Anspruch auf die Leistungen besteht für Kinder und Jugendliche nach dem SGB II, dem SGB XII oder mit Anspruch auf Kinderzuschlag bzw. Wohngeld, die:

- noch keine 25 Jahre alt sind beziehungsweise im Fall sozialer und kultureller Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft noch keine 18 Jahre alt sind,
- in einer Kindertageseinrichtung oder in Kindertagespflege betreut werden,
- eine allgemeinbildende oder berufsbildende Schule (nicht: Berufsschule mit Bezug von Ausbildungsvergütung) besuchen und keine Ausbildungsvergütung erhalten.

Das BuT bietet finanzielle Unterstützung für sechs Teilbereiche: eintägige Ausflüge und mehrtätige Fahrten (in Schule oder Kita), Schulbedarf, Schülerbeförderung (wird in NRW gesetzlich geregelt und greift daher hier praktisch kaum), Lernförderung, Mittagsverpflegung und Teilhabeleistungen. Daneben wird über das BuT befristet bis Ende 2013 die Schulsozialarbeit gefördert. Finanziert werden die Leistungen über eine höhere prozentuale Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft für Langzeitarbeitslose. Dementsprechend stand für das Bildungspaket in Bielefeld 2012 eine Summe von gut 4,3 Millionen Euro zur Verfügung. Ausgegeben wurden davon knapp 3,4 Millionen Euro. Das entspricht einer Ausschöpfungsquote von 76,9 Prozent. Zum Vergleich: Die landesweite Ausschöpfung lag bei 63,3 Prozent.

Die Kernzielgruppe des BuT sind Kinder und Jugendliche im Alter von drei bis 18 Jahren, 2012 waren davon 14.881 potentiell anspruchsberechtigt. 12.397 von ihnen haben mindestens einen Antrag gestellt. Daraus ergibt sich eine Quote der Inanspruchnahme von 83,3 Prozent. Und so verteilen sich die Bewilligungen auf die einzelnen Leistungssegmente und die unterschiedlichen Rechtskreise:

Leistungsart	Alle Rechtskreise	SGB II	BKGG	SGB XII, AsylbLG
Ausflüge und mehrtäg. Fahrten	5.674	3.863	1.721	90
Schulbedarf	10.179	6.695	3.287	197
Schülerbefördg.	20	10	10	0
Lernförderung	370	242	120	8
Mittagsverpflg.	10.055	7.753	2.178	124
Teilhabeleist.	3.295	2.009	1.258	28
Summe	29.593	20.572	8.574	447

3.268 Anträge wurden 2012 abgelehnt.

Der Bearbeitungsstand hat sich sowohl im Jobcenter als auch bei der Stadt Bielefeld positiv entwickelt. Rückstände sind im Laufe des Jahres 2012 abgebaut worden, so dass auf einen vollständigen Antrag in der Regel heute die zeitnahe Entscheidung folgt. Im Gegensatz zur Anfangsphase 2011 sind die Anträge jetzt bei Eingang größtenteils vollständig und damit entscheidungsreif. Mit der Zeit hat sich das immer noch sehr bürokratische Verfahren damit eingespielt und ist auch bei den Antragsstellern angekommen. Dies liegt auch an der ständigen Aufklärung im persönlichen Gespräch durch Schulen und Kitas, Schulsozialarbeit und bei der Antragsannahme.

Der Verwaltungsaufwand ist sowohl auf Seiten der bearbeitenden Stellen im Sozialamt und im Jobcenter als auch bei allen beteiligten Trägern (Schulen, KITAS, Sportvereine, Träger, etc.) weiterhin erheblich und bedarf aus Sicht der Kommunen einer deutlichen Verschlankung. Gesetzliche Vereinfachungen sind im Jahr 2012 allerdings nicht erfolgt.

Im Rahmen einer Projektgruppenarbeit wird zurzeit die Bündelung der heutigen getrennten Aufgabenwahrnehmung durch Jobcenter und Stadt Bielefeld zu einer alleinigen Anlaufstelle in Trägerschaft der Kommune vorbereitet. Angestrebter Umsetzungszeitpunkt hierfür ist der 1. Januar 2014.

Offen ist weiterhin die Frage, wie es nach dem 31.12.2013 mit der nach dem BuT geförderten Schulsozialarbeit weitergehen soll. Die 31 Stellen sind vertraglich befristet worden, weil eine Übertragung vorhandener Restmittel auf das Jahr 2014 zunächst ausgeschlossen war. Mittlerweile hat der Bund einer Übertragung zugestimmt, eine neuerliche befristete Beschäftigung der Sozialarbeiter könnte allerdings Dauerarbeitsverhältnisse begründen, die wiederum angesichts der Haushaltssituation ausgeschlossen werden müssen. Auch hier sucht eine Arbeitsgruppe zurzeit nach einer konzeptionellen Lösung, um die erheblichen Restmittel für dieses sehr sinnvolle und erfolgreiche Segment des BuT für Bielefeld zu erhalten.

1.2 SGB XII

Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse

- Die Fallzahlen bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung haben 2012 die Marke von 4.000 überschritten (4.182).
- War die Grundsicherung ursprünglich als Gesetz gegen die verschämte Altersarmut beschlossen worden, so erhalten mittlerweile fast genauso viele Betroffene Transferleistungen wegen Erwerbsminderung nach dieser Hilfeart.
- Nachdem einige Medien auf Bundesebene berichteten, dass die Grundsicherung im Alter fast ausschließlich ein weibliches Phänomen sei, kann man dies für Bielefeld nur bedingt sagen. 58 Prozent der Leistungsempfänger sind weiblich, aber immerhin auch 42 Prozent männlich. Bei der Grundsicherung wegen Erwerbsminderung beträgt der Anteil der Männer 53 Prozent, also auch hier ist das Verhältnis relativ ausgeglichen.
- Während die Fallzahlen bei der ambulanten Hilfe zur Pflege seit 2010 in etwa stagniert, ist im teilstationären und stationären Bereich ein leichter, aber kontinuierlicher Anstieg auf 938 Fälle Ende 2012 festzustellen. Der kommunale Zuschussbedarf ist im Berichtsjahr auf 14,1 Millionen Euro angestiegen.
- Auch bei der Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII sind die Fallzahlen zwischen 2010 und 2012 um rund 300 gestiegen.
- Die steigenden Flüchtlingszahlen schlagen sich auch in den Ergebnissen des Asylbewerberleistungsgesetzes nieder. Fallzahlen und Ausgaben sind seit 2010 deutlich gestiegen.

1.2.1 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Abbildung VI.23: Entwicklung der Fallzahlen der Grundsicherung

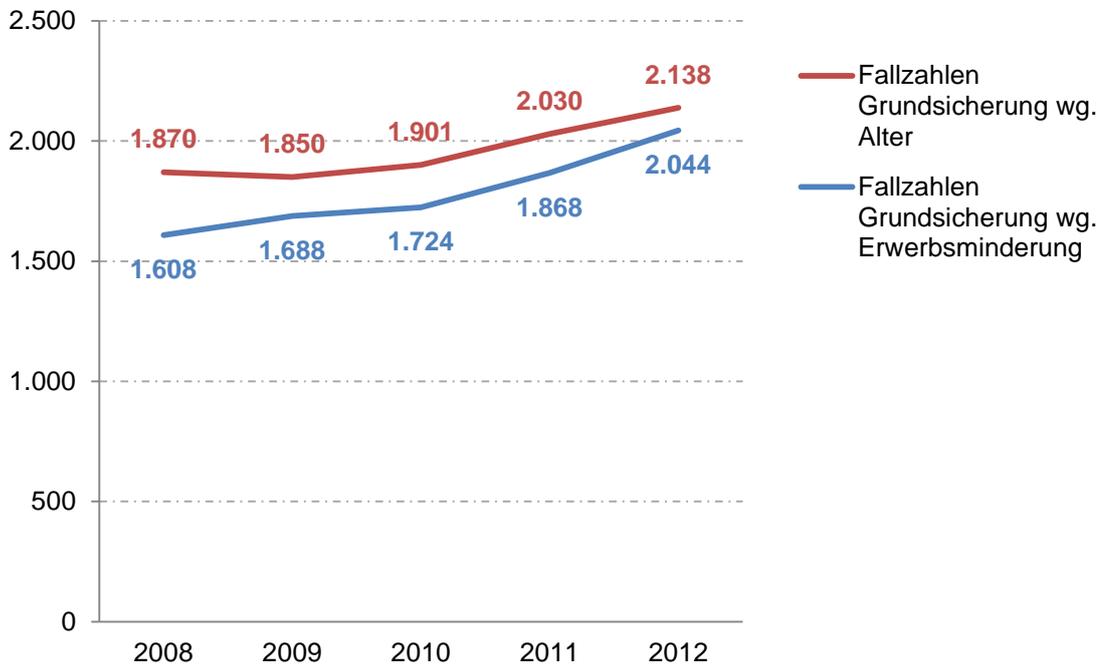
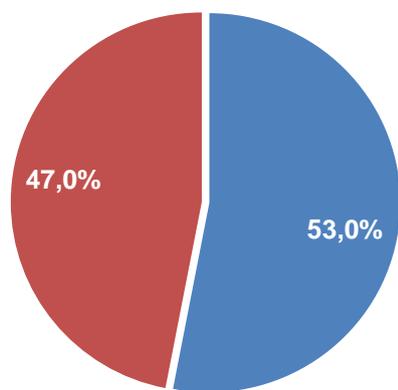


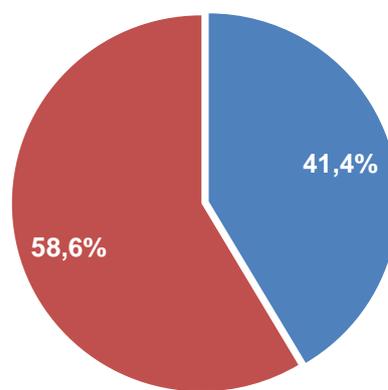
Abbildung VI.24: Grundsicherungsbezug nach Geschlecht (Stichtag: 31.12.2012)

Grundsicherung wg. Erwerbsminderung



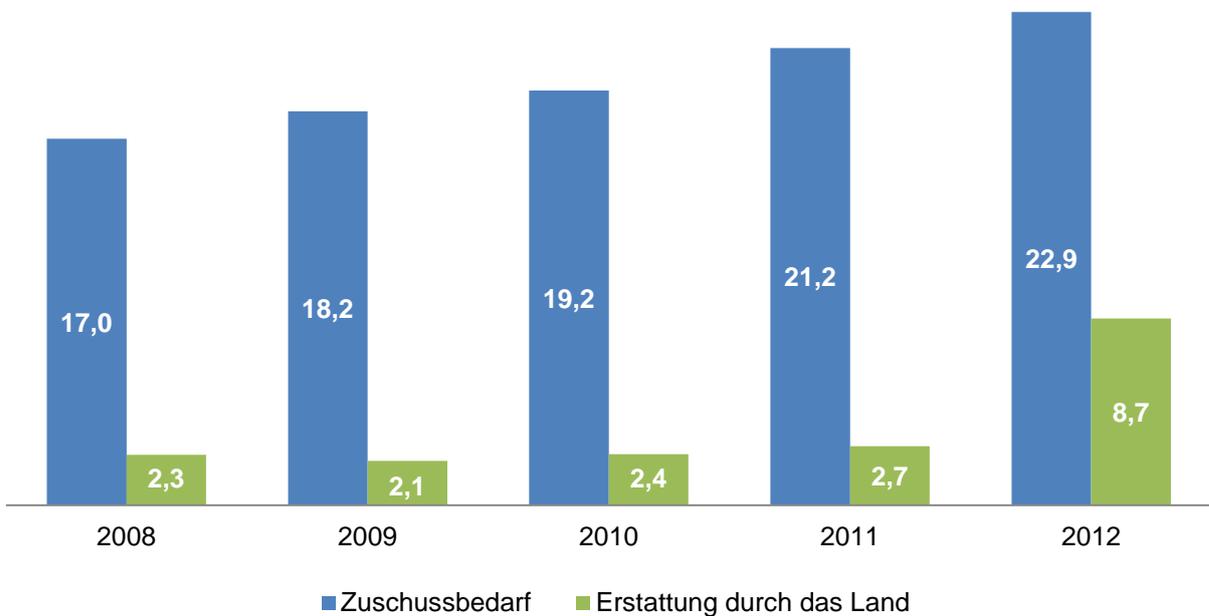
■ Männer ■ Frauen

Grundsicherung wg. Alter



■ Männer ■ Frauen

Abbildung VI.25: Entwicklung des Zuschussbedarfs der Grundsicherung bei Fällen mit kommunaler Trägerschaft (in Mio. Euro)



Kurz erklärt...

Der Bund übernimmt schrittweise die Nettoausgaben für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Der Bundesanteil an den Kosten steigt in den kommenden Jahren von ursprünglich 16 auf 100 Prozent.

In einem ersten Schritt wurde die Bundesbeteiligung für das Jahr 2012 von 16 auf 45 Prozent der Nettoausgaben des Vorjahres erhöht. Das sah das Gesetz zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen vom 6. Dezember 2011 vor.

Ab 2013 übernimmt der Bund 75 Prozent, ab 2014 dann 100 Prozent der Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.

Quelle: <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2012/08/2012-08-01-mehrgeld-fuer-die-kommunen.html>

1.2.2 Hilfe zur Pflege

Abbildung VI.26: Entwicklung der Fallzahlen der Hilfe zur Pflege

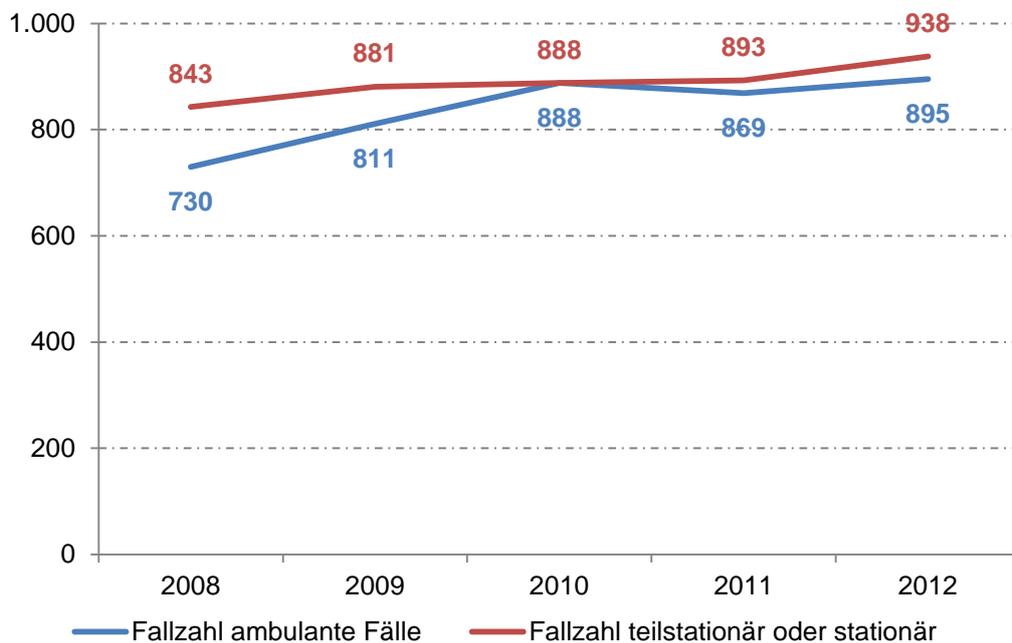
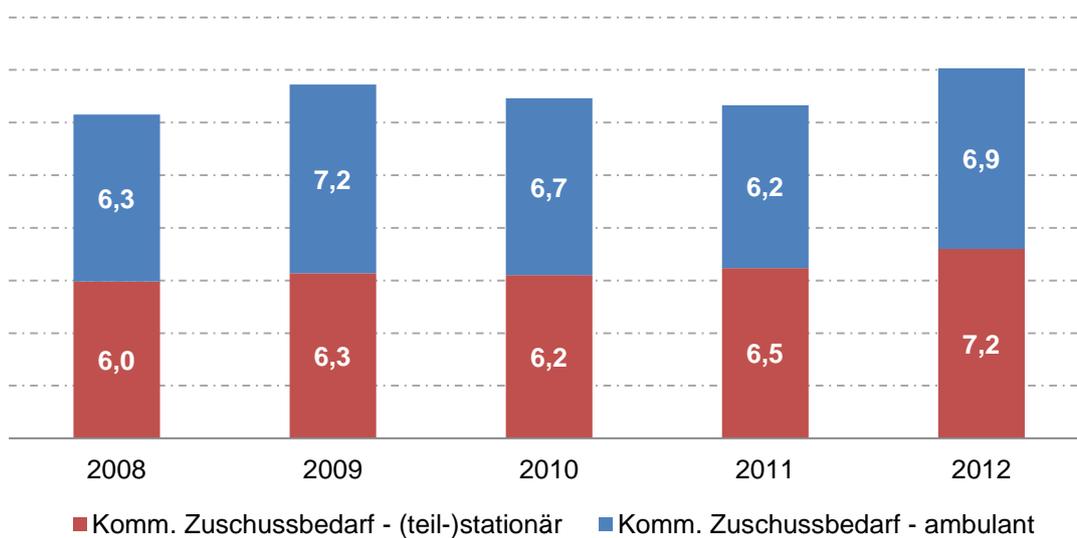
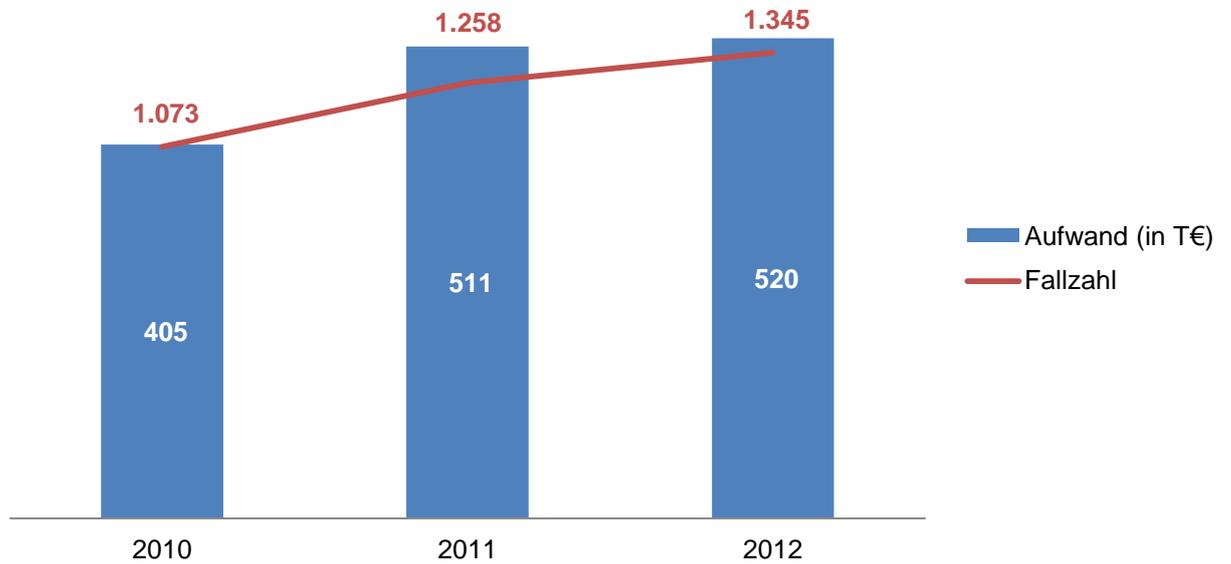


Abbildung VI.27: Entwicklung des komm. Zuschussbedarfs zur Hilfe zur Pflege (in Mio. Euro)



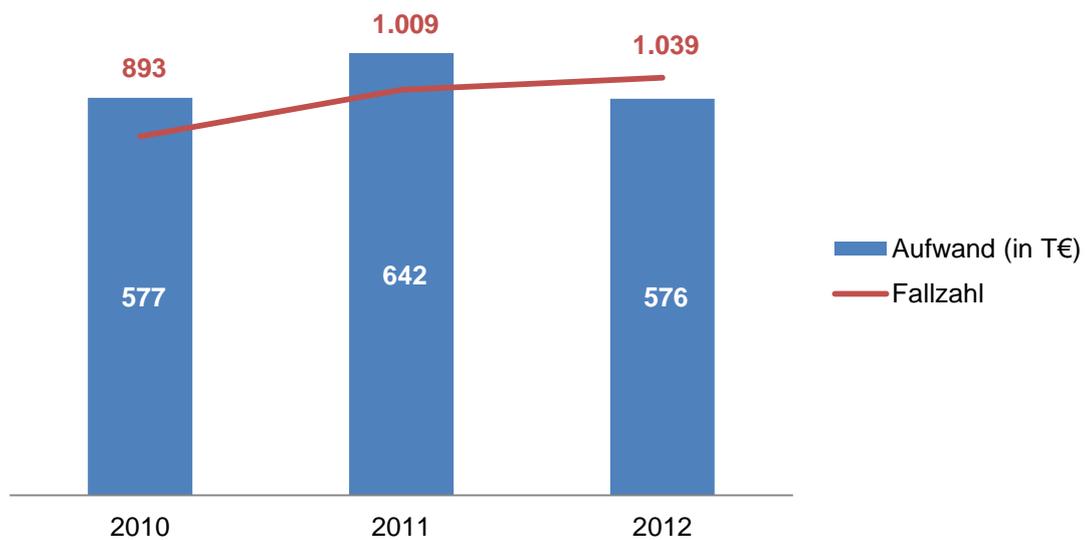
1.2.3 Hilfe zum Lebensunterhalt

Abbildung VI.28: Entwicklung der Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen (Werte zum Stichtag 31.12.)



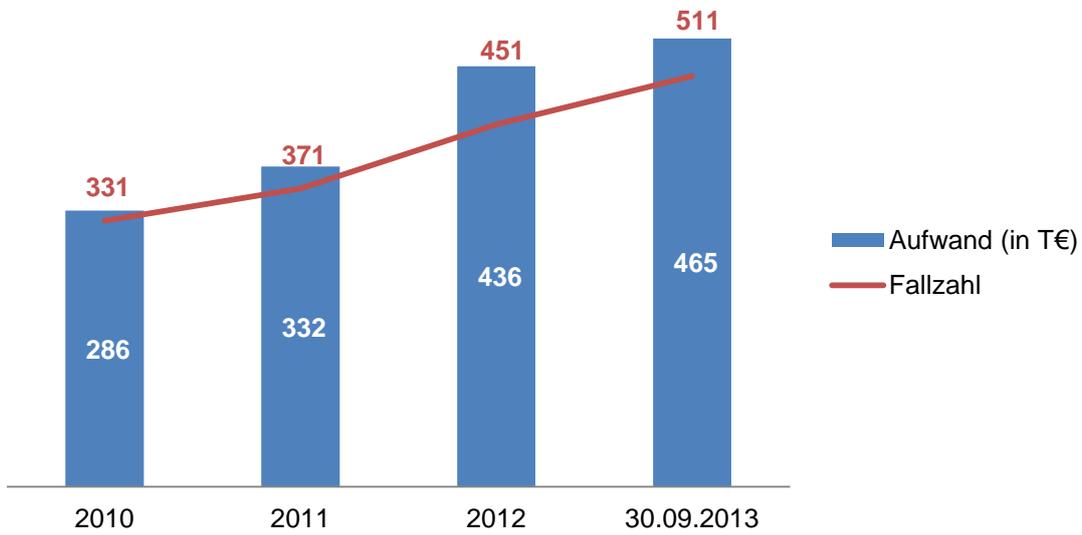
1.2.4 Eingliederungshilfe

Abbildung VI.29: Entwicklung der Eingliederungshilfe außerhalb von Einrichtungen (Werte zum Stichtag 31.12.)



1.2.5 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Abbildung VI.30: Entwicklung der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (Werte zum Stichtag 31.12.)



1.3 Transferleistungsquote

Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse

In diesem Bericht veröffentlichen wir zum nunmehr dritten Mal die sogenannte „Transferleistungsquote“. Sie berücksichtigt alle Bielefelderinnen und Bielefelder, die regelmäßig von monatlichen Transferleistungen des SGB II und des SGB XII leben müssen. Die Quote ist damit ein guter Gradmesser für die kleinräumige Armutsberichterstattung. Das Arbeitslosengeld I ist dabei nicht berücksichtigt, weil es sich um eine Versicherungsleistung handelt, die von der Höhe des letzten Einkommens abhängig ist. Ebenso haben wir auf die Fälle von Hilfen in Einrichtungen verzichtet. Beim Wohngeld und bei den Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz könnte es zu Doppelzählungen bei ein und demselben Fall kommen, daher wurden auch diese Daten nicht mit eingerechnet. Damit ist die Transferleistungsquote als Armutsindikator eher zurückhaltend gerechnet.

2012 haben insgesamt 42.203 Menschen in unserer Stadt von regelmäßigen monatlichen Transferleistungen nach der oben genannten Definition gelebt, 1.851 weniger als 2010. Das entspricht im städtischen Mittel einer Transferleistungsquote von 12,9 Prozent (minus 0,6 Prozent). Im Ergebnis bedeutet es, dass mehr als jede/r achte Bielefelderin und Bielefelder den regelmäßigen Lebensunterhalt nicht aus eigener Kraft bestreiten kann und auf unterschiedliche Formen staatlicher Unterstützung angewiesen ist.

Über diesem gesamtstädtischen Durchschnittswert liegen die Stadtbezirke Mitte, Stieghorst, Heepen und Sennestadt. Zumindest die ersten drei dieser Bezirke sind bevölkerungsstark, so dass bei einer entsprechend hohen Quote naturgemäß auch besonders viele Menschen betroffen sind. Den prozentual geringsten Anteil von Transferleistungsempfängern an der dortigen Wohnbevölkerung hat Dornberg, wobei nicht die Tatsache an sich, als vielmehr der deutliche prozentuale Abstand zum gesamtstädtischen Mittelwert auffällig ist.

Überdurchschnittlich stark zurückgegangen ist die Transferleistungsquote prozentual in den Stadtbezirken Mitte, Schildesche, Brackwede, Stieghorst und Heepen. Wenig bis gar keine Bewegung gab es dagegen in Senne und Sennestadt.

Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse

Diese gegenläufige Entwicklung im Bielefelder Süden drückt sich auch in den absoluten Zahlen aus: So lebten in Stadtbezirk Senne 2012 mit 1.903 Personen gerade einmal 19 Menschen weniger von Transferleistungen als 2010, im Stadtbezirk Sennestadt waren es 56 Bezieher weniger als 2010 (gesamt: 2.857 Personen 2012). Deutlich profitiert vom allgemeinen Aufschwung haben dagegen die Stadtbezirke Mitte (minus 471 Transferleistungsbezieher), Heepen (minus 311) und Brackwede (minus 277).

Beim kleinräumigen Blick auf die statistischen Bezirke wird ein erhebliches soziales Gefälle innerhalb der Stadt erkennbar. Die höchste Transferleistungsquote im Stadtgebiet weist weiterhin der statistische Bezirk Sieker auf. Mit 33,1 Prozent fällt sie doppelt so hoch aus wie der gesamtstädtische Durchschnitt. Im Vergleich zu 2010 hat es trotz des hohen Ausgangsniveaus kaum Bewegung gegeben (minus 0,3 Prozent). Das bedeutet, dass weiterhin jede/r Dritte/r in diesem Quartier auf regelmäßige staatliche Unterstützung angewiesen ist.

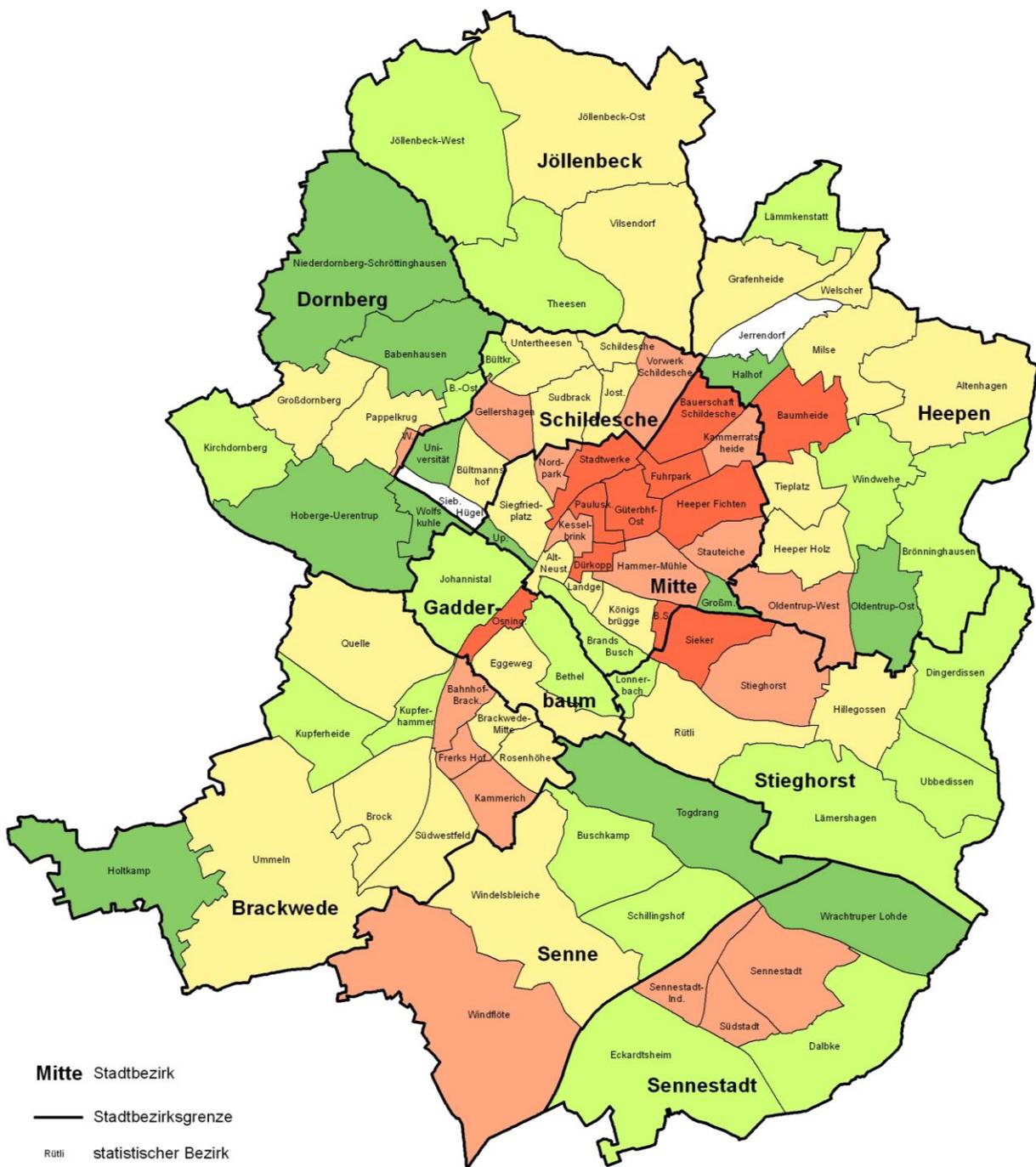
Bei den absoluten Zahlen weist der Statistische Bezirk Baumheide mit 2.514 Personen die weitaus meisten Transferleistungsbezieher aus. Die Quote ist hier allerdings mit 1,3 Prozent deutlich stärker zurückgegangen als im städtischen Durchschnitt (minus 0,6, Prozent).

Die stärksten Rückgänge bei der Transferleistungsquote in den bevölkerungsstärkeren statistischen Bezirken weisen Pauluskirche (minus 3,6 Prozent), Güterbahnhof-Ost (minus 2,0 Prozent), Landgericht (minus 1,9 Prozent) und Alt- und Neustadt (minus 1,8 Prozent) auf. Der gesamtstädtisch positiven Entwicklung mit rückläufigen Quoten stehen einzelne statistische Bezirke entgegen, in denen die Zahl der Transferleistungsbezieher zwischen 2010 und 2012 sogar gestiegen ist. Zu den bevölkerungsstärksten Bereichen zählen dabei Südstadt Sennestadt (plus 1,9 Prozent, gleich 81 Personen) und Stauteiche (plus 1,3 Prozent, gleich 61 Personen). Der relativ kleine Bezirk Wellensiek in Dornberg hat eine Steigerungsrate von 15 Prozent, das sind bei einer Grundgesamtheit von nur 137 Betroffenen 21 neue Fälle in nur zwei Jahren. Diese Neufälle sind praktisch komplett durch Langzeitarbeitslosigkeit entstanden.

Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse

Insgesamt kann man bei der Transferleistungsquote von einer positiven Entwicklung zwischen 2010 und 2012 sprechen. Einschränkend muss man allerdings sagen, dass der starke Anstieg der Bedarfsgemeinschaften im SGB II im ersten Halbjahr 2013, der in der Quote noch nicht abgebildet ist, viele dieser positiven Entwicklungen wieder zunichtemacht. Eine weitere Erkenntnis ist, dass sich gerade die negativen Veränderungen in der Transferleistungsquote nicht mehr nur eindimensional in den bekannt belasteten Quartieren abspielen. Aus diesem Grund haben wir in dieser Ausgabe des Sozialleistungsberichtes erstmals auch eine Flächendichtekarte mit den Abweichungen zwischen 2010 und 2012 eingestellt. Sie zeigt die Veränderungen sehr anschaulich auf einen Blick.

Abbildung VI.31: Transferleistungsquote



Mitte Stadtbezirk

— Stadtbezirksgrenze

Rüti statistischer Bezirk

Transferleistungsquote

Durchschnittswert für Bielefeld: 12,9 %

- 0,2 - 3,5 %
- 3,6 - 8,0 %
- 8,1 - 14,0 %
- 14,1 - 20,0 %
- 20,1 - 33,1 %

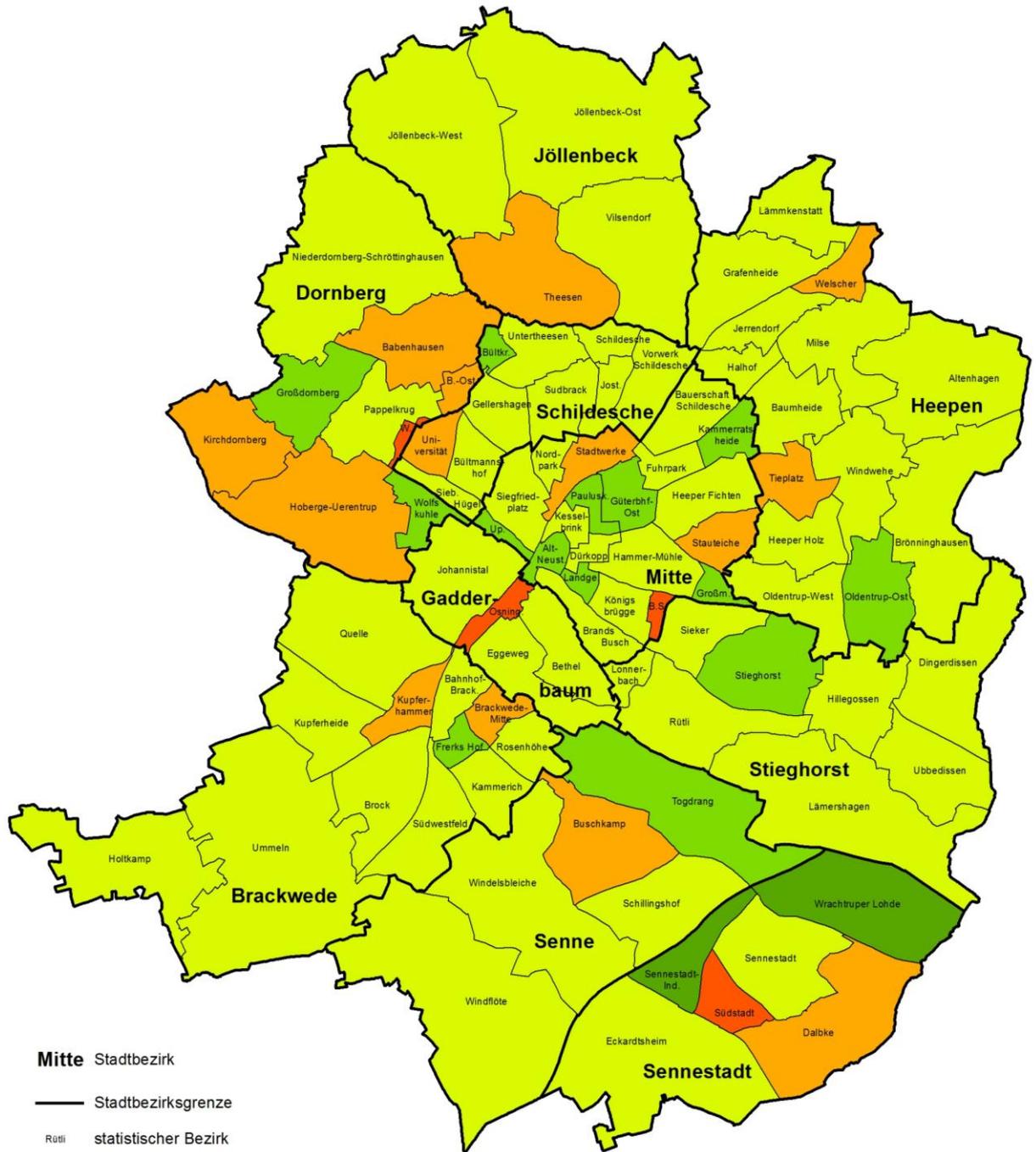
statistische Bezirke mit geringen Basisdaten sind weiß dargestellt

Daten: Bundesagentur für Arbeit, Amt für Demographie und Statistik
 Kartografie: © Amt für Geoinformation und Kataster Stand: 31.12.2012

Abkürzungen für statistische Bezirke

- | | | | |
|---------------|--------------------|-----------------|------------------------------|
| Bültkr. | = Bültmannskrug | Alt- Neust. | = Alt- und Neustadt |
| B.-Ost | = Babenhausen-Ost | Landge. | = Landgericht |
| Jost. | = Johannesstift | Großm. | = Großmarkt |
| W. | = Wellensiek | Osning. | = Osningpaß |
| Sieb.-Hügel | = Sieben Hügel | B.S. | = Betriebshof-Sieker |
| Güterbhf.-Ost | = Güterbahnhof-Ost | Bahnhof-Brack. | = Bahnhof-Brackwede |
| Paulusk. | = Pauluskirche | Sennestadt-Ind. | = Sennestadt-Industriegebiet |
| Up. | = Upmannstift | | |

Abbildung VI.32: Entwicklung der Transferleistungsquote von 2010 zu 2012



prozentuale Veränderung der Transferleistungsquote

Durchschnittswert für Bielefeld: -0,6 %

- 8,18 - -6,00 %
- 5,99 - -1,50 %
- 1,49 - 0,10 %
- 0,11 - 1,30 %
- 1,31 - 2,79 %

Daten: Bundesagentur für Arbeit, Amt für Demographie und Statistik
 Kartografie: © Amt für Geoinformation und Kataster Stand: 31.12.2012

Abkürzungen für statistische Bezirke

- | | | | |
|---------------|--------------------|-----------------|------------------------------|
| Bültkr. | = Bültmannskrug | Alt- Neust. | = Alt- und Neustadt |
| B.-Ost | = Babenhausen-Ost | Landge. | = Landgericht |
| Jost. | = Johannesstift | Großm. | = Großmarkt |
| W. | = Wellensiek | Osning. | = Osningpaß |
| Sieb.-Hügel | = Sieben Hügel | B.S. | = Betriebshof-Sieker |
| Güterbhf.-Ost | = Güterbahnhof-Ost | Bahnhof-Brack. | = Bahnhof-Brackwede |
| Paulusk. | = Pauluskirche | Sennestadt-Ind. | = Sennestadt-Industriegebiet |
| Up. | = Upmannstift | | |

2 Lebensphasenspezifische Angebote

Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse

- Die Versorgungsquote bei den Unter-Dreijährigen konnte weiter deutlich gesteigert werden: Sie lag in 2012 bei 35,7 Prozent, dies entspricht einem Plus von 9,0 Prozent zu 2011 bzw. sogar von 23,1 Prozent zu 2010. Damit belegt Bielefeld einen Spitzenplatz unter den Kommunen in Nordrhein-Westfalen (s. hierzu auch den Exkurs: U-3-Betreuung).
- Mit dem U3-Ausbau einhergehend stiegen die Kosten der Tageseinrichtungen für Kinder auf 81,9 Mio. Euro (plus 6,1 Prozent zu 2011). Da gleichzeitig jedoch auch Landeszuschüsse und Elternbeiträge zunahmen, sank der kommunale Zuschussbedarf zu 2011 um 1,5 Prozent auf 36,3 Mio. Euro.
- Beim Betreuungsangebot gewinnen die 45-Stunden-Gruppen an Bedeutung: Ihr Anteil an allen Gruppen der Kinderbetreuung stieg in den letzten Jahren kontinuierlich an und lag in 2012 bei 60 Prozent. In Nordrhein-Westfalen lag ihr Anteil bei 57 Prozent.

2.1 Kinderbetreuung

Abbildung VI.33: Entwicklung der Kinderbetreuungseinrichtungen



Abbildung VI.34: Entwicklung der Kinderbetreuungsgruppen

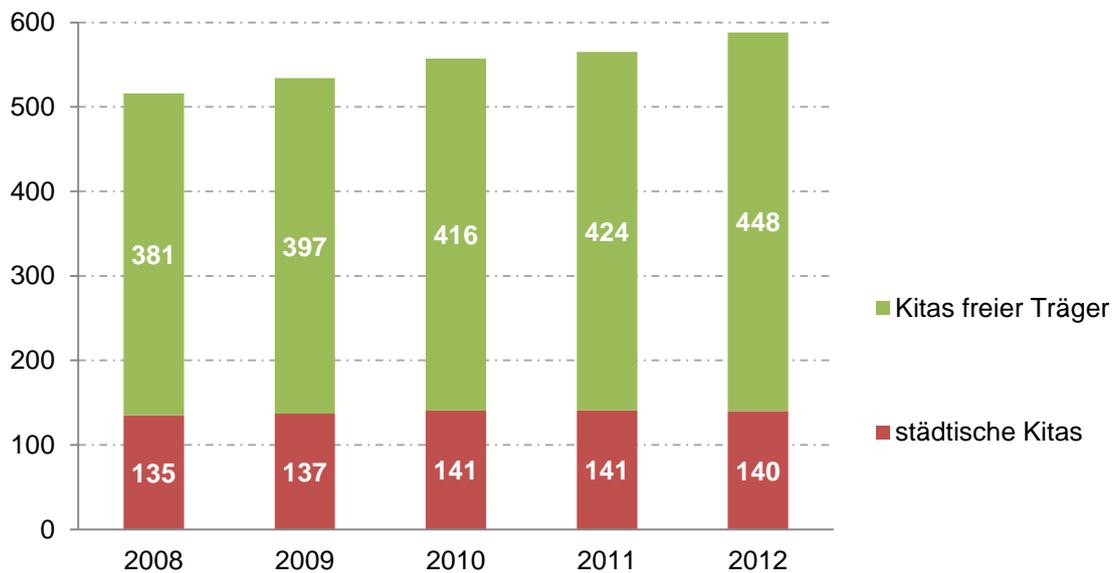


Abbildung VI.35: Entwicklung der Kinderbetreuung nach Buchungszeiten

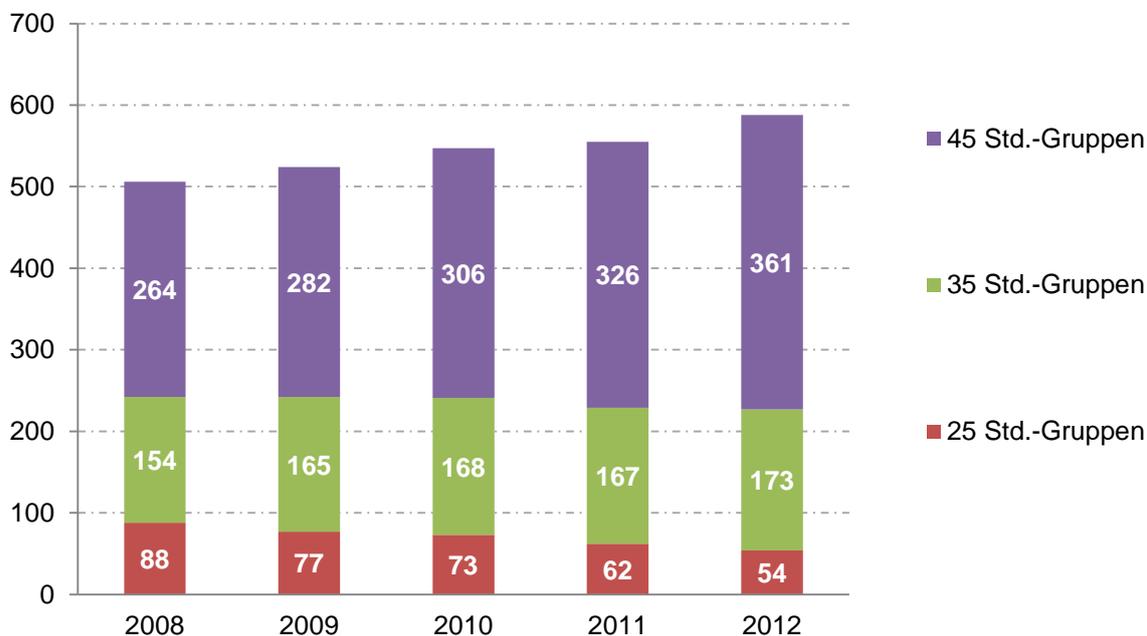
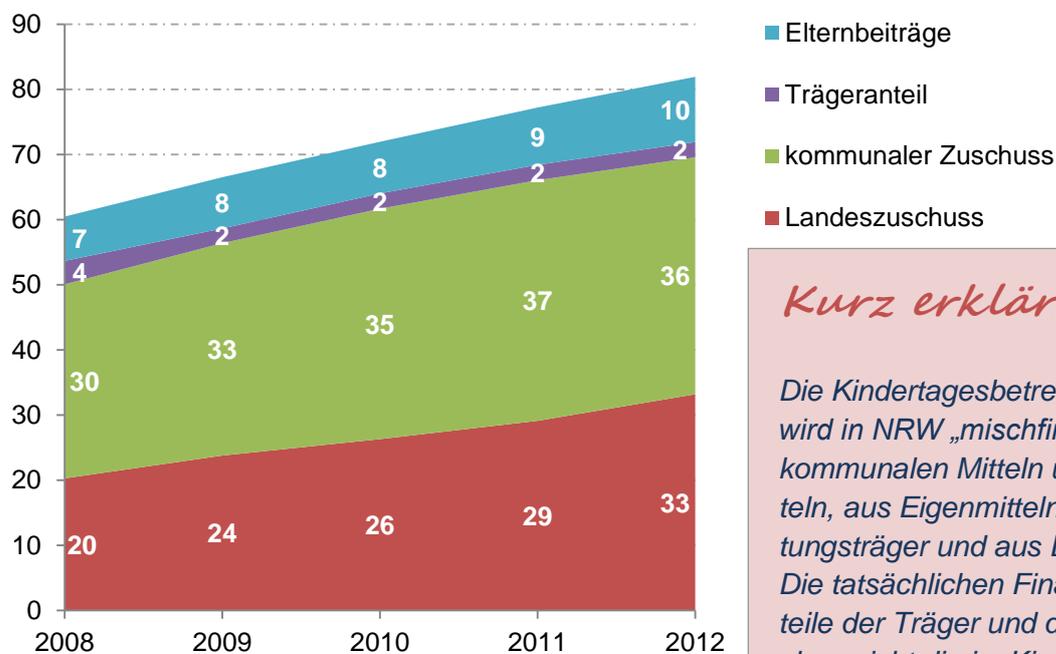


Abbildung VI.36: Finanzierung der Kinderbetreuung (in Mio. Euro)



Kurz erklärt...

Die Kindertagesbetreuung in Kitas wird in NRW „mischfinanziert“: aus kommunalen Mitteln und Landesmitteln, aus Eigenmitteln der Einrichtungsträger und aus Elternbeiträgen. Die tatsächlichen Finanzierungsanteile der Träger und der Eltern erreichen nicht die im Kinderbildungsgesetz NRW vorgesehenen Quoten und werden durch kommunale Mittel ergänzt.

U-3-Betreuung

Der 1. August 2013 ist ein Datum, dem viele Kommunen mit gemischten Gefühlen entgegen blicken. Denn ab diesem Tag gilt der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für unter-dreijährige Kinder (U3). Städte und Gemeinden sind gehalten, ausreichend Betreuungsplätze für diese Altersgruppe vorzuhalten, wollen sie nicht von den Eltern unversorgter Kinder verklagt werden.

Im Vorfeld der Einführung des Rechtsanspruches galt bundesweit eine Quote von 35 Prozent als ausreichend, um alle Elternwünsche befriedigen zu können. Dabei wurde allerdings sehr schnell deutlich, dass es bei diesem Durchschnittswert regional durchaus sehr große Schwankungen geben könnte: Während die entsprechende Platzzahl in den eher ländlich strukturierten Gebieten wahrscheinlich deutlich zu hoch gegriffen sein dürfte, sind die Bedarfe in den Großstädten und Ballungszentren entsprechend höher.



In Bielefeld haben daher Jugendhilfeausschuss und Finanz- und Personalausschuss jeweils einstimmig beschlossen, die Versorgungsquote für Kinder unter drei Jahren bis zum Kindergartenjahr 2014/2015 auf 43 Prozent auszubauen. Bestätigt wurde dieser Wert durch eine Elternbefragung, die fast exakt zu demselben Ergebnis gekommen ist.

Seit 2008 wurde der Ausbau massiv vorangebracht, um in den Jahren 2011 und 2012 an seine natürlichen Grenzen zu stoßen, weil die Möglichkeiten zu An- und Umbauten bei bestehenden Kitas freier Träger weitestgehend erschöpft waren. Zwischenzeitig konnte dies über den Ausbau der Tagespflege ein wenig kompensiert werden. Der Jugendhilfeausschuss hat dann im März 2012 für die weitere Ausbauplanung beschlossen, den Rechtsanspruch zum einen mit Hilfe von Neubauten durch private Investoren und zum anderen durch die Ausschöpfung von An- und Umbaumöglichkeiten bei den städtischen Kitas sicher zu stellen.



Insgesamt ergibt sich für die Jahre 2012 bis 2014 eine Gesamtinvestitionssumme von 23.555.500 Euro. Darin enthalten sind das beschlossene Investitionsprogramm von zehn Millionen Euro für die städtischen Kitas, zwei Neubauten der Bielefelder Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft (BGW) für die Stadt Bielefeld (Ersatzbau Kita Jöllenbeck und Erweiterung Kita Kupferhammer) sowie sieben Neubauten der BGW, die in der Trägerschaft freier Träger betrieben werden sollen. Darüber hinaus stehen aus den Ausbauprogrammen des Landes und des Bundes, aus der Bildungspauschale sowie ergänzender kommunaler Mittel Investitionssummen für freie Träger und Tagespflegepersonen zur Verfügung (vgl. Abbildung „Finanzierung der Kinderbetreuung“).

2.2 Hilfen zur Erziehung

Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse

- Die Hilfen zur Erziehung gelten bundesweit als Arbeitsfeld, in dem die Fallzahlen - und damit verbunden natürlich auch die Kosten - zum Teil dramatisch steigen. Bielefeld gilt daher als Vorzeigebispiel dafür, dass es mit Hilfe zahlreicher präventiver Angebote gelingen kann, diesen stetigen Anstieg zu stoppen.
- Die Fallzahlen der Hilfen zur Erziehung gehen seit 2010 leicht zurück und lagen Ende 2012 bei 2.330. Die durchschnittlichen Kosten pro Fall sind in dieser Zeit – im Vergleich zu den Vorjahren – nur noch leicht gestiegen.
- Den prozentual größten Anteil bei den Fallzahlen nimmt die Vollzeitpflege für Minderjährige ein (24 Prozent), gefolgt von der sozialpädagogischen Familienhilfe (21 Prozent) und der Heimerziehung (18 Prozent).
- Der Rückgang der Fallzahlen bei den erzieherischen Hilfen seit 2010 ist vor allem den zurückgehenden Zahlen bei den ambulanten Hilfen zu verdanken. Dies geht in erster Linie auf eine veränderte Zugangssteuerung zurück. Wichtig ist dabei allerdings, dass die Fallzahlen der teilstationären und stationären Unterbringung dadurch nicht angestiegen sind, der Grundsatz ambulant vor stationär also weiter gilt.

Kurz erklärt...

Die „Hilfe zur Erziehung“ im Sinne des § 27 des SGB VIII unterstützt die Personensorgeberechtigten, also in der Regel die Eltern, wenn „(...) eine dem Wohl des Kindes oder des Jugendlichen entsprechende Erziehung nicht gewährleistet (...)“ ist (Absatz 1). Das bedeutet in der Praxis, dass die Eltern einen Antrag auf Hilfe zur Erziehung beim Jugendamt stellen können, wenn sie den Eindruck haben, dass sie Unterstützung im Umgang mit ihrem Kind benötigen.

In den §§ 28-35 des SGB VIII sind konkrete Erziehungshilfen beispielhaft benannt. Erzieherische Hilfen sind über diesen Katalog hinaus möglich.

Aufgeteilt sind sie nach ambulanten, teilstationären und stationären Maßnahmen:

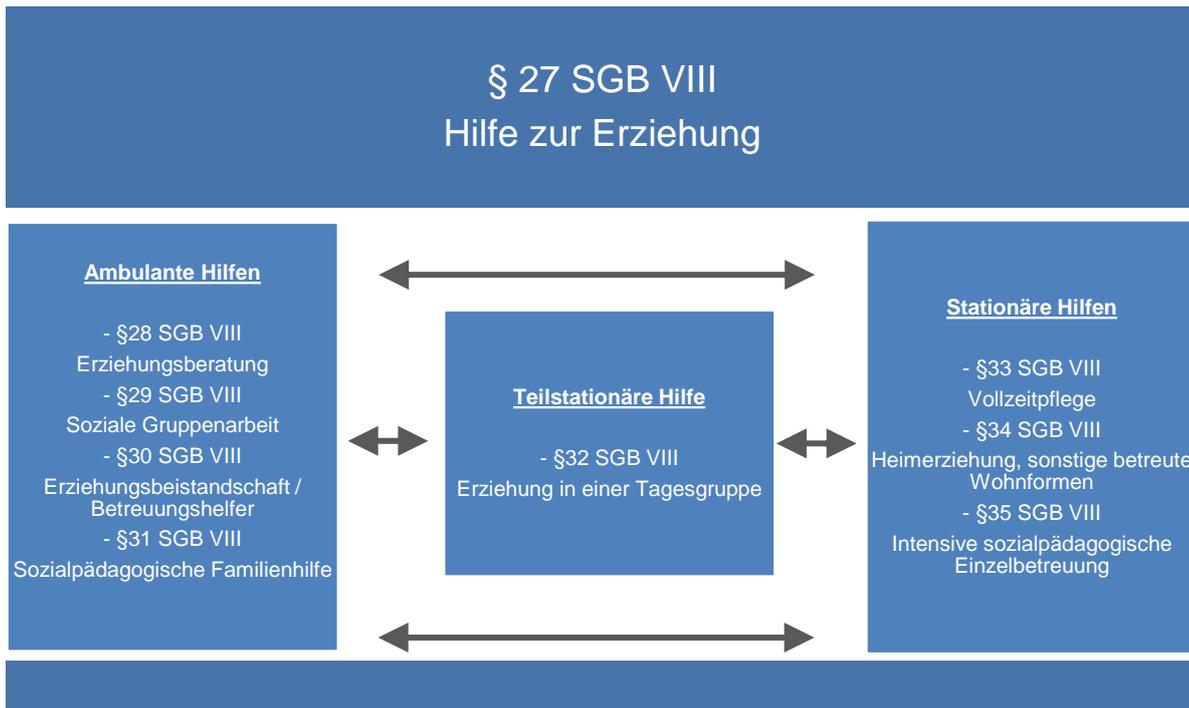
Ambulante Hilfen: Ambulante Hilfen bedeuten Unterstützung der Familie und des betroffenen Kindes oder Jugendlichen, die weiterhin an ihrem bisherigen Wohnort, also in der Regel dem elterlichen Haushalt verbleiben.

Teilstationäre Hilfen: Im Gesetz ist besonders die Tagesgruppe benannt. Die Kinder oder Jugendlichen wohnen wie bei den ambulanten Maßnahmen weiterhin zu Hause, gehen aber täglich, in der Regel heißt das werktags, zu festgelegten Zeiten in eine Gruppe. Dort gibt es häufig eine gemeinsame Mahlzeit, die Hausaufgaben werden begleitet und im Spiel mit den anderen Kindern werden soziale Fertigkeiten trainiert.

Stationäre Hilfen: Diese Maßnahmen bedeuten eine Unterbringung des Kindes oder Jugendlichen außerhalb der Herkunftsfamilie. Sie werden in der Regel erst eingesetzt, wenn andere Hilfen innerhalb der Familie nicht zur gewünschten Veränderung geführt haben oder von vorneherein deutlich ist, dass sie nicht Erfolg versprechend sind. Ziel ist in der Regel die Rückführung in die Familie oder, bei Jugendlichen oder Heranwachsenden, eher die Verselbstständigung in einer eigenen Wohnung.

Quelle: <https://www.familienhandbuch.de/angebote-und-hilfen/beratungsstellen-amter-therapeuten/hilfen-zur-erziehung-was-konnen-sie-fur-kinder-und-familien-leisten>

Abbildung VI.37: Ambulante und stationäre Hilfen zur Erziehung



Quelle: eigene Darstellung

Abbildung VI.38: Fallzahlen der Hilfen zur Erziehung nach Hilfearten (Jahresdurchschnittswerte 2012)

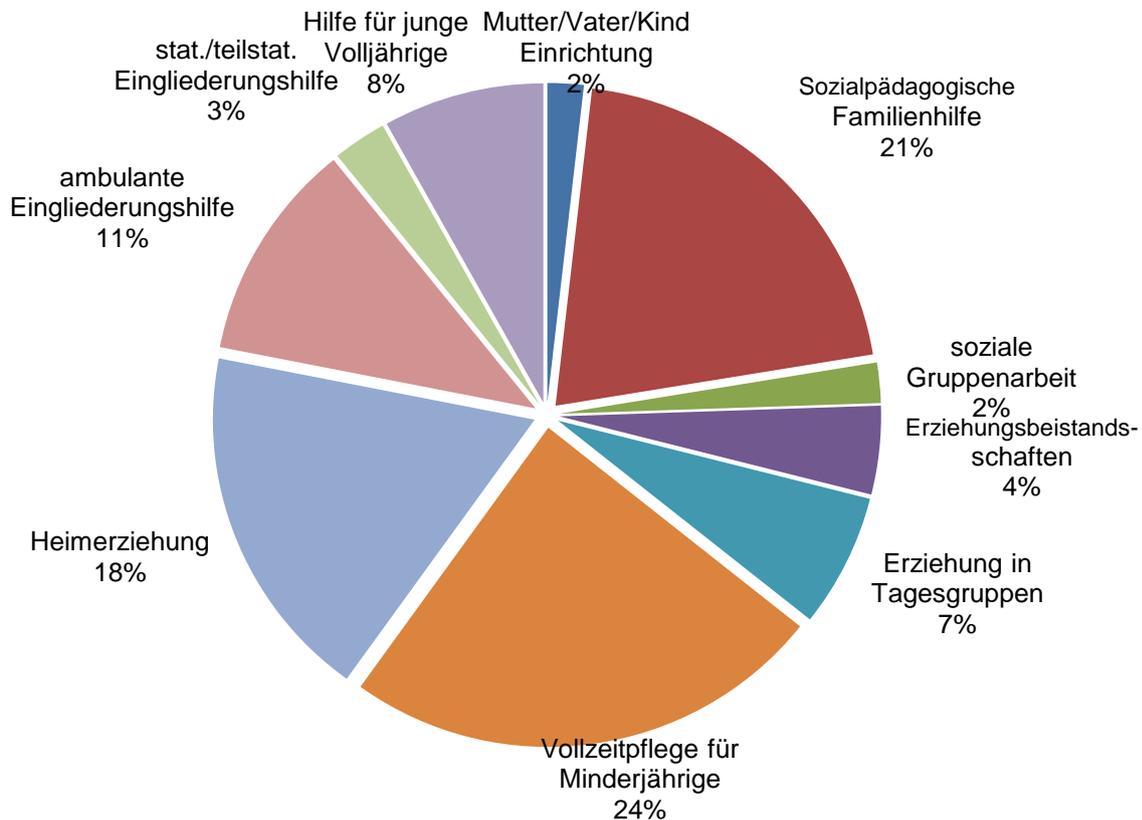


Abbildung VI.39: Fallzahl- und Finanzentwicklung der Hilfen zur Erziehung in Mio. Euro

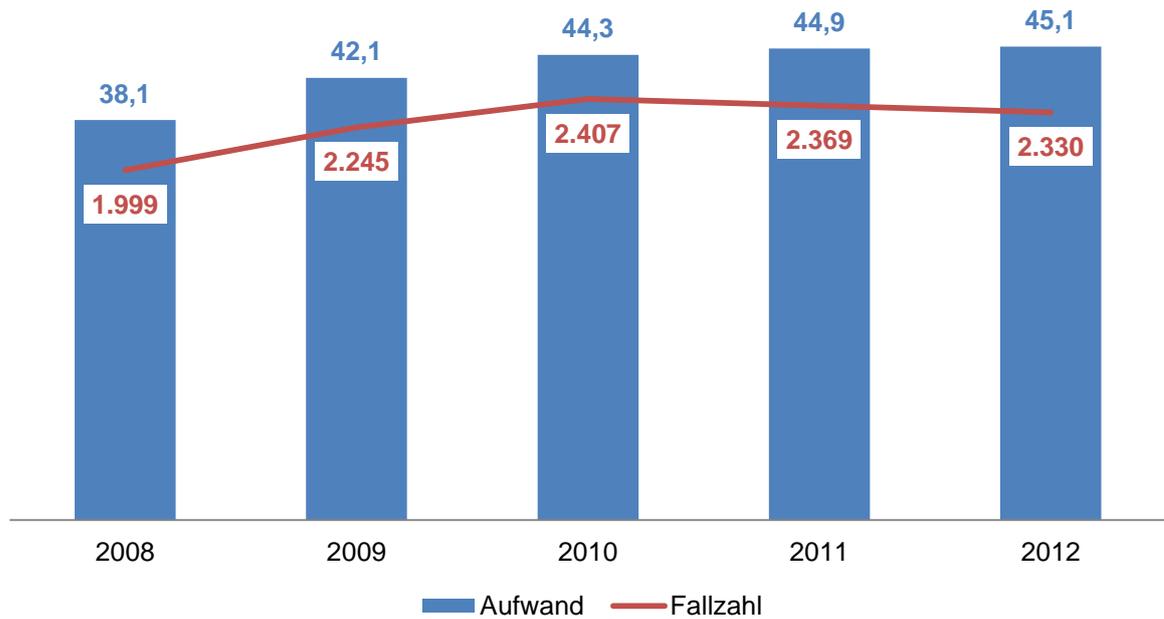
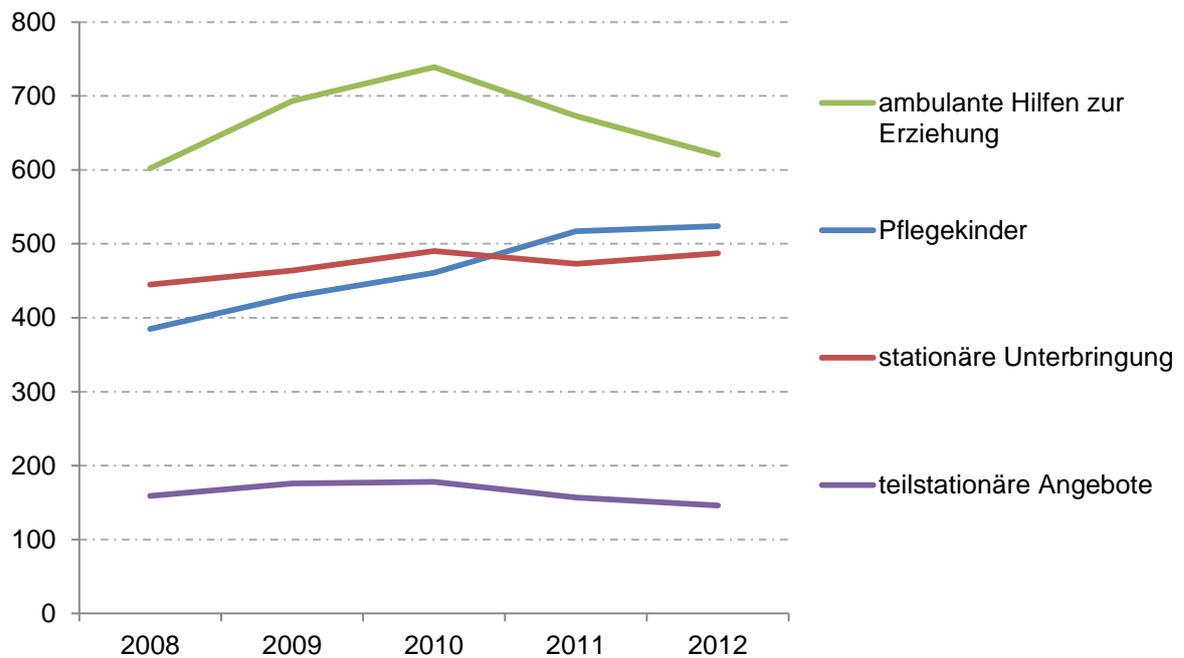


Abbildung VI.40: Entwicklung der Fallzahlen (Jahresdurchschnittswerte) ausgewählter Hilfen zur Erziehung



Pflegestatistik 2011

Die Pflegestatistik wird von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder zweijährig durchgeführt. Ziel der Statistik ist es, Daten zum Angebot und zur Nachfrage nach pflegerischer Versorgung zu gewinnen. Daher werden sowohl Daten über die Pflegeheime und die ambulanten Dienste als auch über die Pflegebedürftigen erhoben. Die Daten basieren auf Angaben der ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen. Informationen über die Empfänger und Empfängerinnen von Pflegegeldleistungen, also die Menschen, die durch Angehörige gepflegt werden, werden von den Spitzenverbänden der Pflegekassen und dem Verband der privaten Krankenversicherung geliefert. Der Erhebungsstichtag lag im Dezember 2011.

Die Daten liefern einen Überblick über die Entwicklung und die Struktur der Pflegebedürftigkeit und über die Pflegeinfrastruktur der Kommune. Sie bieten einen wichtigen Anhaltspunkt, um die Versorgungssituation Pflegebedürftiger in der jeweiligen Kommune zu bewerten und Versorgungsbedarfe zu bestimmen.

Im Dezember 2011 erhielten in Bielefeld 9.448 Menschen Leistungen aus der Sozialen Pflegeversicherung (SGB XI) und galten als pflegebedürftig. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung Bielefelds lag damit bei 2,9 Prozent.

Seit 2009 ist damit die Zahl der Pflegebedürftigen nur moderat gestiegen, nämlich um 351 oder 3,9 Prozent im Vergleich zu 2009. Im gleichen Zeitraum stieg die Pflegequote in NRW um 7,6 Prozent. Bielefeld gehört damit zu den elf Kreisen und kreisfreien Städten mit der geringsten Steigerung der Pflegequote im Vergleich zu 2009.

Verteilt auf die einzelnen Leistungsarten der Pflegeversicherung ergibt sich folgendes Bild:

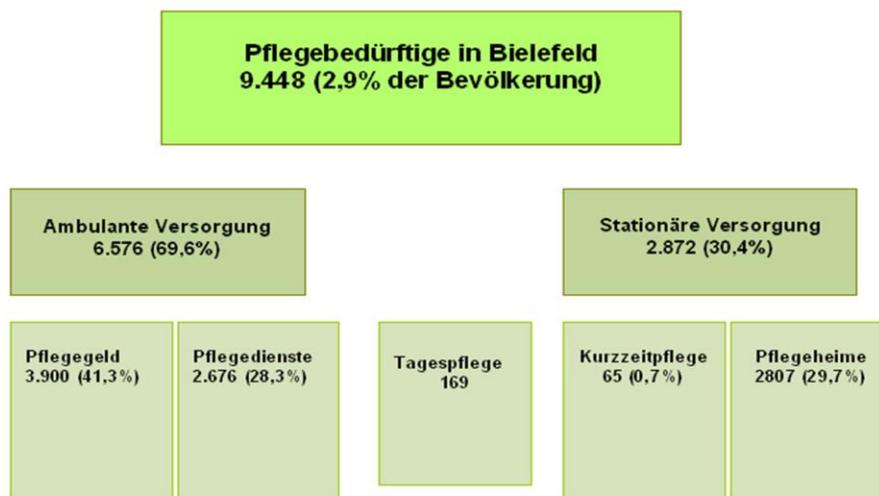


Abbildung und Quelle: Pflegebedürftige und ihre Versorgung zum 31.12.2011, Berechnung Stadt Bielefeld, Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention nach Angaben der Pflegestatistik IT. NRW

Hier die weiteren Auswertungsergebnisse der Pflegestatistik 2011 in der Zusammenfassung:

- Die Zahl der Pflegebedürftigen ist im Jahr 2011 weiter angestiegen.
- Auch im Verhältnis zur Steigerung der hochaltrigen Bevölkerung, die ein erhöhtes Pflegerisiko ausweist, fällt die Zunahme zurückhaltend aus. Dies hängt insbesondere mit der abnehmenden Pflegequote der über 75-Jährigen zusammen. Immer mehr Menschen können das hohe Lebensalter bei guter Gesundheit erreichen.
- Zunehmend mehr Pflegebedürftige werden zu Hause versorgt. Weniger Menschen als im Jahr 2009 greifen bei der häuslichen Versorgung auf die Unterstützung durch ambulante Dienste zurück. Stattdessen nimmt die alleinige Versorgung der Pflegebedürftigen durch Familienangehörige oder andere informelle Unterstützungssysteme zu.

- Die stationäre Versorgung Pflegebedürftiger bleibt auf einem zahlenmäßig nahezu gleichen Niveau. Dabei geht der Anteil von Menschen, die in stationären Pflegeeinrichtungen versorgt werden, in Bielefeld kontinuierlich zurück.
- Die meisten Pflegebedürftigen, nämlich 66 Prozent, sind Frauen. Ihr Anteil an den Pflegebedürftigen nimmt aufgrund ihrer höheren Lebenserwartung mit steigendem Alter zu.

Die Versorgung der Pflegebedürftigen ist abhängig von der Schwere der Pflegebedürftigkeit und dem Alter. Während nur 4,3 Prozent der 70-75-Jährigen und 8,6 Prozent der 75-80 Jährigen pflegebedürftig sind, sind es bei den über 90-Jährigen 58,5 Prozent.

Je höher die Pflegestufe und/oder das Lebensalter sind, umso mehr Menschen werden stationär oder durch einen ambulanten Pflegedienst versorgt. Aber noch fast die Hälfte der Schwerpflegebedürftigen in der Pflegestufe III, deren Pflegebedarf von der Pflegekassen mit fünf Stunden, davon vier Stunden Grundpflege berechnet wird, werden zu Hause versorgt. 23 Prozent dieser Pflegebedürftigen werden ausschließlich durch Angehörige gepflegt und 24 Prozent durch ambulante Dienste. Diese Zahlen verdeutlichen die große Leistung der Angehörigen bei der Versorgung Pflegebedürftiger. Die seit 2009 steigende Bedeutung der Angehörigenpflege ist bemerkenswert, sie widerspricht den Voraussagen und den faktischen gesellschaftlichen Veränderungen, die einen Bedeutungsverlust des familiären Netzes nahelegen.

Inanspruchnahme von Pflegeversicherungsleistungen

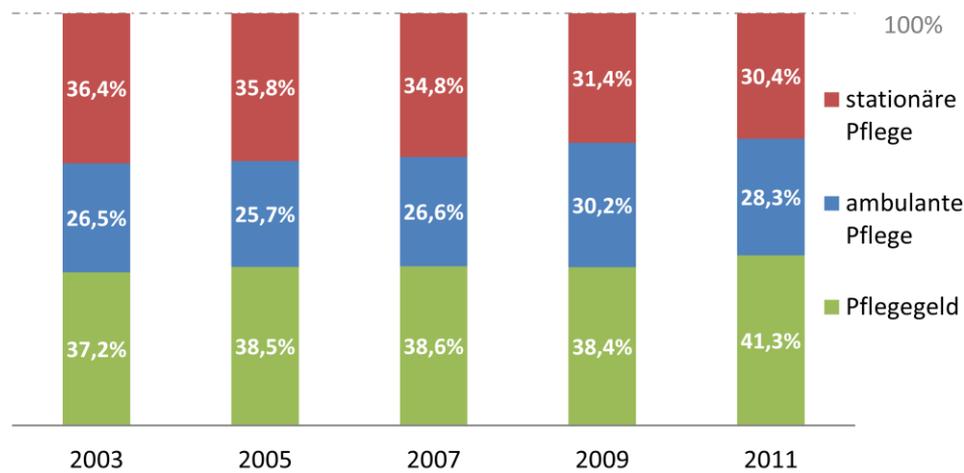


Abbildung und Quelle: Pflegebedürftige und ihre Versorgung zum 31.12.2011, Berechnung Stadt Bielefeld, Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention nach Angaben der Pflegestatistik IT. NRW

Aufgrund des somatisch ausgerichteten Pflegebedürftigkeitsbegriffs des SGB XI und der Vorgabe eines Mindestaufwands von 90 Minuten bei Pflegestufe I wird davon ausgegangen, dass durch die Pflegestatistik nur etwa die Hälfte der Menschen berücksichtigt wird, die einen regelmäßigen Unterstützungsbedarf haben. Da diese Menschen in 2011 keine finanziellen Hilfen durch die Pflegekasse erwarten konnten, muss davon ausgegangen werden, dass die Unterstützungsleistungen überwiegend durch Angehörige, Nachbarn, Freunde und andere erbracht werden. Die schon oben dargelegte Zunahme der Angehörigenpflege erhält durch die Einbeziehung dieses Aspektes eine noch größere Bedeutung.

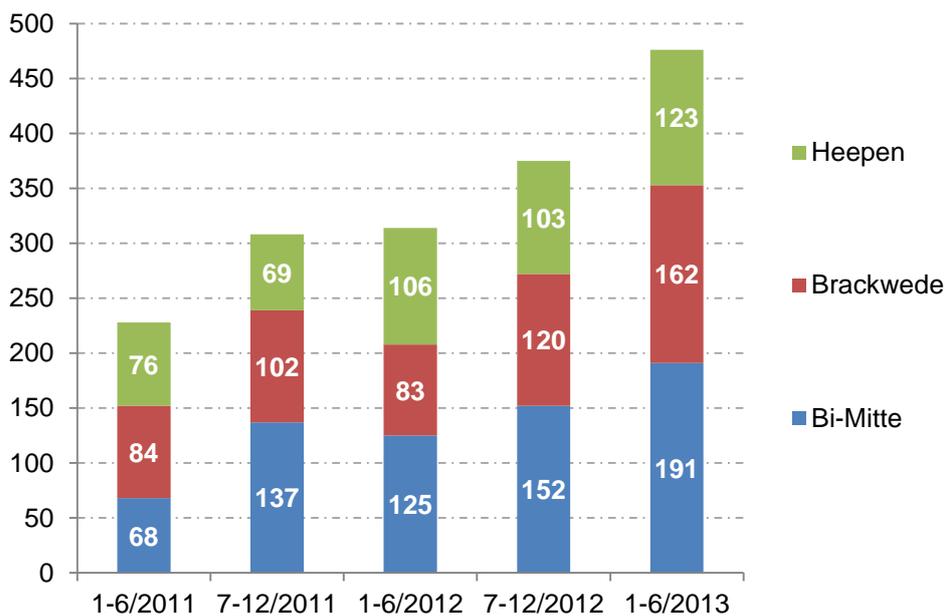
Bei dieser Aufgabe benötigen die Angehörigen Unterstützung und Auszeiten. Neben ehrenamtlichen Hilfestellungen, die von den freien Trägern, den Kirchengemeinden und der Initiative Nachbarschaft der Stadt Bielefeld angeboten werden, gewähren insbesondere Angebote der Tages- und Kurzzeitpflege die erforderliche Unterstützung. Die Inanspruchnahme dieser pflegeerleichternden Hilfen gilt es zu unterstützen, dabei sollte unter anderem auch der Ausbau des Angebots an festen Kurzzeitpflegeplätzen in die Überlegung einbezogen werden. Ebenso sollte der Bekanntheitsgrad der Tagespflege wirksamer gefördert werden, denn die Inanspruchnahme der Tagespflege ist trotz der Verbesserung der Finanzierung durch das Pflege-Neuausrichtungsgesetz und der Zunahme der Pflegebedürftigen nicht deutlich gestiegen.

Eine verstärkte Information der Öffentlichkeit über die Arbeitsweise und die Finanzierung der Tagespflege ist daher eine notwendige Aufgabe, die für die Aufrechterhaltung des häuslichen Pflegepotentials erforderlich ist.

Nicht nur über das Angebot der Tagespflege, sondern auch über die sonstige in Bielefeld gut ausgebaute pflegerische, ehrenamtliche und medizinische Infrastruktur fehlen den Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen häufig Informationen. Durch die Ausweitung der stadtteilbezogenen Beratungsangebote zum Thema „Pflege und Wohnen im Alter“ hat sich die Stadt Bielefeld bemüht, den Zugang zur Beratung im Pflegefall niedrighschwelliger zu gestalten. Mit dem in Kooperation mit den Pflegekassen im Berichtszeitraum aufgebauten Pflegestützpunkt gelang es zusätzliche Beratungsangebote in Brackwede und Heepen zu etablieren. Diese ergänzen das bestehende, trägerunabhängige Angebot der Pflegeberatung in Bielefeld-Mitte und Sennestadt. Die steigenden Beratungszahlen in den Dependancen des Pflegestützpunktes zeigen, dass durch die sozialräumliche Anbindung mehr Menschen im Pflegefall erreicht werden konnten.

Ausführlichere Informationen zur Pflegestatistik bietet die Broschüre „Bielefelder Pflegeberichte“, zu beziehen bei der Stadt Bielefeld, Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention, Altenhilfeplanung.

Abbildung VI.41: Entwicklung der Inanspruchnahme der Pflegestützpunkte seit Eröffnung



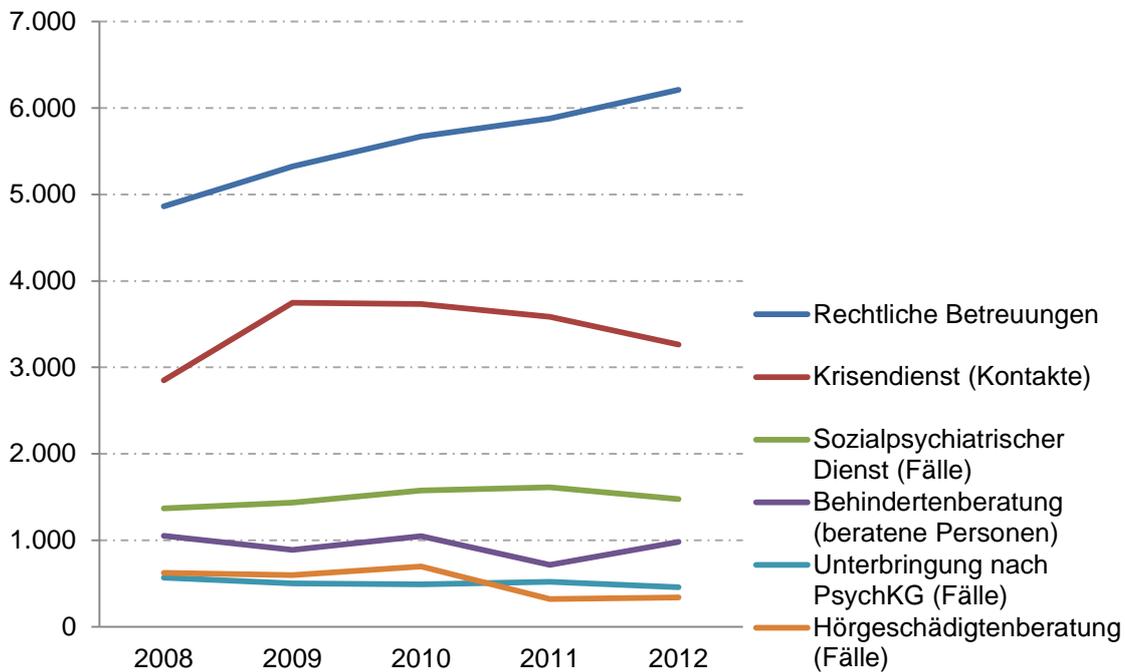
3 Zielgruppenspezifische Angebote

Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse

- Die Anzahl der rechtlichen Betreuungen hat 2012 erstmals die Marke von 6.000 Fällen überschritten (6.212), Tendenz: stark steigend. Dies geht zurück auf die zunehmend älter werdende Bevölkerung im Zuge des demografischen Wandels. Eine weitere Ursache ist aber sicher auch die Zunahme demenzieller oder ähnlicher Erkrankungen.
- Die Zahl der Kontakte des Krisendienstes hat seit 2009 konstant abgenommen und lag Ende 2012 bei 3.263.
- Die Zahl der Unterbringungen nach dem PsychKG ist 2012 noch einmal deutlich zurückgegangen und bewegt sich mit 458 in etwa auf dem Niveau des Jahres 2005.
- Aufgrund der zahlreichen Krisenherde in der Welt ist auch in Bielefeld die Zahl der Asylbewerber 2012 deutlich angestiegen und hat sich im Vergleich zu 2011 fast verdoppelt.

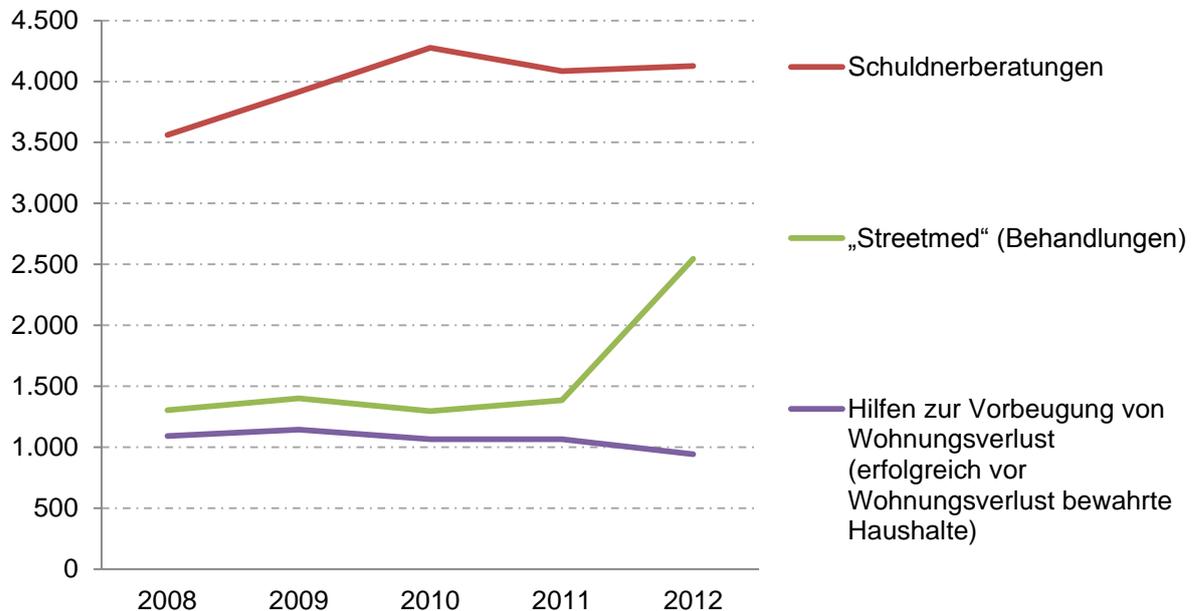
3.1 Menschen mit Behinderung oder chronischer Erkrankung

Abbildung VI.42: Entwicklung der Fallzahlen verschiedener kommunaler Angebote



3.2 Menschen in besonderen Notlagen oder besonderen Schwierigkeiten

Abbildung VI.43: Entwicklung der kommunalen Angebote für Menschen in besonderen Notlagen



Kurz erklärt...

Schuldnerberatung

Fallzahl in 2012: 4.126 Fälle, davon 520 Neufälle

Verschuldungsursachen: Konsum (38%), prekäre Einkommensverhältnisse (14%) und selbständige Tätigkeit (10%)

Überschuldungsursachen: Arbeitslosigkeit (34%), Einkommensarmut, Trennung, Krankheit (je 11%)

Durchschnittliche Schuldenhöhe: 29.356 Euro

Entschuldung: in 20% der Fälle

Entschuldungsperspektive: in 67% der Fälle

(Diese und weitere Informationen sind im „Jahresbericht 2012 der Schuldnerberatungsstellen“ nachzulesen.)

Kurz erklärt..

„Streetmed“

Ziel:

Sicherstellung adäquater medizinischer Versorgung der Zielgruppe, Integration in die Versorgungsstrukturen des med. Regelsystems.

Zielgruppe:

Wohnungslose, alkohol- und drogenabhängige Menschen, auch mit unklarem Versicherungsstatus.

Hilfeangebote:

Aufsuchende Gesundheitshilfen; Sprechstunden in Beratungsstelle und Tagesaufenthalt für Wohnungslose, in Obdachlosenunterkünften und an öffentlichen Plätzen; Hausbesuche auf der "Platte". Medizinische Erst- und Akutversorgung, basismedizinische Versorgung, Beratung in Gesundheitsfragen, Vermittlung weiterer medizinischer und sozialer Dienstleistungen.

Quelle: <http://www.gesundheitliche-chancengleichheit.de/praxisdatenbank/streetmed-aufsuchende-gesundheitsfuersorge/>

Entwicklung in 2012:

Die betreuende Ärztin stand von Mai - November 2012 nicht zur Verfügung. Als Ersatz wurden ein Arzt und eine Krankenschwester mit je 0,5 Stellen eingestellt, was zu einer verbesserten Erreichbarkeit führte. Darüber hinaus hat der vertretende Arzt ehrenamtlich über den vereinbarten Stundenumfang hinaus gearbeitet.

Kurz erklärt..

Vorbeugung von Wohnungsverlusten

Fallzahl in 2012: 1.587 Fälle

Hauptursache: Mietschulden (93,6% der Fälle)

Durchschnittliche Höhe der Mietschulden (bei Mietschuldenübernahme): 1.410 Euro

Wohnungserhalt (unbefristet) bewirkt in: 943 Fällen

(Diese und weitere Informationen sind im „Jahresbericht 2012 für die Bereiche Prävention und Integration“ der Wohnungslosenhilfe nachzulesen.)

Abbildung VI.44: Entwicklung der Unterbringungssituation im Bereich der einheimischen Wohnungslosen und der ausländischen Flüchtlinge zum Stichtag 31.12.



Kurz erklärt...

Einheimischen Wohnungslose und Flüchtlinge in Bielefeld

Die Zahl der einheimischen Wohnungslosen in Bielefeld steigt dem Bundestrend entsprechend an. Am 31.12.2012 waren 71 Haushalte in Unterkünften untergebracht.

Aufgrund des weltweiten Krisengeschehens nimmt die Zahl der ausländischen Flüchtlinge in Bielefeld erheblich zu. Um der Unterbringungsverpflichtung nach zu kommen, war neben der Unterbringung in Übergangsheimen, die Beschlagnahme von Wohnraum und die ordnungsrechtliche Einweisung in Wohnungen notwendig. Die Betroffenen weisen oft vielfältige gesundheitliche und psychische Probleme auf.

Zum Stand 31.12.2012 waren 187 ausländische Flüchtlinge in Übergangsheimen und beschlagnahmten Wohnungen und 30 Flüchtlinge mit ordnungsrechtlicher Einweisung in Wohnungen untergebracht.

(Diese und weitere Informationen sind im „Jahresbericht 2012 für die Bereiche Prävention und Integration“ der Wohnungslosenhilfe nachzulesen.)

VII Stadtbezirke im Kennzahlenprofil

Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse

- Die Zusammenfassung ausgewählter Kennzahlen für die einzelnen Stadtbezirke Bielefelds zeigt neben deutlichen Unterschieden auch große Übereinstimmungen zwischen einzelnen Stadtbezirken.
- Der Stadtbezirk **Mitte** zeigt ein deutliches Profil: Abgesehen vom Migrationsanteil markiert Mitte bei allen Kennzahlen den höchsten bzw. niedrigsten Wert unter allen Stadtbezirken. So ist Mitte der „jüngste“ Stadtbezirk Bielefelds, nur jeder fünfte Bewohner ist über 60 Jahre alt. Gleichzeitig zeigt sich hier der höchste Anteil von Ein-Personen-Haushalten, Ein-Eltern-Familien, SGB-II-Betroffenheit und Bedarfsgemeinschaften mit Kindern. Dagegen hat Mitte den mit Abstand niedrigsten Anteil von Familien mit Kindern.
- Komplette gegensätzlich sieht die Situation in den Stadtbezirken **Dornberg** und **Gadderbaum** aus: Hier liegt der Anteil von älteren Menschen über 60 Jahren teilweise deutlich über dem städtischen Durchschnitt. Dagegen weisen diese beiden Stadtbezirke die geringsten Migrationsanteile, die geringste SGB-II-Betroffenheit und die niedrigsten Anteile der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern unter allen Stadtbezirken Bielefelds auf. Der Stadtbezirk **Schildesche** weist ein ähnliches Profil wie Gadderbaum auf. Auffällig sind die vergleichsweise hohen Anteile von Ein-Person-Haushalten und Ein-Eltern-Familien bei einem unterdurchschnittlichen Migrationsanteil der Bewohnerschaft. Dagegen liegen die SGB-II-Betroffenheit und der Anteil der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern deutlich über den entsprechenden Werten von Gadderbaum, jedoch noch unter den Durchschnittswerten für Bielefeld.

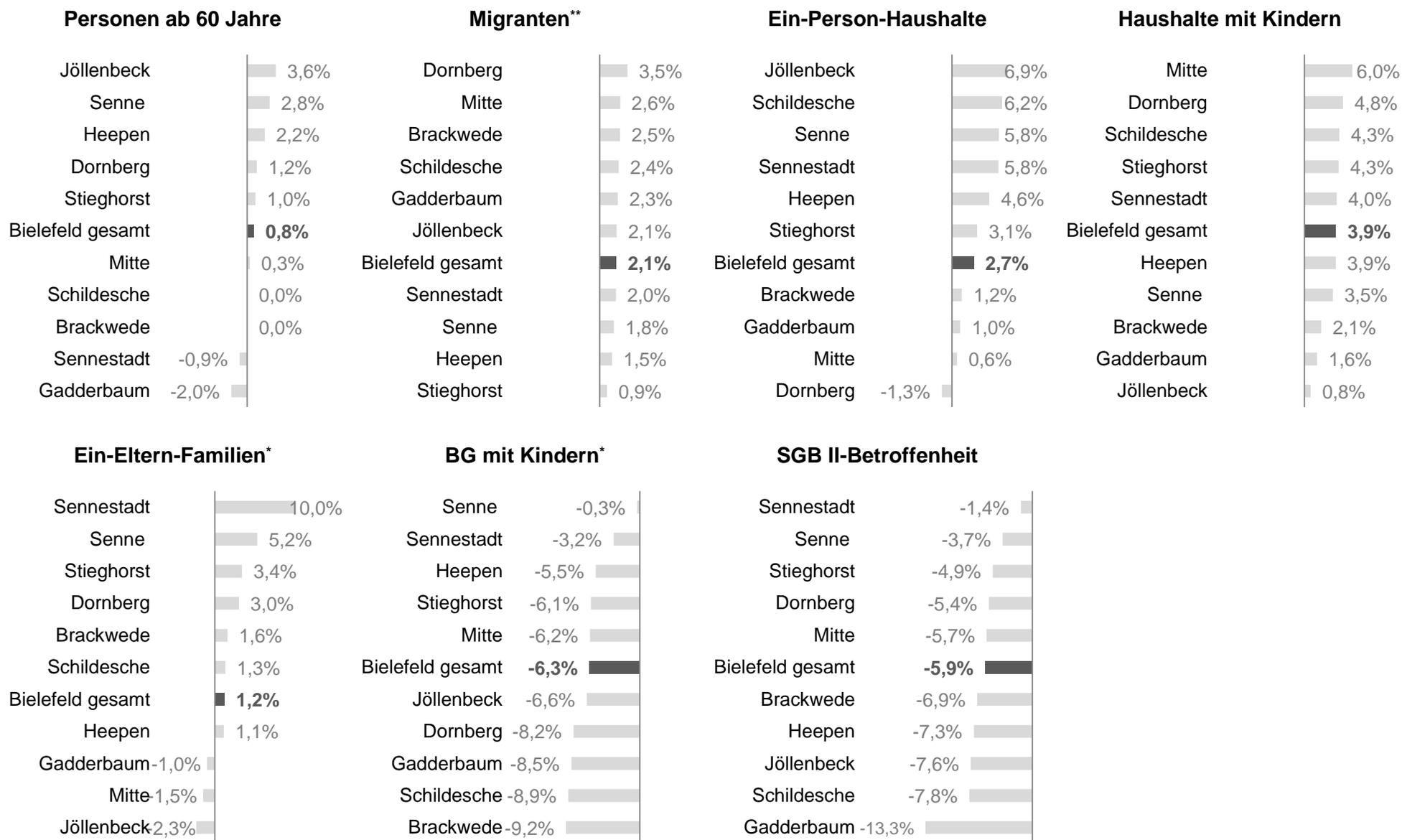
Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse

- Die Stadtbezirke **Senne** und **Jöllennebeck** zeichnen sich insbesondere durch einen hohen Anteil von Familien (Kennzahl „Haushalte mit Kindern“) aus. Die Anteile von Ein-Eltern-Familien an allen Haushalten mit Kindern sind hier am niedrigsten. Auch Ein-Personen-Haushalte sind im Vergleich zu anderen Stadtbezirken in Bielefeld selten.
- Auch in den Stadtbezirke **Heepen** und **Stieghorst** leben vergleichsweise viele Familien mit Kindern. In Heepen ist der Anteil der Haushalte mit Kindern an allen Haushalten mit 25,6% sogar in ganz Bielefeld am höchsten. Gleichzeitig gibt es auch hier vergleichsweise weniger Ein-Eltern-Familien als in den anderen Stadtbezirken Bielefelds. Im Gegensatz zu Senne und Jöllennebeck liegen allerdings die SGB-II-Betroffenheit und der Anteil der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern an allen Haushalten in Heepen leicht und in Stieghorst sogar deutlich über dem Bielefelder Durchschnitt. Der Migrationsanteile ist in beiden Stadtbezirken vergleichsweise hoch.
- Das Kennzahlenprofil **Brackwede** bewegt sich im Bielefelder „Mittelfeld“: Abgesehen von einem höheren Anteil älterer Menschen über 60 Jahren bewegen sich alle Kennzahlen in der Nähe der städtischen Durchschnittswerte.
- Anders sieht es in **Sennestadt** aus, hier sind die Anteile von älteren Menschen über 60 Jahren und der Menschen mit Migrationshintergrund die höchsten in Bielefeld. Außerdem sind in Sennestadt die SGB-II-Betroffenheit und der Anteil der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern an allen Haushalten mit Kindern deutlich höher als beispielsweise in Brackwede.

Kennzahlensetting für die Stadtbezirke

- Personen ab 60 Jahren: Anteil der Menschen ab 60 Jahren an der Bevölkerung des Stadtbezirks
- Migranten: Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund an der Bevölkerung des Stadtbezirks
- Ein-Person-Haushalte: Anteil der Ein-Person-Haushalte an allen Haushalten im Stadtbezirk
- Haushalte mit Kindern: Anteil der Haushalte mit Kindern an allen Haushalten im Stadtbezirk
- Ein-Eltern-Familien: Anteil der Ein-Eltern-Familien an allen Haushalten mit Kindern im Stadtbezirk
- BG mit Kindern: Anteil der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern an allen Haushalten mit Kindern im Stadtbezirk
- SGB II-Betroffenheit: Anteil der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahre

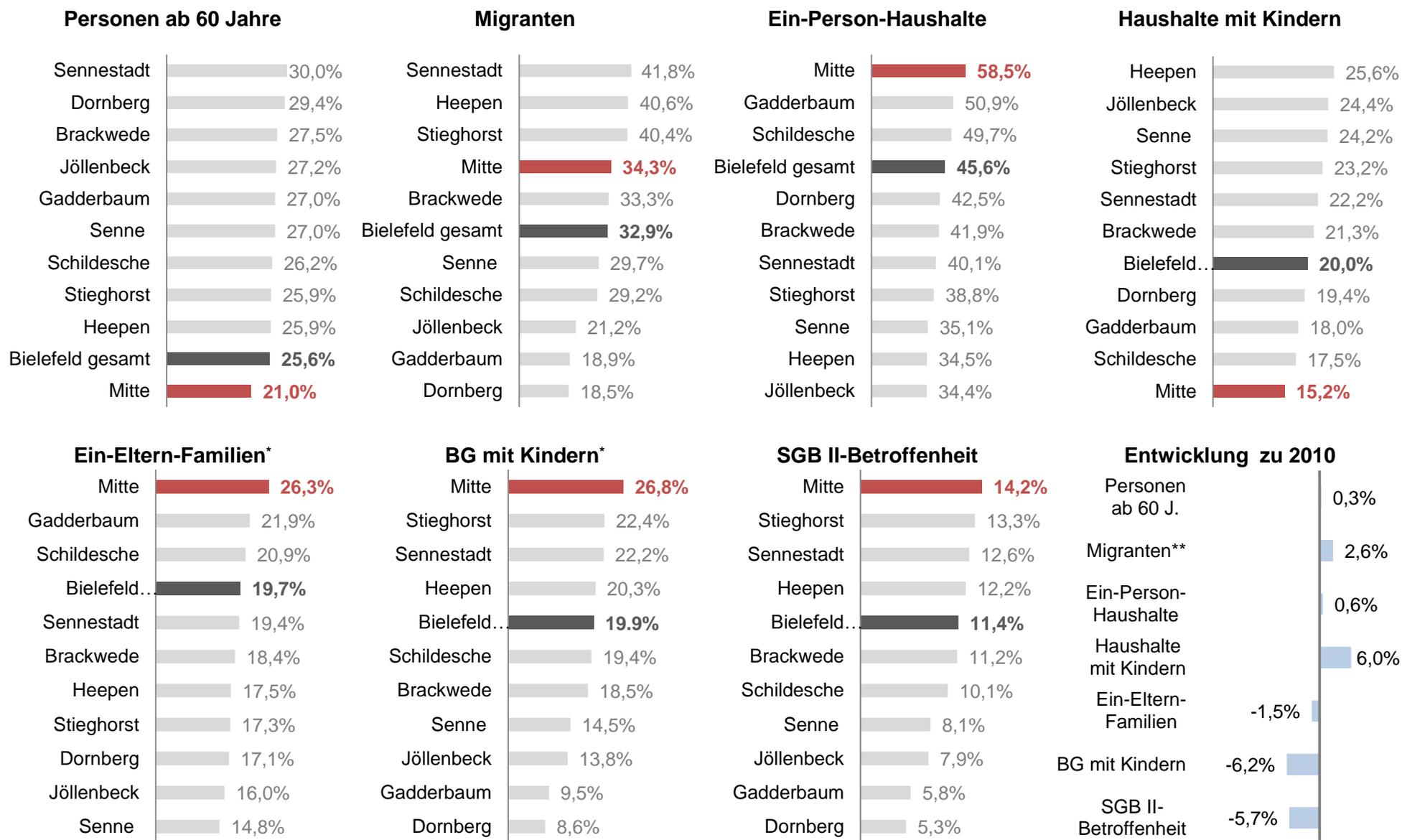
Abbildung VII.1: Kennzahlenprofil für die Stadtbezirke – Abweichungen zu 2010



* Anteil an Haushalten mit Kindern

** hier: Entwicklung zu 2011

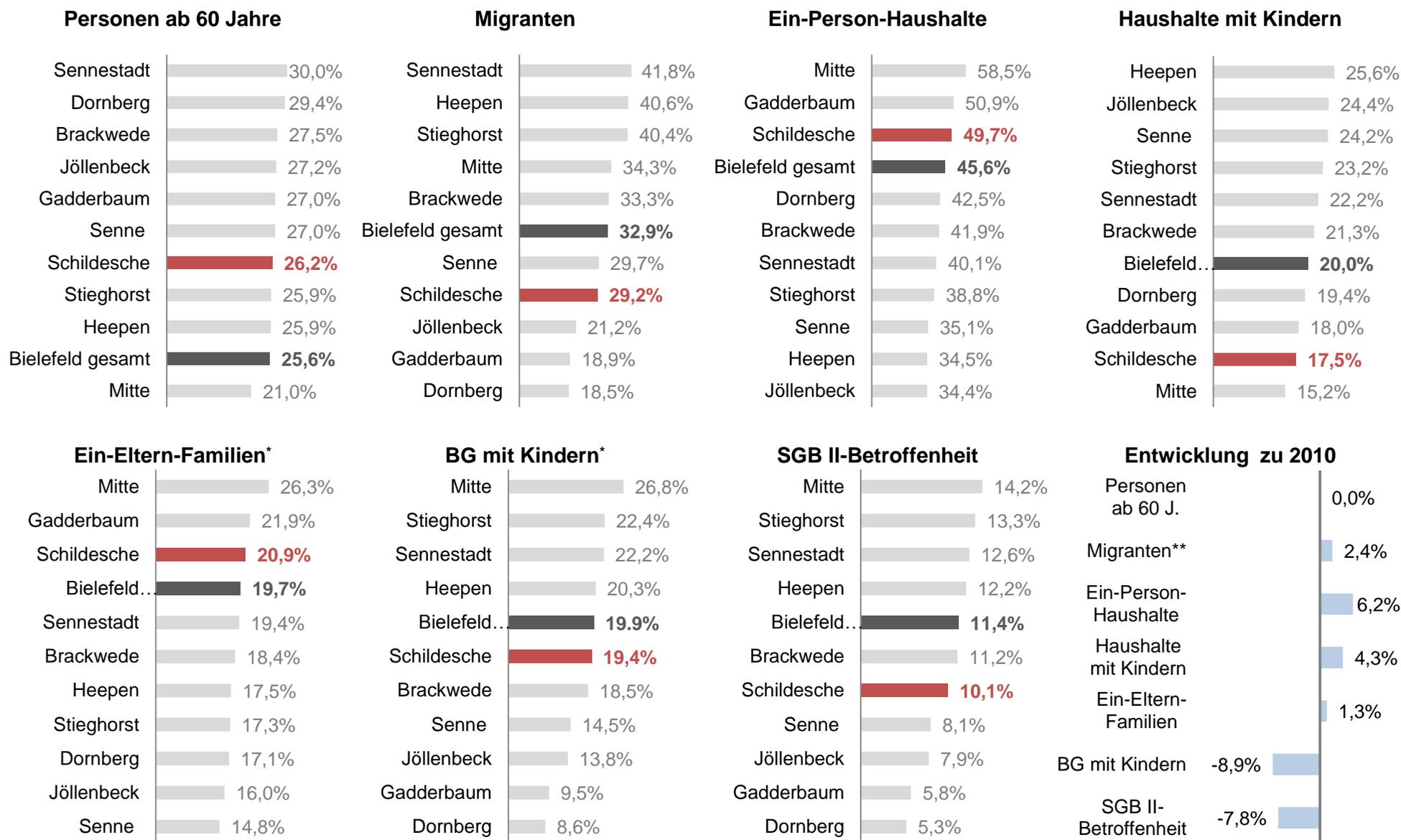
Abbildung VII.2: Kennzahlenprofil Stadtbezirk Mitte



* Anteil an Haushalten mit Kindern

** hier: Entwicklung zu 2011

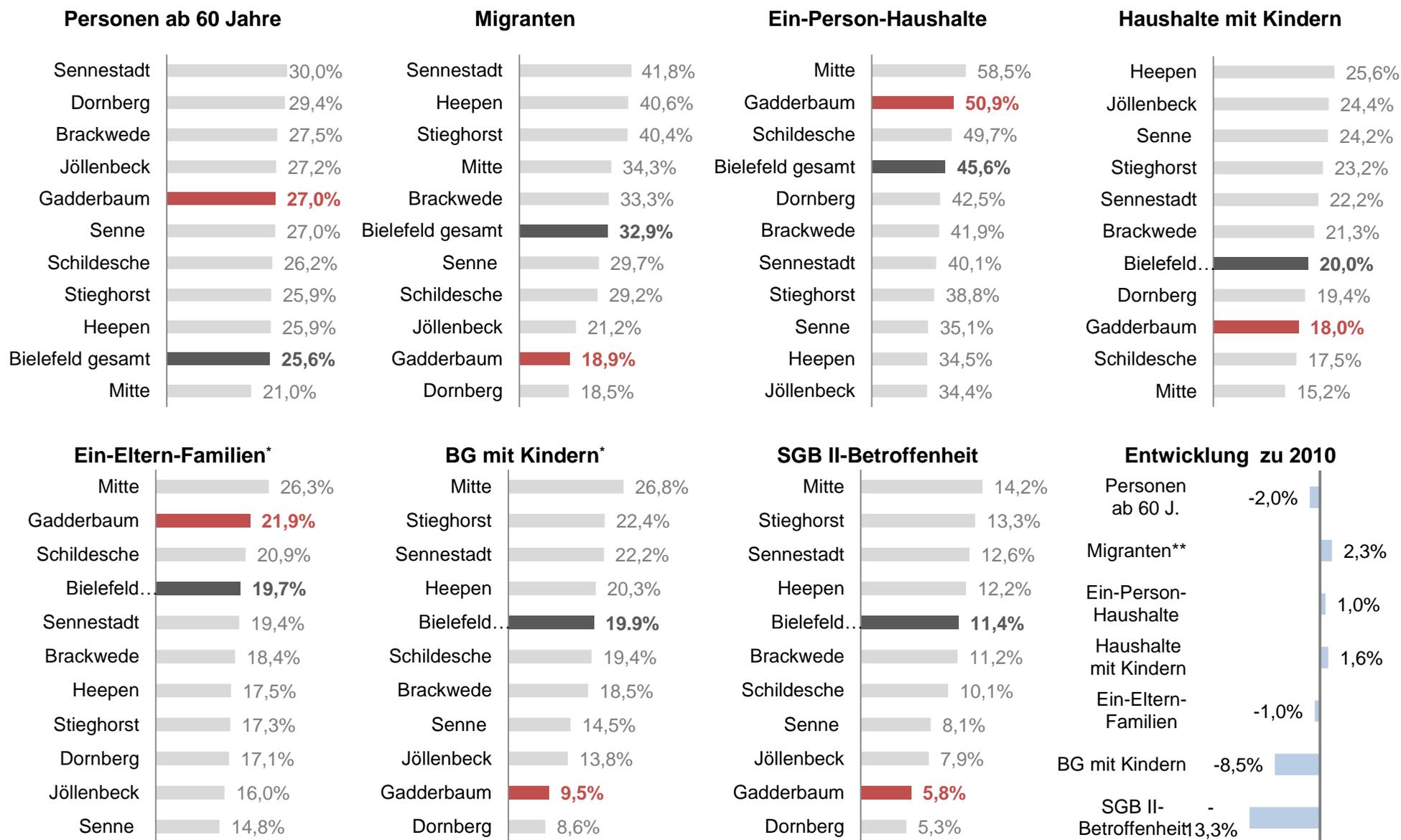
Abbildung VII.3: Kennzahlenprofil Stadtbezirk Schildesche



* Anteil an Haushalten mit Kindern

** hier: Entwicklung zu 2011

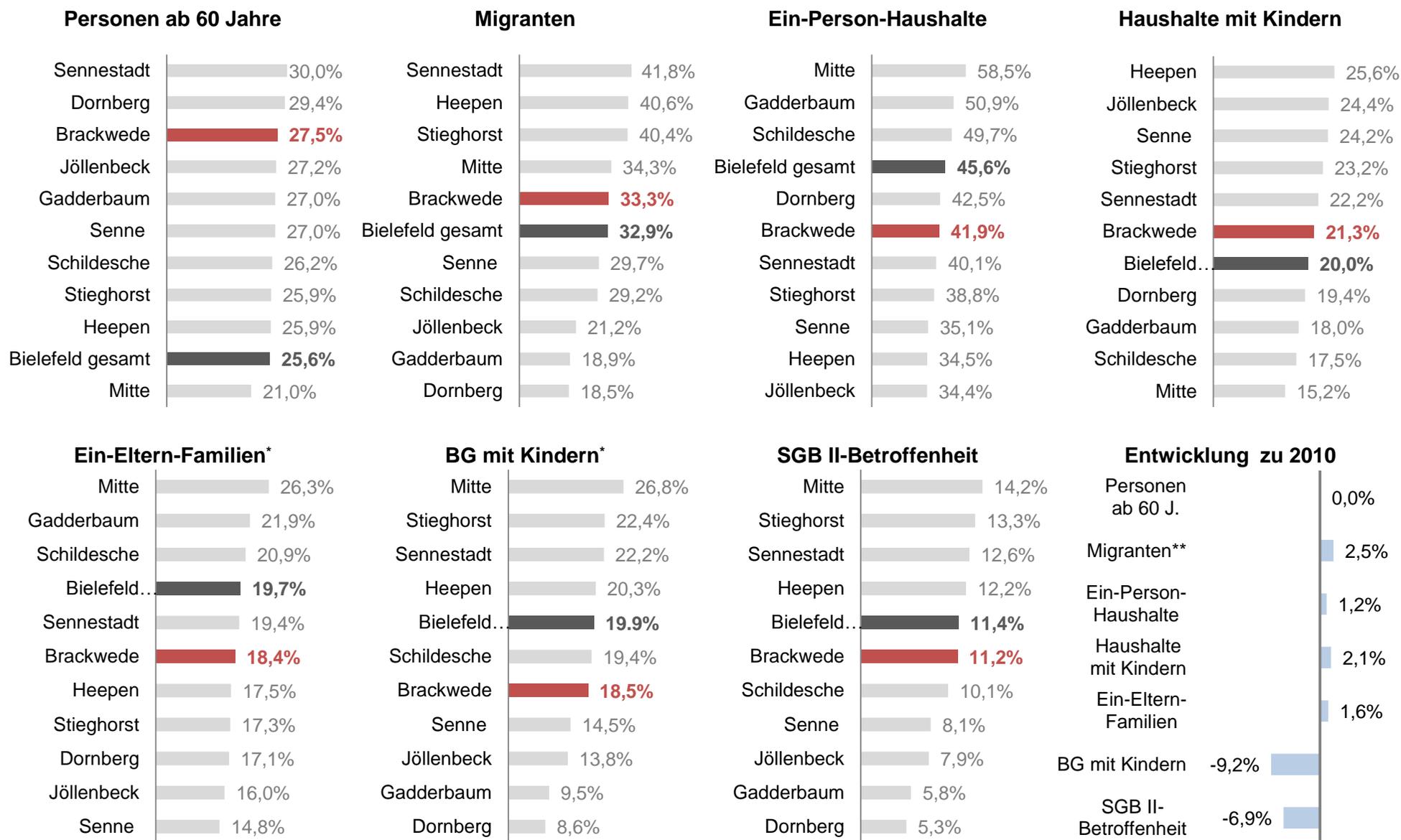
Abbildung VII.4: Kennzahlenprofil Stadtbezirk Gadderbaum



* Anteil an Haushalten mit Kindern

** hier: Entwicklung zu 2011

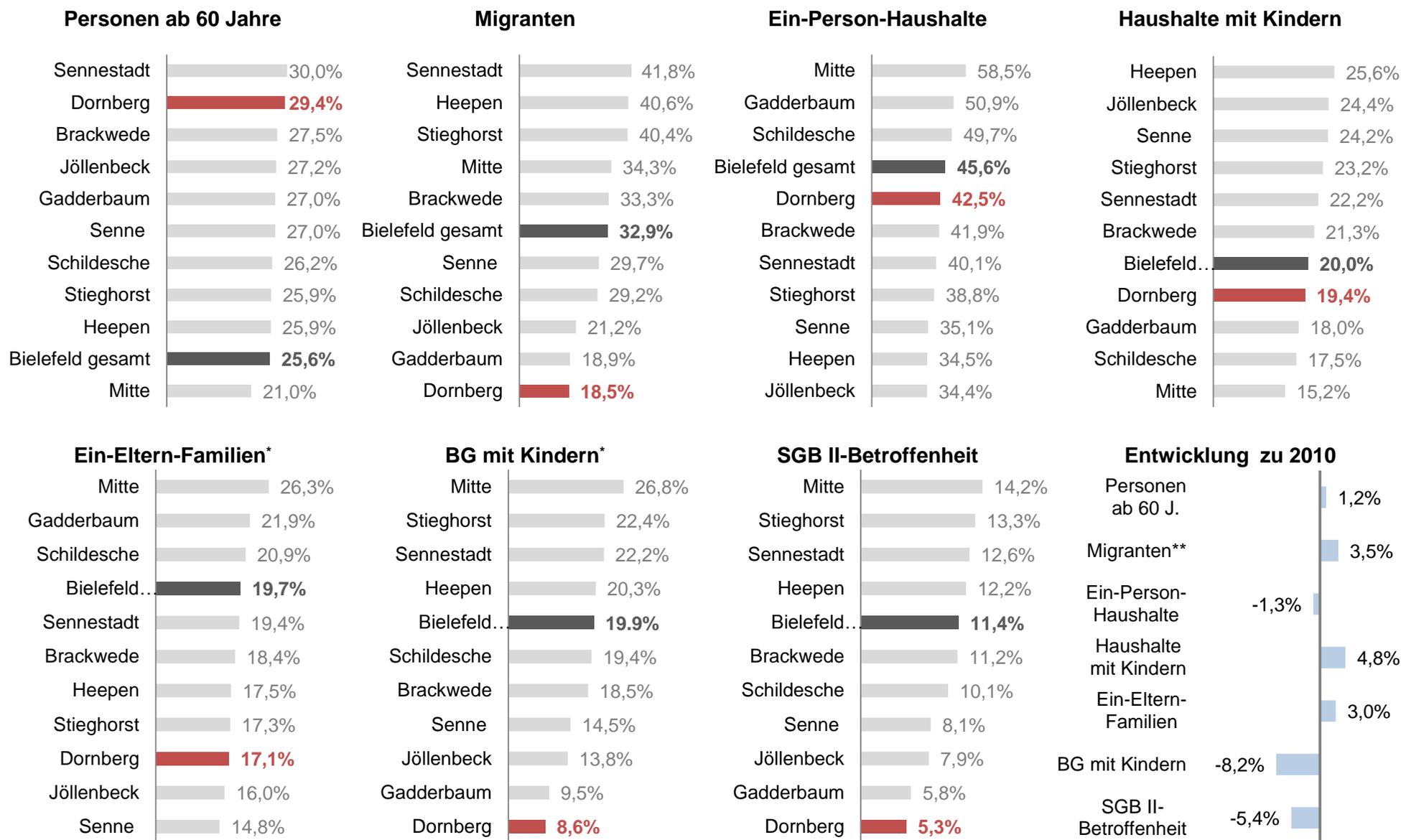
Abbildung VII.5: Kennzahlenprofil Stadtbezirk Brackwede



* Anteil an Haushalten mit Kindern

** hier: Entwicklung zu 2011

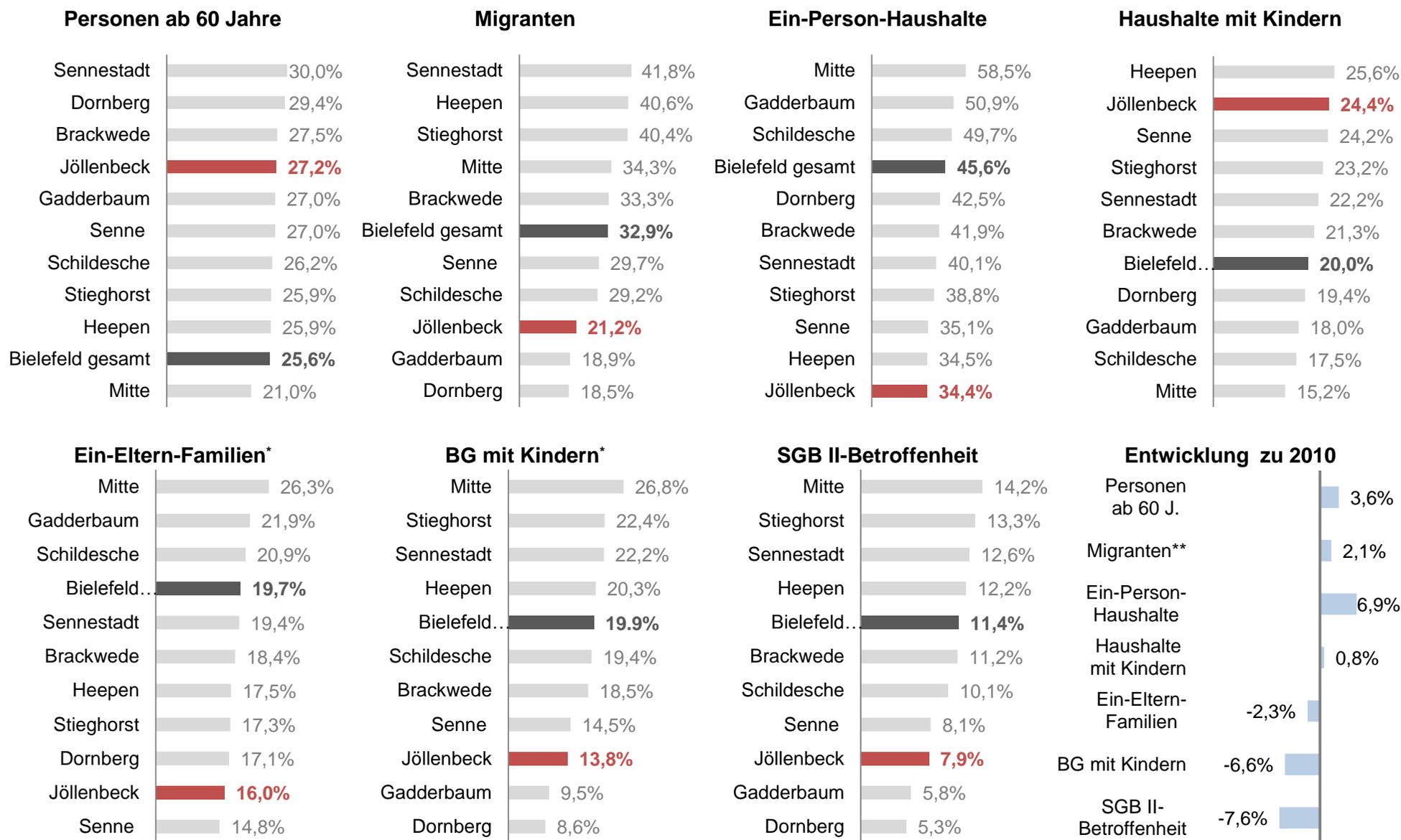
Abbildung VII.6: Kennzahlenprofil Stadtbezirk Dornberg



* Anteil an Haushalten mit Kindern

** hier: Entwicklung zu 2011

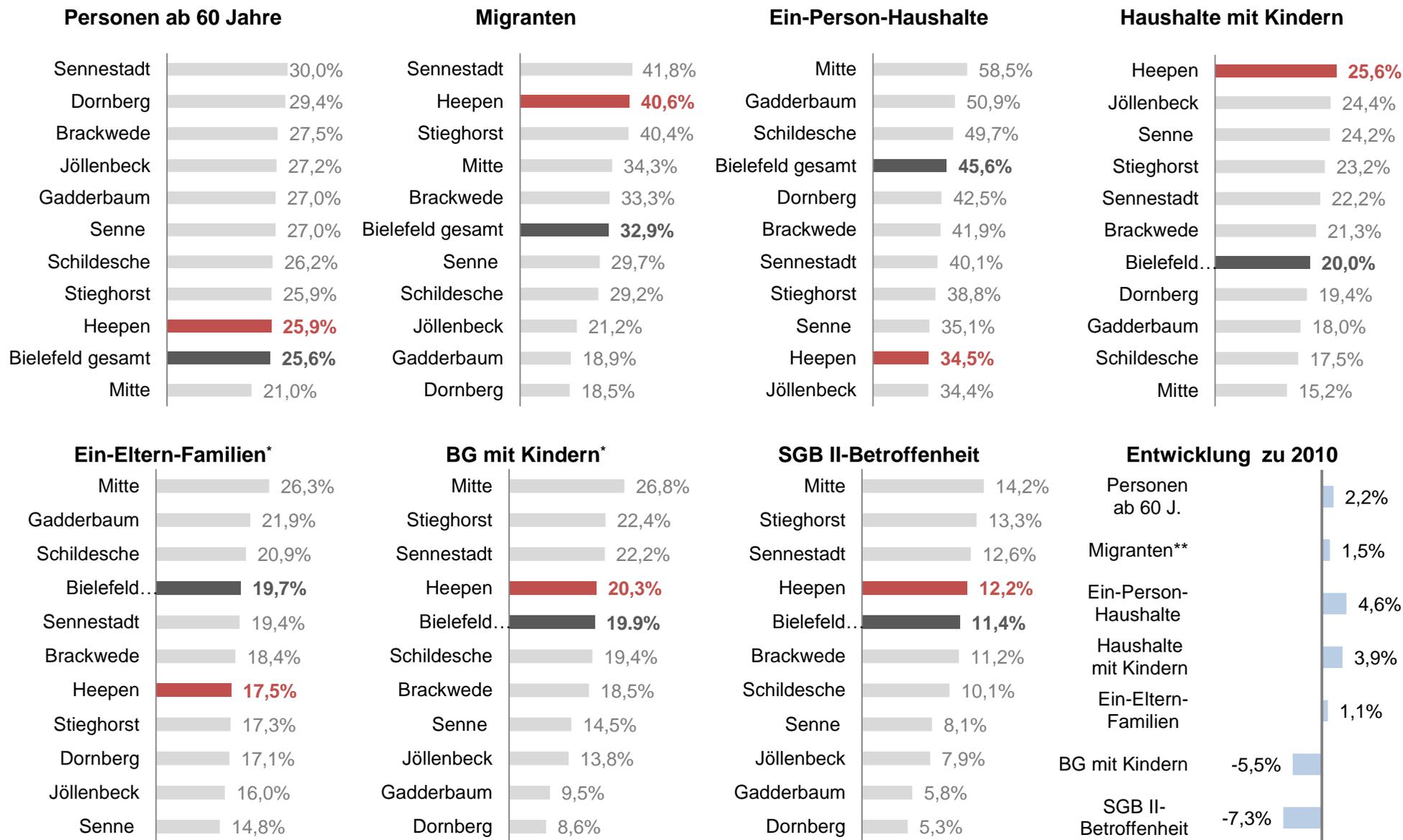
Abbildung VII.7: Kennzahlenprofil Stadtbezirk Jöllenbeck



* Anteil an Haushalten mit Kindern

** hier: Entwicklung zu 2011

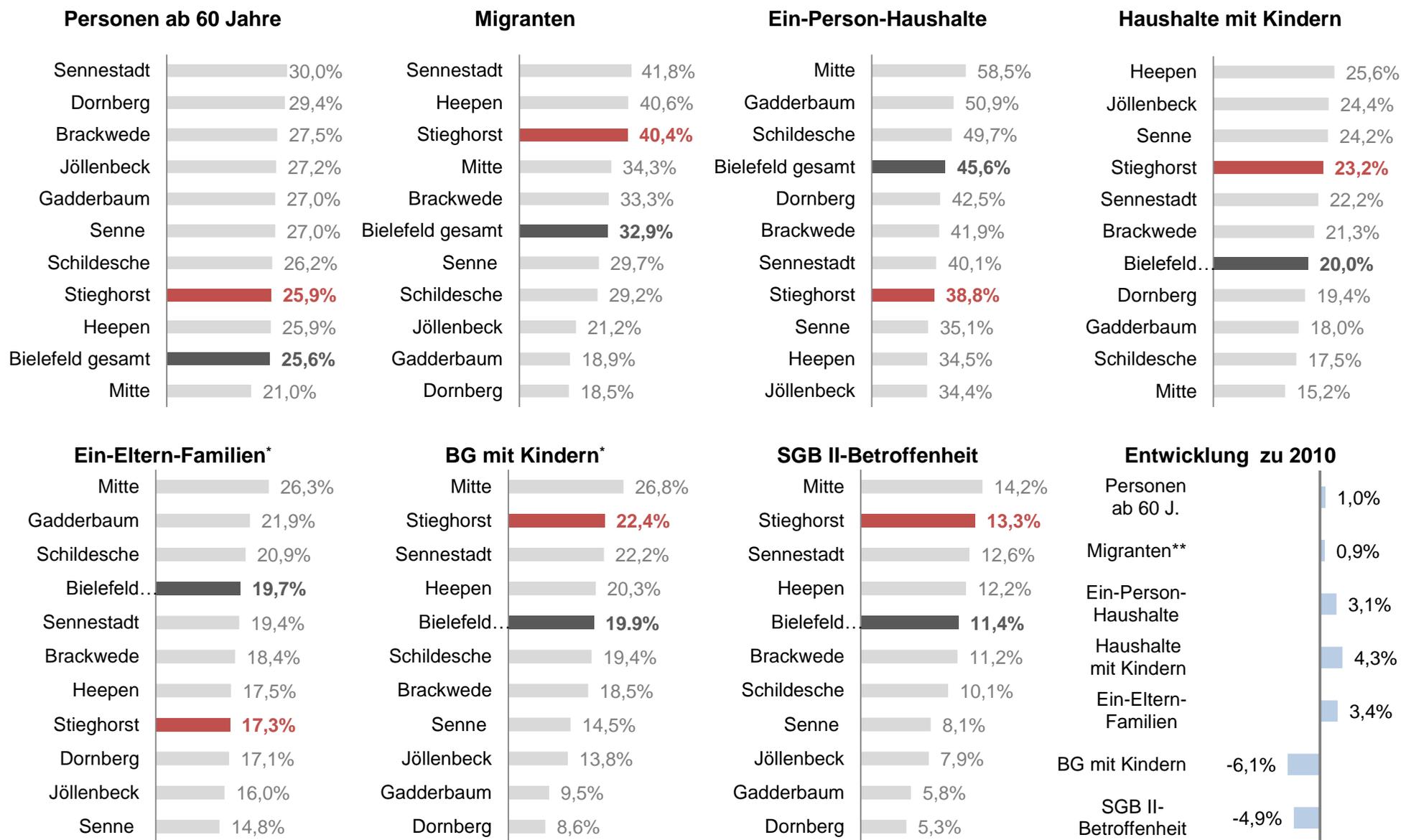
Abbildung VII.8: Kennzahlenprofil Stadtbezirk Heepen



* Anteil an Haushalten mit Kindern

** hier: Entwicklung zu 2011

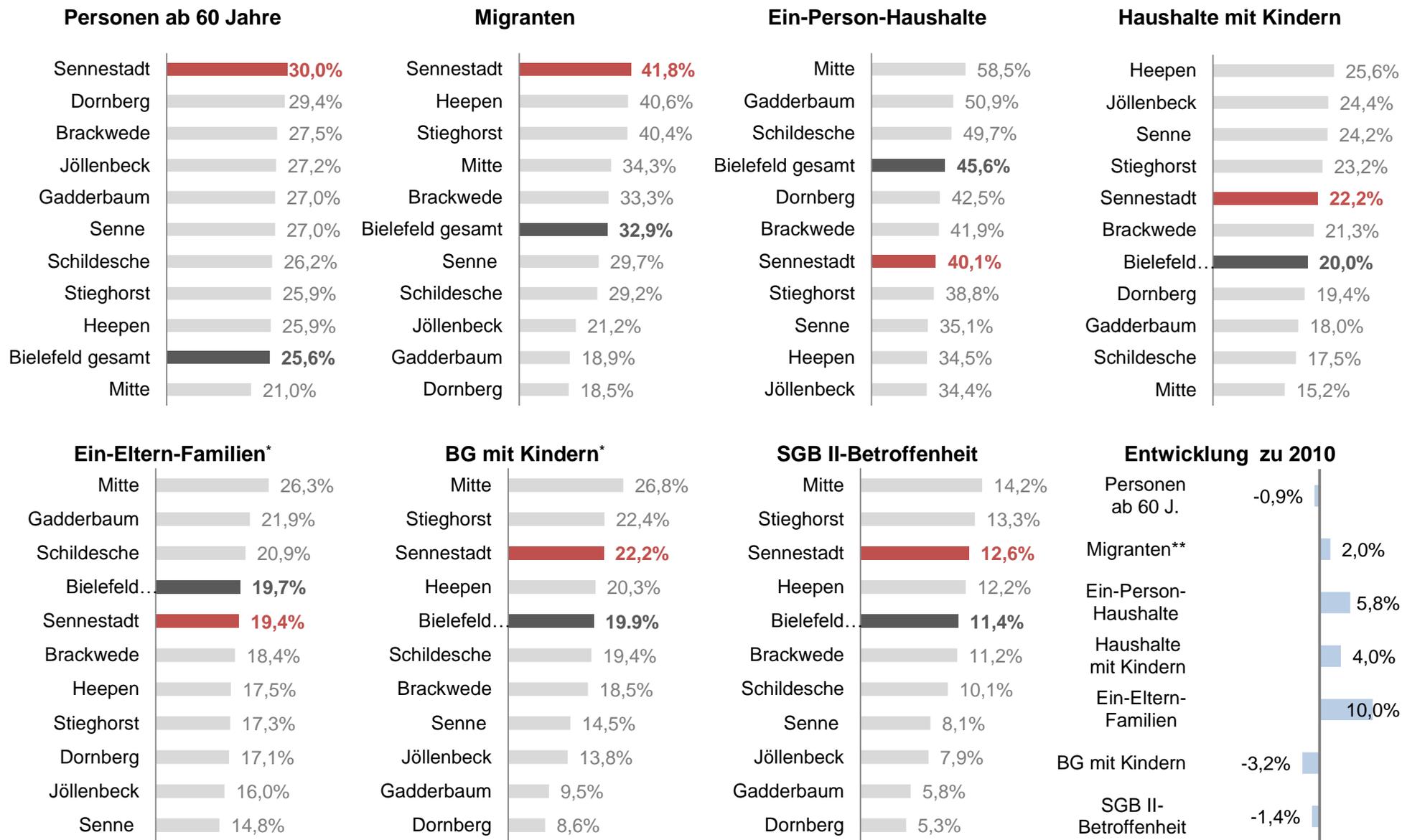
Abbildung VII.9: Kennzahlenprofil Stadtbezirk Stieghorst



* Anteil an Haushalten mit Kindern

** hier: Entwicklung zu 2011

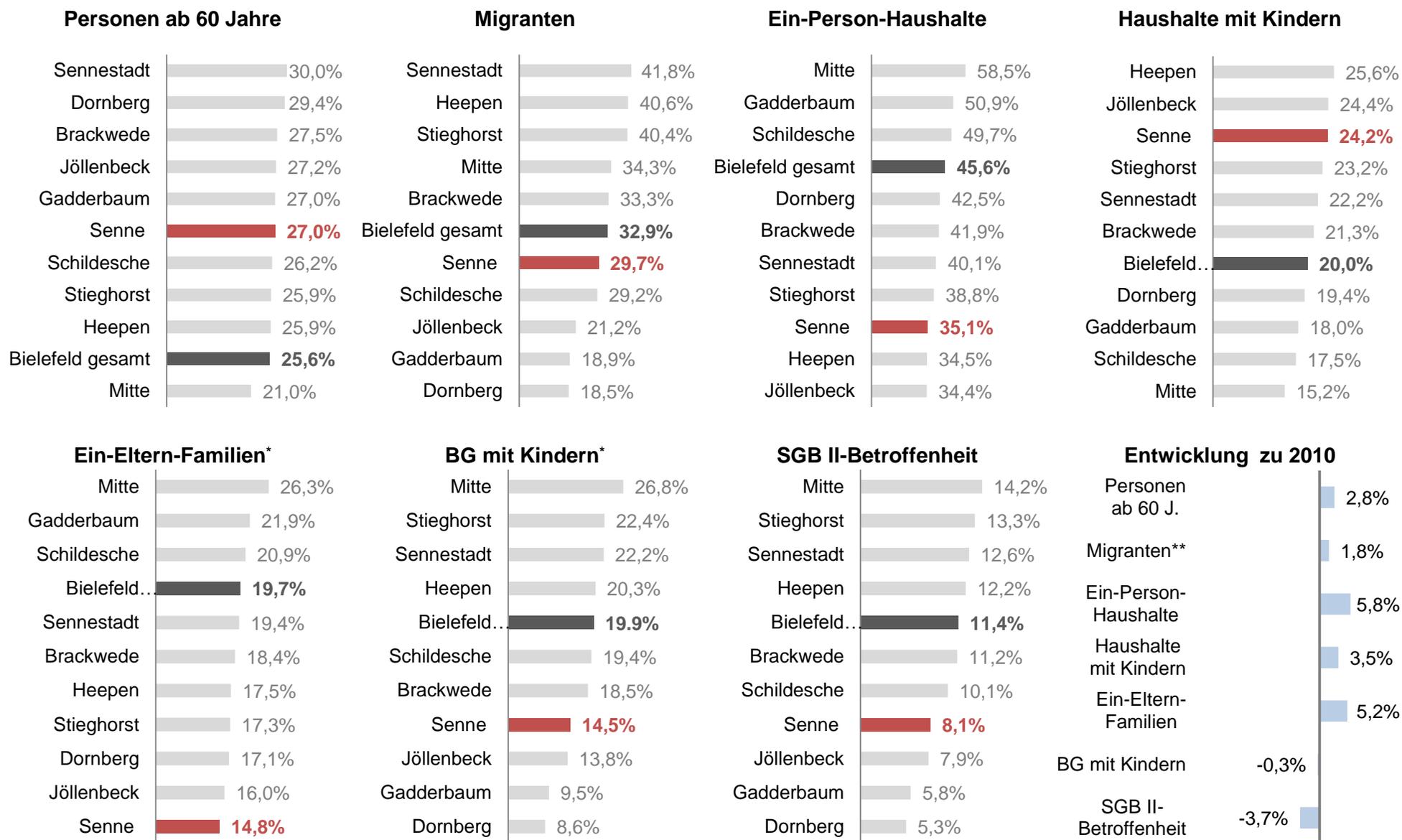
Abbildung VII.10: Kennzahlenprofil Stadtbezirk Sennestadt



* Anteil an Haushalten mit Kindern

** hier: Entwicklung zu 2011

Abbildung VII.11: Kennzahlenprofil Stadtbezirk Senne



* Anteil an Haushalten mit Kindern

** hier: Entwicklung zu 2011

VIII Zusammenfassung und Ausblick

Die sogenannte Transferleistungsquote ist seit vier Jahren der zentrale Armutsindikator im Bielefelder Sozialleistungsbericht. Sie umfasst alle Menschen in der Stadt, die von regelmäßigen monatlichen Transferleistungen leben müssen. Dabei sind einige Hilfearten ausgeklammert, um mögliche Doppelungen auszuschließen. Von daher kann man von einem eher defensiv berechneten Indikator sprechen.

Diese Transferleistungsquote ist zwischen 2010 und 2012 um 0,6 Prozent zurückgegangen. In absoluten Zahlen ausgedrückt bedeutet das, dass Ende 2012 1.851 Menschen weniger im Transferleistungsbezug waren als noch zwei Jahre zuvor, insgesamt 42.203 Personen. Dieser sehr positive Trend muss allerdings relativiert werden durch die Entwicklung im ersten Halbjahr 2013. Hauptbestandteil der Transferleistungsquote sind die Fallzahlen im SGB II und hier hat es im besagten Zeitraum eine Zunahme um 661 Bedarfsgemeinschaften mit insgesamt darin lebenden 1.308 Menschen gegeben. Nimmt man die linearen Steigerungen in anderen Hilfearten, wie etwa der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung oder die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz hinzu, so ist davon auszugehen, dass nach einer deutlichen Entspannung zwischen 2010 und 2012 Mitte 2013 wieder das Niveau von Anfang 2010 erreicht wird.

Aber zurück zur Entwicklung der Transferleistungsquote zwischen 2010 und 2012: Sie ist in den einzelnen Stadtbezirken sehr unterschiedlich ausgefallen. So hat sich die Situation in Bielefeld-Mitte, Schildesche, Brackwede, Stieghorst und Heepen deutlich positiver entwickelt als im gesamtstädtischen Durchschnitt. Wenig bis gar keine Bewegung hat es dagegen im Bielefelder Süden gegeben. So hatte beispielweise Sennestadt Ende 2012 nur 56 Transferleistungsbezieher weniger als Ende 2010, bei einer Grundgesamtheit von immerhin 2.857 Betroffenen. In Senne waren es im selben Zeitraum sogar nur 19 Bezieher weniger, bei einer Grundgesamtheit von 1.903. Wir werden im weiteren Verlauf der Zusammenfassung sehen, dass sich diese beiden Stadtbezirke auch noch bei anderen Kennzahlen auffällig gegen den gesamtstädtischen Trend entwickelt haben.

Die kleinräumige Betrachtung zeigt die höchste Transferleistungsquote der gesamten Stadt im statistischen Bezirk Sieker. Mit 33,1 Prozent bezieht hier jede/r dritte Einwohner/in regelmäßig staatliche Unterstützung. Gegenüber 2010 ist die Quote trotz des hohen Ausgangswertes nur um 0,3 Prozent zurückgegangen, es hat hier also praktisch keine Bewegung gegeben. Im Rahmen des Programmes „Soziale Stadt Sieker“ sind sowohl das Jobcenter als auch die REGE ab 2013 mit eigenen Angeboten in diesem Quartier vor Ort und bieten regelmäßige Sprechstunden in einer Wohnung der GAG-FAH an. Es muss sich zeigen, ob diese neue „Geh-Struktur“, also das Hineingehen in die Fläche, in die betroffenen Wohnquartiere dazu führen kann, die augenblicklich verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit zumindest ein wenig aufzubrechen.

Bei den absoluten Zahlen weist Baumheide die höchste Zahl an Transferleistungsbeziehern auf: 2.514. Allerdings hat es hier gegenüber 2010 einen Rückgang gegeben, der deutlich über dem städtischen Durchschnitt liegt, eine ausgesprochen positive Entwicklung. Auch andere bevölkerungsstarke statistische Bezirke haben zwischen 2010 und 2012 besonders von dem positiven Trend profitiert, wie z. B. Pauluskirche (minus 3,6 Prozent bei der Transferleistungsquote), Güterbahnhof-Ost (minus 2,0 Prozent), Landgericht (minus 1,9 Prozent) oder Alt- und Neustadt (minus 1,8 Prozent). Wie man sehen kann, handelt es sich hierbei fast ausschließlich um innerstädtische Quartiere, was unter dem Strich dafür sorgt, dass der Stadtbezirk Mitte insgesamt der Hauptprofiteur der positiven Entwicklung war.

Am anderen Ende der Skala stehen zwei statistische Bezirke, in denen sich die Situation nicht nur weniger stark entspannt hat, sondern hier ist es sogar zu Verschlechterungen gekommen. In Südstadt Sennestadt (plus 1,9 Prozent) und Stauteiche (plus 1,3 Prozent) ist die Zahl der Transferleistungsbezieher gestiegen. Auffällig ist auch der relativ kleine statistische Bezirk Wellensiek in Dornberg. Aufgrund der geringen Grundgesamtheit lag hier die Steigerung der Transferleistungsquote bei extrem hohen 15 Prozent. Allerdings lassen 21 neue Fälle in zwei Jahren in einem so kleinen Bezirk doch aufhorchen. 19 dieser Fälle bewegten sich im SGB II, also Langzeitarbeitslosigkeit.

Insgesamt kann man zur Transferleistungsquote festhalten, dass sich die negativen Veränderungen nicht nur auf die bekannten belasteteren Quartiere beschränken, sondern punktuell über die Stadt verteilt sind. Um diese Entwicklung auf einen Blick deutlich zu machen, veröffentlichen wir mit diesem Bericht erstmals eine Flächen-dichtekarte, die die Veränderungen in den statistischen Bezirken zwischen 2010 und 2012 farblich kennzeichnet. So kann man ohne langes Studium von Tabellen sehen, wo die Entwicklung positiv war und wo nicht. Die Tabelle finden Sie im Kapitel VI.1.3 dieses Berichtes.

Hauptarmutsrisiko ist auch in unserer Stadt weiterhin die Langzeitarbeitslosigkeit. Daher an dieser Stelle noch ein vertiefender Blick auf die sogenannten „Hartz IV-Empfänger“. Die Stadtbezirke Schildesche (minus 12,0 Prozent), Brackwede (minus 11,3 Prozent) und Stieghorst (minus 10,7 Prozent) waren die Hauptgewinner bei der positiven Entwicklung im SGB II.

Eine Zunahme der Langzeitarbeitslosigkeit hat es dagegen in Sennestadt (plus 4,0 Prozent) und Senne (plus 2,2 Prozent) gegeben. In Sennestadt sind die statistischen Bezirke Südstadt (plus 13,1 Prozent bei den Bedarfsgemeinschaften) und Dalbke (plus 17,2 Prozent) besonders betroffen. Zwei Drittel aller Bedarfsgemeinschaften in diesem Stadtbezirk haben Kinder. Die Zahl der Alleinerziehenden ist in Sennestadt zwischen 2010 und 2012 um zehn Prozent angestiegen. Während überall in der Stadt die SGB-II-Betroffenheitsquote der 15 – 24-Jährigen zurückgegangen ist, hat sie in Sennestadt um 2,0 Prozent zugelegt.

Im Stadtbezirk Senne lag der Anteil der SGB-II-Bedarfsgemeinschaften mit Kindern sogar bei 68,5 Prozent, hier hat es in den zwei Berichtsjahren keine Bewegung gegeben. Auch in Senne ist die Zahl der Alleinerziehenden deutlich angestiegen, nämlich um 5,2 Prozent. Insgesamt ist die Entwicklung in den beiden südlichsten Stadtbezirken so gegenläufig zum gesamtstädtischen Trend, dass hier eine vertiefende Analyse stattfinden und über mögliche Kompensationsmaßnahmen oder besondere Angebote nachgedacht werden sollte. Insbesondere sollte kurzfristig ausgewertet werden, ob und wie sich die starke gesamtstädtische Zunahme bei den SGB-II-Empfängern hier regional ausgewirkt hat.

Erfreulich ist, dass gesamtstädtisch vor allem die Kinder unter sechs Jahren vom Rückgang der Langzeitarbeitslosigkeit profitiert haben. Ihre Betroffenheitsquote ist zwischen 2010 und 2012 um vier Prozent gesunken. Die durchschnittlichen Kosten der Unterkunft pro Fall stiegen seit 2010 konstant und lagen Ende 2012 bei 367 Euro pro Monat. Dagegen sind bei den Einmalhilfen vor allem die Zuschüsse für Umzüge, Mietkosten, usw. zurückgegangen, was ein Indiz für wenig Bewegung am Wohnungsmarkt im Bereich der SGB-II-Empfänger ist.

Zu den kommunalen Transferleistungen: Die Zahlen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung steigen weiter kontinuierlich. Ab 2014 wird der Bund die Kosten hierfür komplett übernehmen und die Kommunen damit nachhaltig entlasten. Da in diesem Gesetz zwei Bereiche zusammengefasst sind, die von der Zielgruppe her eigentlich nichts miteinander zu tun haben, haben wir in unseren Berichten die Fallzahlentwicklung immer getrennt aufgeführt. Lag der Schwerpunkt anfangs deutlich bei der Grundsicherung im Alter, so hat sich dies in den letzten Jahren verändert: Die Zahl der Menschen, die eine Grundsicherung wegen Erwerbsminderung erhalten, also diejenigen, die aus dem SGB II fallen, weil sie weniger als 15 Stunden in der Woche arbeiten können, ist deutlich angestiegen. Mittlerweile bewegen sich beide Kurven in der Zeitreihe deutlich aufeinander zu.

Wir haben Medienberichte über die bundesweite Entwicklung der Grundsicherung im Alter zum Anlass genommen, in diesem Bericht erstmals auch geschlechterspezifische Fallzahlen zu veröffentlichen. Im Gegensatz zum Bundestrend ist die Grundsicherung im Alter in Bielefeld kein überwiegend weibliches Problem. Zwar ist der Anteil der Frauen bei dieser Hilfeart etwas höher als der der Männer, er fällt mir 58 Prozent allerdings deutlich geringer aus als man denken könnte. Bei der Grundsicherung wegen Erwerbsminderung haben die männlichen Transferleistungsbezieher mit 53 Prozent ein leichtes Übergewicht.

Die Leistungen in der Hilfe zur Pflege sind nicht so stark gestiegen wie noch vor zwei Jahren befürchtet. Die Zahl der Heimunterbringung stagniert, während viel Pflegeaufwand durch Angehörige geleistet wird. Hier gilt es für die Kommune entlastende Angebote für die Pflegenden zu schaffen. In einem anderen Feld, dem Thema Migration und Pflege, geht es zunächst einmal darum, genauere Informationen über Daten und Bedarfe zu bekommen. Dazu hat im Sommer 2013 eine erste Veranstaltung mit Fachpublikum und Betroffenen stattgefunden. Der hohe Migrationsanteil in der Stadt und die demografische Entwicklung sorgen dafür, dass dies ein wichtiges Thema für die Altenhilfeplanung sein wird.

Die Fallzahlen der Hilfe zum Lebensunterhalt steigen weiter und lagen Ende 2012 bei 1.345. Die Kosten hierfür sind auf 520.000 Euro pro Jahr gestiegen. Bei der Eingliederungshilfe ist die Marke von 1.000 Fällen 2011 überschritten worden. Abhängig von der jeweiligen Fallkonstellation schwanken hier die jährlichen Ausgaben stark. Aufgrund der zahlreichen Krisenherde in der Welt nimmt die Zahl der Asylsuchenden zu. Neben der Frage einer angemessenen Unterkunft kann man für Bielefeld feststellen, dass die Ausgaben beim Asylbewerberleistungsgesetz wie auch die Fallzahlen gegenüber 2010 um etwa zwei Drittel angestiegen sind. Da zukünftig das Vorhalten einer Erstaufnahmeeinrichtung in vollem Umfang auf die Fallzahlen bei der endgültigen Aufnahmeverpflichtung zugewiesener Asylbewerber angerechnet wird, kann an dieser Stelle möglicherweise mit einer leichten Entspannung gerechnet werden.

Die Berichtsjahre 2011 und 2012 standen insgesamt sehr unter dem Eindruck des Ausbaus von Betreuungsplätzen für Unter-Dreijährige. Diese Aufgabe ist durch die gemeinsame Anstrengung von Politik, Trägern und Verwaltung erfolgreich bewältigt worden, der ab dem 1. August 2013 geltende Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder dieser Altersgruppe kann in Bielefeld gewährleistet werden. Mit der erreichten Betreuungsquote ist Bielefeld einer der Spitzenreiter in Nordrhein-Westfalen.

Der Sozialraumbezug rückt bei der Sozialplanung immer mehr in den Fokus, das wird inzwischen auch auf der Landesebene so wahrgenommen. Auf die Menschen zuzugehen, ihre Bedarfe vor Ort zu ermitteln und entsprechende wohnortnahe Angebote zu entwerfen – diesen Weg geht das Bielefelder Sozialdezernat gemeinsam mit den Trägern in drei ausgewählten Quartieren schon seit einigen Jahren. Auch das Jobcenter hat 2013 die Voraussetzungen geschaffen, um seine Angebote in Zukunft stärker regional und dezentral anbieten zu können. Dasselbe gilt für die REGE mbH. Auf diesem richtigen Weg gilt es jetzt, die Angebote gut zu koordinieren und miteinander zu vernetzen, um Klienten und Anbieter in den drei Sozialräumen nicht zu überfordern. Dazu müssen die Ziele gemeinsam festgelegt und immer wieder geschärft werden. Netzwerke sind gut und wichtig, aber sie dürfen nicht zu Selbstzweck werden. Die Verbesserung der individuellen Lebenslage des Einzelnen muss im Fokus bleiben.

Lebenslagen sind heute nicht mehr eindimensional, sondern werden zunehmend komplexer. Daher gewinnen integrierte Ansätze mehr und mehr an Bedeutung. Dem hat das Sozialdezernat Rechnung getragen, in dem es zahlreiche Fachplanungen organisatorisch zusammengebunden hat. Die 2011 und 2012 eingeleiteten und umgesetzten Maßnahmen zur wirkungsorientierten Steuerung greifen sowohl fachlich wie auch fiskalisch. Kurz- und mittelfristig sollte es das Ziel sein, zwischen Politik, Trägern und Verwaltung das Maß an Transparenz über die fachlichen Bewertungen und Zielsetzungen weiter zu erhöhen und geplante Schwerpunktsetzungen gemeinsam in die Praxis umzusetzen.

Anhang

Verzeichnis der Abbildungen

Abbildung II.1: Erträge des Sozialdezernates 2012 in Mio. Euro	5
Abbildung II.2: Aufwendungen des Sozialdezernates 2012 in Mio. Euro	5
Abbildung II.3: Netto-Aufwendungen des Sozialdezernates 2012 (in Mio. Euro)	6
Abbildung II.4: Transferaufwendungen des Sozialdezernates 2012 (in %)	6
Abbildung II.5: Transferaufwendungen des Sozialdezernates 2012 in Mio. Euro	7
Abbildung II.6: Aufteilung der Leistungsvertragssummen 2012 nach Zielgruppen.....	7
Abbildung V.1: Gesamtbevölkerung nach Stadtbezirken.....	23
Abbildung V.2: Entwicklung der Gesamtbevölkerung.....	23
Abbildung V.3: Verteilung der Gesamtbevölkerung	24
Abbildung V.4: Entwicklung der Gesamtbevölkerung von 2010 zu 2012.....	25
Abbildung V.5: Einwohner Bielefelds nach Altersgruppen.....	27
Abbildung V.6: Bewohnerschaft der Stadtbezirke nach Altersgruppen in Prozent	27
Abbildung V.7: Kinder unter 6 Jahren	28
Abbildung V.8: Personen ab 60 Jahren	29
Abbildung V.9: Bielefelder Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund.....	33
Abbildung V.10: Anteil der Personen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbev. in %	34
Abbildung V.11: Menschen mit Migrationshintergrund.....	35
Abbildung V.12: Ausländerinnen und Ausländer.....	36
Abbildung V.13: Aussiedlerinnen und Aussiedler.....	37
Abbildung V.14: Eingebürgerte Deutsche	38
Abbildung V.15: Doppelte Staatsangehörigkeit	39
Abbildung V.16: Haushalte	41
Abbildung V.17: Ein-Personen-Haushalte.....	42
Abbildung V.18: Haushalte mit Kindern	43
Abbildung V.19: Haushalte mit Kindern nach Anzahl der Kinder.....	45
Abbildung V.20: Zwei-Eltern-Familien mit Kindern.....	46
Abbildung V.21: Haushalte Alleinerziehende	47
Abbildung VI.1: Arbeitslosigkeit in Bielefeld nach Rechtskreisen.....	52
Abbildung VI.2: Einkommen erwerbstätiger Arbeitslosengeld II-Bezieher, sog. „Aufstocker“	53
Abbildung VI.3: Entwicklung der erwerbstätigen Arbeitslosengeld II-Bezieher	53
Abbildung VI.4: Entwicklung der SGB-II-Bedarfsgemeinschaften (Werte zum Stichtag 31.12.)	54
Abbildung VI.5: Entwicklung der SGB-II-Bedarfsgemeinschaften nach Stadtbezirken.....	54
Abbildung VI.6: Entwicklung der SGB-II-Bedarfsgemeinschaften nach Anzahl der Personen	55
Abbildung VI.7: Personen in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften.....	57
Abbildung VI.8: Personen in Bedarfsgemeinschaften nach Bedarfsgemeinschaft-Typ.....	58
Abbildung VI.9: Personen in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften nach Bedarfsgemeinschaft-Typ.....	59
Abbildung VI.10: Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften nach Anzahl der Kinder.....	60
Abbildung VI.11: SGB-II-Bedarfsgemeinschaften mit Kindern.....	61
Abbildung VI.12: Entwicklung der SGB-II-Betroffenheitsquote	63

Abbildung VI.13: SGB-II-Betroffenheitsquote.....	64
Abbildung VI.14: Entwicklung der SGB-II-Betroffenheitsquote von 2010 zu 2012.....	65
Abbildung VI.15: Entwicklung der Arbeitslosigkeit bei Unter-25- und Über-55-Jährigen	66
Abbildung VI.16: SGB-II-Betroffenheit.....	67
Abbildung VI.17: SGB-II-Betroffenheitsquoten nach Altersgruppen.....	68
Abbildung VI.18: SGB-II-Betroffenheitsquoten - Veränderung der Quoten zu 2010.....	69
Abbildung VI.19: Entwicklung der Kosten der Unterkunft und Heizung (in Mio. Euro)	72
Abbildung VI.20: Entwicklung der SGB-II-Bedarfsgemeinschaften und der KdU.....	72
Abbildung VI.21: Entwicklung der einmaligen Beihilfen (in Mio. Euro).....	73
Abbildung VI.22: Bewilligungen und Ausgaben für Bildung und Teilhabe in 2012.....	73
Abbildung VI.23: Entwicklung der Fallzahlen der Grundsicherung.....	78
Abbildung VI.24: Grundsicherungsbezug nach Geschlecht (Stichtag: 31.12.2012)	78
Abbildung VI.25: Entwicklung des Zuschussbedarfs der Grundsicherung.....	79
Abbildung VI.26: Entwicklung der Fallzahlen der Hilfe zur Pflege	80
Abbildung VI.27: Entwicklung des komm. Zuschussbedarfs zur Hilfe zur Pflege.....	80
Abbildung VI.28: Entwicklung der Hilfe zum Lebensunterhalt.....	81
Abbildung VI.29: Entwicklung der Eingliederungshilfe außerhalb von Einrichtungen.....	81
Abbildung VI.30: Entwicklung der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.....	82
Abbildung VI.31: Transferleistungsquote	86
Abbildung VI.32: Entwicklung der Transferleistungsquote von 2010 zu 2012	87
Abbildung VI.33: Entwicklung der Kinderbetreuungseinrichtungen	90
Abbildung VI.34: Entwicklung der Kinderbetreuungsgruppen	90
Abbildung VI.35: Entwicklung der Kinderbetreuung nach Buchungszeiten.....	91
Abbildung VI.36: Finanzierung der Kinderbetreuung (in Mio. Euro)	91
Abbildung VI.37: Ambulante und stationäre Hilfen zur Erziehung	95
Abbildung VI.38: Fallzahlen der Hilfen zur Erziehung nach Hilfearten.....	96
Abbildung VI.39: Fallzahl- und Finanzentwicklung der Hilfen zur Erziehung in Mio. Euro.....	97
Abbildung VI.40: Entwicklung der Fallzahlen ausgewählter Hilfen zur Erziehung	97
Abbildung VI.41: Entwicklung der Inanspruchnahme der Pflegestützpunkte seit Eröffnung	103
Abbildung VI.42: Entwicklung der Fallzahlen verschiedener kommunaler Angebote.....	106
Abbildung VI.43: Entwicklung der kommunalen Angebote für Menschen in bes. Notlagen	107
Abbildung VI.44: Entwicklung der Unterbringungssituation im Bereich der einheimischen Wohnungslosen und der ausländischen Flüchtlinge zum Stichtag 31.12.....	109
Abbildung VII.1: Kennzahlenprofil für die Stadtbezirke – Abweichungen zu 2010.....	114
Abbildung VII.2: Kennzahlenprofil Stadtbezirk Mitte	115
Abbildung VII.3: Kennzahlenprofil Stadtbezirk Schildesche	116
Abbildung VII.4: Kennzahlenprofil Stadtbezirk Gadderbaum.....	117
Abbildung VII.5: Kennzahlenprofil Stadtbezirk Brackwede	118
Abbildung VII.6: Kennzahlenprofil Stadtbezirk Dornberg	119
Abbildung VII.7: Kennzahlenprofil Stadtbezirk Jöllenbeck.....	120
Abbildung VII.8: Kennzahlenprofil Stadtbezirk Heepen	121
Abbildung VII.9: Kennzahlenprofil Stadtbezirk Stieghorst.....	122
Abbildung VII.10: Kennzahlenprofil Stadtbezirk Sennestadt	123
Abbildung VII.11: Kennzahlenprofil Stadtbezirk Senne	124

Verzeichnis der Quellen

Die Daten dieses Lebenslagenberichts wurden von den folgenden Organisationseinheiten zur Verfügung gestellt:

- Amt für Demographie und Statistik
- Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-
- Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-
- Bundesagentur für Arbeit

- Kartografie: Amt für Geoinformation und Kataster

Wir bedanken uns für die Unterstützung!

Impressum

Herausgeber:	Stadt Bielefeld - Der Oberbürgermeister, Dezernat Soziales Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention
Verantwortlich:	Erster Beigeordneter Tim Kähler
Redaktion:	Norbert Wörmann und Jakob Bergen
Bildnachweis:	Titelbild: Veit Mette Bilder Exkurs U3-Ausbau: Bielefelder Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft
Druck:	Stadt Bielefeld - Druckservice